



Harald Leitherer:

Hartz IV „Existenzfrage für Kommunen“

Der unterfränkische Vorsitzende des Bayerischen Landkreistags sieht das „Ende der kommunalen Selbstverwaltung“ nahen. **Seite 15**



Dr. Reinhard Dörfler:

Bayerns Wirtschaft verliert an Zuversicht

„Der Rückgang der optimistischen Stimmen zieht sich wie ein roter Faden durch alle Branchen“, so der IHK-Hauptgeschäftsführer. **Seite 4**



Alfons Zeller:

„Die Urlauber mit dem Herzen erreichen“

Auch 2003 konnte sich die Urlaubsregion Schwaben in der Spitze behaupten, teilte der Vorsitzende des Tourismusverbandes mit. **Seite 14**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 24. Juni 2004

55. Jahrgang / Nummer 12

KPV-Mandatsträgerkonferenz in Putzbrunn:

Alte Zöpfe abschneiden!

Huber informierte über „Verwaltungsreform“

Trotz verführerischen Sonnenscheins und hochsommerlicher Temperaturen war das Interesse an der KPV-Mandatsträgerkonferenz in Putzbrunn bei München erstaunlich groß. Nahezu 200 Kommunalpolitiker waren erschienen, um unter der Leitung von KPV-Landesvorsitzendem Luitpold Braun mit Superminister Erwin Huber über das brandaktuelle Thema „Verwaltungsreform“ zu diskutieren.

Wie Vorsitzender Luitpold Braun eingangs ausführte, seien Kommunalpolitiker von der Verwaltungsreform sehr betroffen, „weil sich Geschehensabläufe verändern und wir Änderungen der Behördenstruktur bekommen werden“. Minister Huber wiederum bezeichnete das Zusammentreffen mit den Mandatsträgern als „wichtigen Termin des Gedankenaustauschs“.

darstellen. Dabei lege er großen Wert darauf, auch künftig mit der kommunalen Familie in Bayern in engem Kontakt zu bleiben. Vor kurzem sei der „Pakt für Kommunen“ geschlossen worden - „eine Selbstverpflichtung der Staatsregierung, letztlich auch der Landespolitik, eine kommunalfreundliche Entscheidung herbeizuführen“. Durch Konnexitätsprinzip und Konsultationsvereinbarung sei das Verhältnis zwischen Staat und Kommunen auf eine völlig neue Rechtsgrundlage gestellt.

Denkmodelle

Nachdem die Staatsregierung nun in die Entscheidungsphase eingetreten sei, wolle er, Huber, Denkmodelle und Alternativen

Bayerische Bezirke: Subsidiarität und Solidarität

Grundfragen des Wohlfahrts- und Sozialstaates und seiner Finanzierung stehen auf der Tagesordnung der Jahreshauptversammlung des Verbands der bayerischen Bezirke am 1./2. Juli 2004 in Bad Griesbach. Präsident Manfred Hölzlein und seine Vizepräsidenten Franz Jungwirth und Fritz Körber erwarten als Referenten Finanzstaatssekretär Franz Meyer, Landtagspräsident Alois Glück, sowie Dr. Fritz Bauer, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Das Tagungspräsidium (v.l.): Bürgermeister Gerhard Weber, Staatsminister Erwin Huber und Landrat Luitpold Braun.

nen“ sei auch eine Erörterung kommunaler Standards verbunden gewesen, fuhr Huber fort. In der Einschätzung, was der Umgang mit kommunaler Selbstverwaltung letztlich bedeutet, habe es einen Paradigmenwechsel innerhalb der Staatsregierung und der Landtagsfraktion gegeben.

Nicht alles vorgeben

Huber: „Wir dürfen von München aus nicht alles bis zum letzten Grashalm vorgeben. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet mehr Freiheit und weniger Beschneidung. Dies schließt mit

ein, dass man örtliche Bedingungen besser berücksichtigen kann. Das ist unser Grundzugang.“

Die von der Staatsregierung auf den Weg gebrachten Gesetzentwürfe atmeten bereits dieses Denken, so der Minister. So sollen Gemeinden künftig die Mög-

GZ-Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung:

„Virtuelle Behörde“ findet nicht statt

Hans Held, FJD und adKOMM laden zum Ersatztermin

Aufgrund der zahlreichen Parallelveranstaltungen rund um die EDV-Ausstattung der Kommunalverwaltungen sagen wir unseren diesjährigen Sommertermin „Die virtuelle Behörde“, der für 1. Juli im Garching Bürgerhaus geplant war, ab. Wir danken für das rege Interesse unserer Leserinnen und Leser und bitten herzlich um Verständnis.

Zum gleichen Termin am gleichen Ort,

Donnerstag, 1. Juli 2004,

von 9.00 und 16.00 Uhr

im Garching Bürgerhaus

informieren die Firmen Hans Held, FJD und adKOMM in den Räumen Franz Marc und Paul Klee über:

- ◀ Dokumentenmanagement und Registratur oder auch die Symbiose zwischen Papier und EDV
 - ◀ elektronische Formulare und Workflow,
 - ◀ Kamerales und Doppisches Rechnungswesen
 - ◀ Neuer Bayerischer Einheitsaktenplan mit Tiefengliederung
- Interessierte Entscheidungsträger und EDV-Spezialisten aus allen bayerischen Kommunen und Behörden sind hierzu herzlich eingeladen.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.hans-held.de, www.fjd.de im Bereich „Events“ und unter www.mehr-als-verwalten.de.

lichkeit erhalten, eine Zweitwohnungssteuer zu erheben. Damit können sie die Inhaber von Zweit- und Ferienwohnungen

stärker an der Finanzierung der örtlichen Infrastruktur beteiligen. Zudem werde aus der Landkreisordnung der Gartenbau als Pflichtaufgabe herausgenommen. Auch nahe das Ende jener Vorgabe in der Körperschaftswaldverordnung, in der dargelegt wird, in welcher Besoldungsordnung Leute beschäftigt werden müssen. Dies ist laut Huber unnötig. Seine Empfehlung (Fortsetzung auf Seite 4)

Brauchen Gemeinden Ortssprecher?

Gemeindetag lehnt Pläne des Freistaats ab, Ortssprecher aufzuwerten

„Die Vorstellungen und Wünsche, aber auch die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger in den bayerischen Gemeinden und Städten sind bei den gewählten Bürgermeistern und Gemeinderats- bzw. Stadtratsmitgliedern gut aufgehoben. Es braucht daneben keine Ortssprecher, die Einzelinteressen wahrnehmen“ sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, zum Vorschlag des bayerischen Innenministeriums, den sogenannten „Ortssprecher“ auf alle Gemeindeteile, die im Gemeinderat nicht vertreten sind, auszudehnen.

„Im Extremfall gäbe es in Gemeinden mit vielen Gemeindeteilen mehr Ortssprecher als Gemeinderatsmitglieder. Damit würde die Tätigkeit der gewählten Bürgermeister und Gemeinderäte entwertet.“

Plan des Innenministeriums

Das bayerische Innenministerium plant eine Änderung der Gemeindeordnung dahingehend, dass die Gemeinden bestimmen können, dass in „Gemeindeteilen, die im Gemeinderat nicht vertreten sind“, das Amt eines Ortssprechers eingerichtet werden kann. Dieser hätte - wie bisher - nur beratende Funktion im Gemeinderat. Die näheren Einzelheiten seiner Rechte und Pflichten soll jede Gemeinde durch Satzung regeln.

30 Jahre nach der Gemeindegebietsreform

Der Bayerische Gemeindetag lehnt diesen Vorschlag ab. Die Einrichtung des Ortssprechers erscheint 30 Jahre nach der Gemeindegebietsreform nicht mehr zeitgerecht. Geradezu kontraproduktiv wäre die durch den Gesetzentwurf eröffnete



Zur Zitterpartie werden heuer die vielen geplanten Freiluftaufführungen im ganzen Freistaat. Trotzdem heißt es: „Weitermachen und nicht aufgeben!“ Das Kaltenberger Ritterturnier - der Welt größtes Mittelalterfest - feiert heuer 25-jähriges Jubiläum. Mehr als einmal hat das Wetter nicht mitgespielt, weiß der Initiator, Prinz Luitpold von Bayern, zu berichten. Aber er und seine Familie haben durchgehalten. Mehr als 100.000 Besucher bewundern Jahr für Jahr die mehr als 1.000 Mitwirkenden, die die Legende des „Schwarzen Ritters“ aufführen. Das Fest wurde immer größer und schöner. Inzwischen dokumentiert ein prächtiger Bildband das Spektakel. Mehr Informationen gibt's im Internet unter www.ritterturnier.de und wer mit „Google“ umgehen kann, findet noch zahlreiche weitere Feste, Festspiele, Schauspiel-, Opern- und Konzertveranstaltungen, Jubelfeiern und Lustbarkeiten in ganz Bayern.

Neues von Sabrina



„Keine Stunde ist verloren, die man mit Sport bringt.“ Auch in diesem Jahr hat sich der Aufwand für den großen Stadtlauf wieder gelohnt. Schließlich ist so ein Sportereignis nach Ansicht der Vorzimmerperle ein guter Kristallisationspunkt in der Region, „der viele Leute zu uns bringt, die nicht nur rennen, sondern durchaus auch konsumieren“. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Zuwanderungskompromiss trägt Handschrift der Union ...	2
55. Sudetendeutscher Tag ...	3
Eichel hat auf Sand gebaut ...	3
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Wie ernst meinen wir es mit der Verwaltungsreform? ...	3
Wirtschaft in Bayern ...	4/5
GZ-Fachthemen: EDV für die Kommunalverwaltung ...	5 - 9
Wasser - Abwasser ...	10/11
Kommunale Baupolitik ...	12/13
Aus den bayerischen Kommunen ...	14 - 16

Postnetze bestückt - Gebühr bezahlt - B 1578 - Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 821, 82133 Geretsried

Kommunalkompakt im Landtag:

Mehr Freiheiten für die kommunale Selbstverwaltung

Die Fraktionen sehen noch Diskussionsbedarf
Änderung des Kommunalrechts im Sinne von Konnexität und Handlungsfreiheit

Die vom Kabinett Mitte Mai beschlossenen Eckpunkte eines „Pakts für die Kommunen“ sollen vom Landtag bis zu den Ende Juli beginnenden Parlamentsferien verabschiedet werden. Das haben sowohl die CSU-Mehrheitsfraktion als auch SPD und Grüne bei der Ersten Lesung des entsprechenden Gesetzes zur Änderung des Kommunalrechts im Landtag als ihre Absicht verkündet. Einig war man sich auch über den Grundsatz, den Städten, Gemeinden und Landkreisen mehr Freiheiten im Sinne der Selbstverwaltung zu geben. Über einzelne Bestimmungen wird es jedoch noch Auseinandersetzungen in den Ausschussberatungen geben.

Innenstaatssekretär Georg Schmid hob in der Einbringungsrede nochmals den festen Willen der Staatsregierung hervor, den Kommunen in dieser schwierigen Zeit den Handlungsspielraum gerade bei den Finanzen zu erweitern. Die Umsetzung des letzten Jahr durch Volksentscheid in der Verfassung verankerten Konnexitätsprinzips sei ein wichtiger Bestandteil des Pakts. Das sei im Sinne der zwischen Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden geschlossenen Konsultationsvereinbarung in den umfangreichen Gesetzesänderungen in die entsprechende Rechtsform gebracht worden.

Erleichterter Haushaltsvollzug

Als Eckpunkte nannte der Staatssekretär stichwortmäßig die neuen Möglichkeiten der Kommunen für einen „erleichterten Haushaltsvollzug“. Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten werde die Möglichkeit von Kreditaufnahmen erweitert, sofern es sich um Investitionen handelt. Um die notwendige Haushaltskonsolidierung nicht zu gefährden, wird die Genehmigung von kreditähnlichen Verpflichtungen an eine rechtsaufsichtliche Genehmigung geknüpft. Speziell den Landkreisen werden für ihre Arbeit als Staatsbehörde entsprechender finanzieller Ausgleich im Sinne der Konnexität gewährt.

Gemeinsame Unternehmen

Statt Bildung von Zweckverbänden für bestimmte öffentliche Aufgaben, z. B.: Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, ÖPNV, dürfen die Kommunen künftig gemeinsame Unternehmen gründen. Bestehende

Zweckverbände können in solche Rechtsformen umgewandelt werden. Zur Verbilligung der Verwaltung kann die enge Bindung an Tarifverträge gelöst werden. Auch muss nicht unbedingt ein Beamter des höheren Verwaltungsdienstes beschäftigt werden. Die Einrichtung von Ortssprechern wird dem Ermessen der Gemeinde anheimgestellt. Bagatellsteuern bleiben bis

Bayerisches Kabinett:

Zuwanderungskompromiss trägt Handschrift der Union

Staatsregierung beschließt Zustimmung in Vermittlungsausschuss und Bundesrat

Das Bayerische Kabinett hat über das Ergebnis der Zuwanderungsverhandlungen beraten. Innenminister Dr. Günther Beckstein stellte die wichtigsten Eckpunkte des Gesetzesentwurfs vor, den er gemeinsam mit Bundesinnenminister Otto Schily und dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller formuliert hat.

Der Ministerrat hob den Begrenzungs- und Steuerungscharakter des Zuwanderungskompromisses hervor und beschloss einstimmig, dass Bayern dem neuen Zuwanderungsgesetz im Vermittlungsausschuss am 30. Juni und im Bundesrat am 9. Juli zustimmt.

Spitzenforscher und Unternehmer willkommen

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber zeigte sich zufrieden mit dem neuen Zuwanderungsrecht, das ganz wesentlich die Handschrift der Union trage und gratulierte Beckstein zu dessen erfolgreicher Verhandlungsführung. Stoiber: „Ich bin sicher, dass es in der Union und in meiner Partei breiteste Unterstützung gibt, weil wir mit unserer Mehrheit im Bundesrat aus den rot-grünen Multi-Kulti-Plänen für mehr Einwanderung ein Gesetz zur Begrenzung von Einwanderung gemacht haben. Die grünen Blütenräume von Arbeitsmigration nach Deutschland sind ausgeträumt, der Anwerbestopp bleibt.“ So sollen zum Beispiel Spitzenforscher, die Deutschland etwas bringen, kommen. Genauso Unternehmer, die bei uns investieren und Arbeitsplätze schaffen. Aber wer sich auf Dauer weigert, deutsch zu lernen, dessen Sozialleistungen werden gekürzt und der muss auch mit ausländerrechtlichen Folgen rechnen, erklärte Stoiber. Weiter sagte der Ministerpräsident: „Dass ist das, was wir wollten und die konkrete gesetzliche Formulierung ist nur ohne die Grünen und ohne die FDP so gegangen, die hier ganz andere Vorstellungen haben.“

Beim Sicherheitsgesetz durchgesetzt

Beckstein wies darauf hin, dass sich die Union auch beim Sicherheitsgesetz voll durchgesetzt habe. Beckstein: „Unser Ziel ist erreicht, endlich wirksam gegen Radikale, Terrorsympathie-

auf die Zweitwohnungssteuer verboten.“

Für die CSU bewertete Jakob Kreidl, der Vorsitzende des Kommunalausschusses, die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen als praktikable Lösungen. Den Kommunen würden neue, innovative Finanzierungsinstrumente zur Hand gegeben. Damit greife die Staatsregierung aktuelle Entwicklungen auf, die Selbstverwaltung werde gestärkt, Handlungsspielräume erweitert. Kreidl betonte, „dass es hier und da noch Diskussionsbedarf gibt“.

„Viel Kosmetik“

Helga Schmitt-Bussinger, die Kommunalsprecherin der SPD und stellvertretende Ausschuss-

vorsitzende, fand im Gesetzentwurf „viel Kosmetik, aber wenig Substanz“ und bezog sich auf Erklärungen des Gemeindetagspräsidenten Dr. Uwe Brandl, die Staatsregierung sei „auf halbem Wege stehen geblieben“. Schmitt-Bussinger begrüßte einerseits, die engen Zügel im Haushaltsrecht würden gelockert, andererseits gebe es neue, komplizierte Reglementierungen. Sie versicherte die konstruktive Mitarbeit zur Verabschiedung des Gesetzes im vorgesehenen Zeitrahmen.

Der Bund ist auch gefragt

Ähnlich nahm die Grünen-Sprecherin Christine Kamm Stellung. Das Gesetz bzw. der Pakt erfüllten die Reformwartungen nur in Ansätzen. Die Neuregelungen für Kreditaufnahmen eigneten sich nicht für eine solide Finanzierung kommunaler Aufgaben. Die Abschaffung der Zweckverbände sei unnötig. Das bisherige System funktioniere. Zum beabsichtigten Stopfen von Steuer-schlupflöchern räumte sie ein, dass hier auch der Bund gefragt sei. (s. GZ 11/3.6.04). **rm**

beim Anwerbestopp. Gewisse Öffnungen des Arbeitsmarktes soll es bei Hochqualifizierten, Selbständigen und erfolgreichen Studienabsolventen geben.

Das Auswahlverfahren nach dem Punktesystem wurde ersatzlos gestrichen.

Sicherheitsfragen

„In das Gesetz wird eine Abschiebungsanordnung gegen so genannte „TOPP-Gefährder“ eingefügt. Abgeschoben werden können damit künftig Ausländer auf Grund einer auf Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr. Die Befugnis soll bei den Länderinnenministern liegen, wobei es auch ein Zugriffsrecht des Bundes geben wird.“

„Schleuser, die zu Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt werden, werden zwingend ausgewiesen.“

„Die Regelausweisung von Sicherheitsgefährdern („wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass ein Ausländer einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat“) wird verbessert.“

„Die Regelausweisung von Leitern verbotener extremistischer Organisationen wird eingeführt.“

„Für Hassprediger soll es eine Ermessensausweisung geben.“

„Der Entwurf sieht vor, dass Gefährder, deren Aufenthalt nicht beendet werden kann, von Gesetzes wegen weitreichenden Beschränkungen (regelmäßige Meldepflicht, Einschränkung der Freizügigkeit) unterliegen. Um sie besser überwachen zu können und die Fortführung gefährlicher Bestrebungen zu erschweren, kann die Wohnsitznahme geregelt und die Nutzung bestimmter Kommunikationsmittel untersagt werden.“

„Die gesetzliche Verpflichtung zur Regelanfrage beim Verfassungsschutz soll nicht nur vor der Einbürgerung, sondern auch vor Erteilung einer Niederlassungserlaubnis geregelt werden.“

Ergebnisse der Bürgermeister- und Landratswahlen

Neben der Europawahl waren die Bürger am 13. Juni in einigen Städten und Gemeinden Bayerns auch dazu aufgefordert, den Landrat oder den Bürgermeister zu wählen.

Dabei wurden bei den Landratswahlen die bisherigen Amtsinhaber bestätigt. Im Landkreis Kelheim wurde Hubert Faltermeier von den Freien Wählern wiedergewählt, im Landkreis Kronach Oswald Marr von der SPD.

Faltermeier setzte sich mit 79,41 Prozent der Stimmen gegen seinen Herausforderer Peter-Michael Schmalz von der ödp durch. Marr gewann 57,1 Prozent der Stimmen. Sein CSU-Gegenkandidat Horst Pfadenhauer erhielt 42,9 Prozent. Dagegen kam es bei der Wahl des Oberbürgermeisters in der kreisfreien Stadt Kaufbeuren zu einem Wechsel im Amt. Stefan Bosse von der CSU erreichte 59,9 Prozent der Stimmen. Der bisherige Amtsinhaber Andreas Knie von der SPD erhielt nurmehr 40,1 Prozent der Stimmen.

Bei der Wahl des Oberbürgermeisters in der kreisfreien Stadt Memmingen ist der bisherige SPD-Amtsinhaber Ivo Holzinger knapp mit 50,5 Prozent der Stimmen trotz dreier Gegenkandidaten wiedergewählt worden. Hinter Holzinger kam die CSU-Kandidatin Claudia Knoll auf 30,0 Prozent der Wählerstimmen.

Zudem wurden in 14 kleineren Kommunen Bayerns die Bürgermeister neu gewählt. Nur im Markt Mainleus im Landkreis Kulmbach ist eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten Richard Lehmeier von der CSU und Dieter Adam von der Freien Wählergemeinschaft notwendig. Beide lagen nur sieben Stimmen auseinander.

Dagegen wurden folgende Kandidaten im Amt des Bürgermeisters bestätigt: Josef Riemensberger (CSU) in Eching (Landkreis Freising), Edmund Pirkelmann (Bürgerblock) in Waischenfeld (Landkreis Bayreuth), Herbert Jung (CSU) in Eichenau (Landkreis Fürstfeldbruck), Anton Mayer (CSU) in Gessertshausen (Landkreis Augsburg), Silverius Bihler (CSU) in Türkheim (Landkreis Unterallgäu), Martin Zogel (SPD) in Seukendorf (Landkreis Fürth), Thomas Ullmann (parteilos) in Bad Brückenau (Landkreis Bad Kissingen), Herbert Baumann (CSU) in Hutthurm (Landkreis Passau), Josef Bierschneider (CSU) in Kreuth (Landkreis Rosenheim) und Reinhold Glaser (CSU) in Mömbris (Landkreis Aschaffenburg).

Die Chance auf eine Fortsetzung seiner Amtszeit verpasst hat hingegen der seit 1992 amtierende CSU-Bürgermeister von Gettried, Landkreis Bad-Tölz-Wolfratshausen, Hans Schmid. Seine Gegenkandidatin Cornelia Irmer (parteilos) konnte 58,49 Prozent der Stimmen erringen. In Oberelsbach heißt die neue Bürgermeisterin Birgit Erb von der CSU, in Bischofsheim Udo Baumann, ebenfalls CSU. In diesen beiden Gemeinden des Landkreises Rhön-Grabfeld waren die bisherigen Amtsinhaber nicht mehr zur Wahl angetreten. **DK**

„Auf Sicherheitsbefragungen soll im Ausländerzentralregister hingewiesen werden.“

„Eine Warndatei für extremistische Ausländer und Schleuser soll eingeführt werden, wenn entsprechende Planungen auf EU-Ebene nicht kommen.“

„Eine Ermessenseinbürgerung soll nicht bei gravierenden Straftaten ermöglicht werden.“

Humanitäre Zuwanderung

„Ins Zuwanderungsgesetz wird eine Härtefallregelung aufgenommen, über deren Einführung jedes Land selbst entscheiden kann. Die Härtefallregelung tritt nach fünf Jahren automatisch außer Kraft.“

„Eine Altfallregelung, wie sie von den Grünen und zum Teil auch von der SPD gefordert wurde, wird es neben der Härtefallregelung nicht geben.“

„Bei der nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgung wird die EU-Anerkennungsrichtlinie umgesetzt. Der Kreis der Betroffenen, die in Deutschland bleiben können, wird im Ergebnis nicht erweitert, allerdings wird der Aufenthaltsstatus zum Teil verbessert.“

Integration

„Der Bund übernimmt die Kosten für die Integrationskurse wie Basis- und Aufbausprachkurs und Orientierungskurs. Neuzuwanderer erhalten einerseits einen Anspruch, sind aber auch zum Besuch der Kurse verpflichtet. Verletzen sie diese Pflicht, ist dies bei der Entscheidung über die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zu berücksichtigen. Ausländer, die bereits hier leben, können zu einem Integrationskurs verpflichtet werden, wenn sie in besonderer Weise integrationsbedürftig sind (nachholende Integration). Bei Verletzung der Pflicht zum Besuch eines Integrationskurses können Sozialleistungen um bis

zu 10 Prozent gekürzt werden. Der Bund wird in den nächsten sechs Jahren jährlich ca. 50.000 Plätze für die nachholende Integration zur Verfügung stellen.“

„Beim Kindernachzug bleibt es beim geltenden Nachzugsalter von 16 Jahren und den Ausnahmen des geltenden Rechts. Jedoch wird die EU-Familiennachzugsrichtlinie eingearbeitet, die umgesetzt werden muss.“

Spätaussiedler

Künftig müssen Ehegatten und Abkömmlinge des Spätaussiedlerbewerbers über Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen, wenn sie in den Aufnahmebescheid einbezogen werden. Damit wird eine Verbesserung der Integrationsbedingungen erreicht. **↔**

Bauherrenpreis

„Lebendige und attraktive Stadt- und Ortszentren brauchen die privaten Bauherren, ihr Engagement und ihre Anstöße“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Jury-Entscheidung zum Bayerischen Bauherrenwettbewerb Stadterneuerung „Vitale Innenstadt 2004“, den die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern erstmals ausgelobt hat. Von den 173 eingereichten Beiträgen erhielten sieben einen „Preis“ und weitere sieben eine „Anerkennung“.

Der Wettbewerb richtete sich an private Investoren/innen und ihre Architekten/innen als Partner und Schlüsselakteure im Stadterneuerungsprozess. Er bezog sich auf seit 1995 fertiggestellte private Gebäudesanierungen und Erweiterungs- und Neubauten, die brachgefallene Flächen nutzen, leerstehende modernisierungsbedürftige Gebäude revitalisieren und innovative Ideen zur Stärkung der Innenstädte und Ortszentren umsetzen. **↔**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
J. Richard Gügel
91336 Heroldsbach
am 5.7.

Bürgermeister Leonhard Wörl
86492 Egling a. Paar
am 9.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Bauer
93096 Köfering
am 30.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Muth
97291 Erlabrunn
am 11.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Fischer
87545 Burgberg
am 2.7.

Bürgermeister Willibald Gailler
92342 Freystadt
am 11.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Weimig
97506 Grafenrheinfeld
am 10.7.

55. Sudetendeutscher Tag:

Fünfzig Jahre Schirmherrschaft des Freistaates Bayern

Stoiber: Mit den Benesch-Dekreten kann man Europa nicht aufbauen

Nürnberg (jdt). Immer wieder von starkem und anhaltenden Beifall unterbrochen wurde der Schirmherr der Sudetendeutschen, Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, bei der Hauptkundgebung des 55. Sudetendeutschen Tages in der Nürnberger Frankenhalle des Messezentrums, als er die Benesch-Dekrete als nicht mehr passend in die Rechts- und Wertegemeinschaft Europas bezeichnete und in dieser Frage der Durchsetzung des Völkerrechtes das „Bohren dicker Bretter“ ankündigte.

Wörtlich betonte Dr. Stoiber: „Die tschechischen Vertreibungsdekrete sind nicht mehr nur eine bayerisch-tschechische, sondern nun auch eine europäische Angelegenheit. Die europäischen Organe müssen sich jetzt fragen lassen, wie sie mit den Dekreten umgehen wollen ... Europa steht für Freiheit, Frieden, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Wir können nicht glaubwürdig gegen Vertreibungen im Kosovo oder in Afrika vorgehen, wenn wir in Europa selbst menschenrechtswidrige Vertreibungsdekrete dulden“. Der Sudetendeutsche Tag, unter dem Motto „Menschenrechte achten - Vertreibung ächten“, war mit einem besonderen Jubiläum verbunden: Vor 50 Jahren hatte Bayern die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen übernommen.

Fest verankert

Zu Beginn seiner Rede stellte der bayerische Regierungschef heraus, dass beim 55. Sudetentag die nunmehr ein halbes Jahrhundert unverrückbare und auch in Zukunft Bestand habende Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe „demonstrativ erneuert und bekräftigt worden ist“. Fest verankert

diesem Problem, so Dr. Stoiber, dürfe man nicht die Augen zu drücken und den Teppich des Schweigens über diese offenen Fragen breiten.



„Die Benesch-Dekrete sind anhaltend völkerrechtswidrig und gehören auf den Müllhaufen der Geschichte“, erklärte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber.

Rot-Grün scharf kritisiert

Scharf kritisierte der Ministerpräsident die rot-grüne Politik. Der Bundesregierung seien die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen lästig und völlig

Von „überragender Bedeutung“ nannte Bernd Posselt die nunmehr 50jährige Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen. Mit großer Dankbarkeit grüßte der Redner „unsere kämpferischen und immer für uns präsenten Schirmherrn“, den Ministerpräsidenten, und dessen aus Buchau im Sudetenland stammende Gattin Karin, die sich für ihre Landsleute einsetze und in so klarer Weise zu der

Volksgruppe bekenne. In gleicher Weise würdigte Posselt den Einsatz der Schirmherrschaftsministerin Christa Stewens und des stellvertretenden Ministerpräsidenten Günther Beckstein.

„Kahlschlag“ beenden

An die Bundesregierung richtete Posselt den Appell, endlich den Kahlschlag in der Vertriebenenarbeit zu beenden („Wir wollen nach der Vertreibung aus der Heimat nicht noch die Vertreibung aus der Kultur und der Geschichte Europas erleben“). In Europa forderte der Bundesvorsitzende ein europäisches Volksgruppenrecht, das diesen Namen verdiene. Johann Böhm, der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, stellte klar, dass die tschechische Republik das Produkt einer ethnischen Säuberung darstelle: „Dieses Land hat sich eines Drittels seiner Bevölkerung entledigt und hat sich deren ganzes Vermögen einverleibt“. Was aber rechtswidrig sei, müsse aufgehoben werden.

Karls-Preis für Dr. Pan

Zu den Höhepunkten des 55. Sudetendeutschen Tages gehörten u. a. die Verleihung des Europäischen Karls-Preises 2004 an Professor Dr. Christoph Pan, Leiter des Südtiroler Volksgruppen-Institutes, der Kulturpreise und des Volkstumspreises, zahlreiche Vortragsveranstaltungen, Sonderschauen „Kinderland“, Podiumsdiskussionen, Sonderveranstaltungen vielseitiger Art, der große Volkstumsabend, das „Sudetendeutsche Schatzkästlein“, Auftritte der Jugend sowie Sing- und Volkstanzgruppen und Sonderschauen.

Die Gesamtbilanz der Sudetendeutschen Tage in Nürnberg beeindruckte auch viele Teilnehmer aus dem Ausland. Bundesgeschäftsführer Günther Pfrogner führte sehr gekonnt Regie, unter Mitwirkung vieler freiwilliger Helferinnen und Helfer. Ein Sonderlob verdiente sich erneut für die gute Pressebetreuung die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Hildegard Schuster, mit ihrer Assistentin Sonja Kotschate.

GZ

Kolumne
Hanns Dorfner

Liebe Lesern

Das Thema Verwaltungsreform ist in der öffentlichen Diskussion nicht nur ein Dauerbrenner, es hat mittlerweile wohl bei vielen den Status des „Ich kann es schon nicht mehr hören“ erreicht. Bei all den anhaltenden, mitunter auch kontroversen Diskussionen müssen wir uns aber auch fragen (lassen), wie ernst wir es denn wirklich meinen. Bei jeder noch so kleinen Debatte ist der heilige St. Florian nicht weit. Und jedermann ist bemüht, zu versichern, dass die Reform natürlich notwendig sei, aber doch nicht gerade bei der jetzt diskutierten Behörde. Und müssen nicht zahlreiche politisch Verantwortliche eine Gratwanderung bestreiten, wenn sie einerseits nachhaltig die Reformierung der Verwaltung fordern und



te zu starten und die Fördermittel in Anspruch zu nehmen, um uns nur kurz später darüber zu wundern und zu beklagen, welcher bürokratische Aufwand erforderlich ist, um an eben diese europäischen Fördergelder zu gelangen?

Es ist ganz einfach so: Wir müssen nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch, um als Verwaltung insgesamt glaubhaft zu bleiben, den Speckgürtel ablegen und zu einem erträglichen

gleichzeitig aber auch ausreichenden Maß an staatlicher Fürsorge und Verwaltung zurückkehren. Es ist deshalb nur zu begrüßen, wenn Reformminister Erwin Huber vor dem Bayerischen Landkreistag in Burghausen die Formel „Was wegfallen kann, soll wegfallen“ geprägt hat. Es ist kein fehlgeleitetes Machtstreben der bayerischen Landräte, wenn die Landratsämter zu Dienstleistungsunternehmen im Sinne des zentralen Reformansatzes „Alles aus einer Hand“ werden. Man tut damit nicht den Landräten, sondern den Bürgerinnen und Bürgern einen Gefallen. Warum sollen wir in der Verwaltung nicht das praktizieren, was beispielsweise in der Wirtschaftsregion Passau schon seit Jahren hervorragend funktioniert: Ein Investor quält sich nicht mühsam von den Baurechtlern zum Technischen Umweltschutz, sucht den passenden Ansprechpartner bei der Wirtschaftsförderung, um schließlich auch noch beim Naturschutz die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens zu eruieren. Nein, dieser potenzielle Investor hat einen zentralen Ansprechpartner („Investoren-Service-Team“), der sich hausintern um das Einschalten der verschiedensten Fachstellen kümmert und das Ergebnis dann gebündelt dem Investor mitteilt. Ich kann Ihnen versichern, dass dieses Prinzip funktioniert und wir Landräte würden (und werden) gerne den Beweis dafür antreten, dass dieses System auch landratsamtsbezogen funktioniert!

Wie ernst meinen wir es mit der Verwaltungsreform?

mittragen wollen, andererseits aber sich „vor Ort“ für den Erhalt einer Behörde stark machen wollen (sollen)?

Ist es wirklich hilfreich, wenn - um bei dem Beispiel der Landratsämter zu bleiben - von vielen Seiten sofort das Gespenst einer „Mammutbehörde“ gesehen und wenn von der „Allmacht“ der Landräte gesprochen wird? Die Frage, ob denn die Reform wirklich so weit gehen muss, ist dabei zumindest in Untertönen heraus zu hören.

Oder ist es nicht ganz einfach so, dass wir heute, im Jahr 2004, ein Stadium erreicht haben, in dem trotz aller gegenteiliger Beteuerungen die Flut von neuen Vorschriften nicht nachlassen will, auf jeden Vorfall sofort mit einer Gesetzesänderung (im Sinne einer Mehrregelung) reagiert wird? Sind es bei der Schaffung von neuen Behörden/Ämtern (ja vielleicht sogar von Ministerien) nicht doch auch zu spontan die Tagesgeschehnisse, auf die abgestellt wird und wurde? Predigen wir nicht alle von den Chancen der europäischen Einigung und der Notwendigkeit, entsprechende Projek-

Stoiber zur Haushaltspolitik:

„Eichel hat auf Sand gebaut“

Aufforderung an Bundesregierung auf, umgehend einen seriösen Haushaltsentwurf vorzulegen und im nächsten Jahr fünf Prozent zu sparen

Als „völlig unseriös und ungläubwürdig“ hat Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber nach der jüngsten Kabinettsitzung den Entwurf des Bundeshaushalts 2005 bezeichnet. „Der jetzt von Bundesfinanzminister Eichel vorgelegte Entwurf ist auf Sand gebaut. Ich fordere die Bundesregierung auf, statt dieses Papiertigers umgehend einen seriösen Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 vorzulegen, der der Wirklichkeit standhält und nicht sofort wieder korrigiert werden muss“, erklärte Stoiber. Auch für die Bundesregierung führe kein Weg daran vorbei, bei den Ausgaben endlich auf die Bremse zu treten und zu sparen. Stoiber erneuerte seine Forderung an die Bundesregierung, auch im Bundeshaushalt unter dem Strich fünf Prozent bei den Ausgaben einzusparen, mit Ausnahme von Bildung und Forschung.

Stoiber warf dem Bundesfinanzminister vor, für einen unbremsten Autoritäts- und Ansehensverlust der deutschen Finanzpolitik verantwortlich zu sein: „Wer sechs Jahre hintereinander die Ausgaben viel zu niedrig und die Einnahmen viel zu hoch ansetzt, hat jede Glaubwürdigkeit verspielt.“ Stoiber warf der Bundesregierung vor, in jedem Jahr fast doppelt so viel neue Schulden aufzunehmen wie geplant.

Im Jahr 2003 habe zwischen der tatsächlichen Neuverschuldung von 38,6 Milliarden Euro und dem ursprünglichen Ansatz von 18,9 Milliarden Euro ein Unterschied von über 20 Milliarden Euro gelegen. Auch in diesem Jahr sei damit zu rechnen, dass der Bund statt der geplanten 29,3 Milliarden Euro über 40 Milliarden Euro aufnehmen müsse.

Luftbuchungen

Auch der Bundeshaushalt 2005 sei wiederum voller Luftbuchungen. Die von Eichel an-

genommenen Privatisierungserlöse von 15 Milliarden Euro im Jahr 2005 glaube außer ihm kein Mensch in Deutschland. Stoiber: „Diesem Haushalt ist die Unsensibilität auf die Stirn geschrieben. Jeder Finanzvorstand eines mittelständischen Unternehmens würde mit einer solchen Vorlage gefeuert. Nur der deutsche Finanzminister kann seine Politik der Luftbuchungen Jahr für Jahr fortsetzen. Hier wäre der Regierungschef gefordert.“

Zins und Zinseszins

Als „in hohem Maß alarmierend“ bezeichnete es Stoiber, dass sich die Bundesregierung auch vom Ziel des ausgeglichenen Haushalts offenbar vollkommen verabschiedet hat. Der Bund geht davon aus, dass bis zum Jahr 2008 jedes Jahr weitere 20 Milliarden zusätzliche Kredite nötig sind, um die Defizite auszugleichen.

„Anders als Eichels Einnahmeschätzungen stehen diese Schulden nicht nur auf dem Papier. Sie müssen mit Zins und

Zinseszins zurückgezahlt werden. Die immer weiter wachsende Zinslast nimmt der deutschen Politik jeden Gestaltungsspielraum. Alles was für Zins und Tilgung bezahlt werden muss, fehlt Deutschland für Investitionen in die Zukunft“, betonte Stoiber. Die Investitionsquote, die 1998 noch bei 12,8 Prozent lag, werde 2004 auf etwa 9,6 Prozent fallen und nach den Vorstellungen Eichels im nächsten Jahr auf unter neun Prozent sinken.

Verantwortungslose Schuldenpolitik

„Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist nicht mehr bereit, diese völlig verantwortungslose Schuldenpolitik zu akzeptieren. Es muss Schluss damit sein, einfach nur die Lasten auf die nächste Generation zu verlagern. Auch im Bundeshaushalt muss konsequent gespart werden. Ich fordere die Bundesregierung auf, im Jahr 2005 die Ausgaben des Bundes um fünf Prozent zu kürzen und dabei zum Beispiel die Ausgaben bei der Bundesagentur für Arbeit deutlich zurückzufahren“ erklärte Stoiber.

Nach Auffassung von Finanzminister Kurt Faltlhauser ist ein solches Sparziel auf Bundesebene absolut realistisch. Bayern habe seinen Haushalt in diesem Jahr um über zwei Milliarden Euro konsolidiert. Bayern werde seinen maßvollen Sparkurs mit Augenmaß auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>eMail: info@gemeindezeitung.de

sein die Sudetendeutschen in der bayerischen Politik.

„Auf den Müllhaufen ...“

Der Ministerpräsident erinnerte an die historische Friedens- und auch Integrationsleistung der deutschen Heimatvertriebenen und an Persönlichkeiten wie Wenzel Jaksch, Walter Becher, Volkmar Gabert, Peter Glotz, Otto von Habsburg, Franz Neubauer, Johann Böhm und Bernd Posselt: „Sie alle waren und sind Wegbereiter eines friedlichen, versöhnenden und dialogfähigen Europas“. Allerdings gebe es in der europäischen Wertegemeinschaft noch Defizite. Nötig werde ein Europa, „in dem Vertreibungsdekrete keinen Platz mehr haben. Sie sollten eigentlich längst auf dem Müllhaufen der Geschichte liegen“. Dass am Vorabend der EU-Erweiterung vom Tschechischen Parlament demonstrativ menschenverachtende und völkerrechtswidrige Dekrete eine erneute Bestätigung erfuhren, sei im Grunde unfassbar. Das geschlossene Nein der bayerischen CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament zum EU-Beitritt Tschechiens richtete sich nicht gegen das Nachbarland, sondern gegen eine „antieuropäische und ganz und gar nicht nachbarschaftliche Politik“. Vor

gleichgültig. Das zeige sich auch in der Debatte über das „Zentrum gegen Vertreibungen“. Froh zeigte sich Stoiber darüber, dass der neue Bundespräsident Horst Köhler, der ja das Flüchtlings- und Vertreibungsschicksal aus eigener Erfahrung kenne, sich für dieses Zentrum ausgesprochen habe. Der Schirmherr schloss mit einem Bekenntnis zu einem Europa, das die Menschenrechte achte und Vertreibungen ächte und einem „Glückauf!“ für die Sudetendeutsche Volksgruppe jetzt mitten im Herzen Europas.

Dem Schirmherrn gedankt

Die Eröffnungsrede zur Hauptkundgebung hielt Bernd Posselt, MdEP und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Er würdigte die Gottesdienste zum Auftakt des Haupttages des großen Treffens. Dankbar zeigte sich Posselt über den eindrucksvollen Gottesdienst mit Erzbischof Karel Otčenasek aus Königgrätz, Exarch Ladislav Hucko von der Katholisch-Unierten Kirche aus der Tschechischen Republik, dem sudetendeutschen Vertreibenenbischof Gerhard Pieschl („...verbunden mit Dank für seine großartige Predigt“) und Visitator Pater Norbert Schlegel.

Bayerns Wirtschaft verliert an Zuversicht

**Binnenkonjunktur springt nicht an / Bauwirtschaft weiter in der Krise
Keine Wende am Arbeitsmarkt / Leichte Erholung im Handwerk**

Bayerns Unternehmer beurteilen sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten für die kommenden Monate wieder pessimistischer als zu Jahresbeginn. Dazu stellte Reinhard Dörfler, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern vor der Presse in München fest: „Die wirtschaftliche Erholung in Bayern hat zur Jahresmitte 2004 einen Dämpfer erhalten.“ Dörflers Urteil beruht auf der aktuellen Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) bei rund 3400 Unternehmen. In Bayerns Handwerk zeichnet sich „eine leichte Erholung in Trippelschritten“ ab, so Heinrich Traublinger, Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT).

Auf die Investitionslust drückt eine schlechte Ertragslage. Allein bei der exportorientierten Wirtschaft ist die Stimmung etwas besser, aber nach wie vor lahmt die Binnennachfrage. Am Arbeitsmarkt ist deshalb noch kein Aufwärtstrend in Sicht, so Dörfler.

Gebremste Erwartungen

Die bayerischen Unternehmen haben ihre Erwartungen im Sommer 2004 zurückgeschraubt. Nur noch 21 Prozent rechnen damit, dass die Geschäfte in den kommenden Monaten anziehen, während es zu Jahresbeginn immerhin noch 26 Prozent waren. Unverändert 12 Prozent befürchten eine weitere Verschlechterung. „Der Rückgang der optimistischen Stimmen zieht sich wie ein roter Faden durch alle Branchen“, so Dörfler.

Die bayerische Industrie lebt derzeit fast ausschließlich vom Export, während die Inlandsnachfrage immer noch stagniert. Nahezu unverändert bezeichnen 23 Prozent (im Februar 22 Prozent) der Unternehmen ihre Geschäftslage als positiv, während 22 (21) Prozent eine schlechte Lage melden. Das dämpft auch die Erwartungen: Nur noch 22 (28) Prozent glauben, dass die Geschäfte anziehen. Der Anteil der Pessimisten ist von 9 auf 10 Prozent gestiegen. Wesentlich zuversichtlicher beurteilen die exportorientierten Unternehmen Lage und Aussichten. So sind die Erwartungen an das Auslandsgeschäft gegenüber Jahresbeginn nochmals gestiegen. Inzwischen rechnen 48 (42) Prozent der Investitionsgüterhersteller mit steigenden Auslandsaufträgen. Dagegen hat die stärker binnenorientierte Ge- und Verbrauchsgüterindustrie mit sinkenden Aufträgen zu kämpfen.

Wenig Wirtschaftsbau

Die Bauwirtschaft kommt immer noch nicht auf die Beine. Nur noch 7 (13) Prozent der befragten Unternehmen erwarten, dass sich die Geschäfte in Zukunft positiv entwickeln, 15 (14) Prozent glauben, dass es weiter abwärts geht. Besonders betroffen ist der Wirtschaftsbau. Nach 39 Prozent im Februar befürchten jetzt sogar 51 Prozent, dass die Aufträge weiter zurückgehen, nur noch 8 (11) Prozent sind zuversichtlich. Dies schlägt sich auch in den Ertragsaussichten nieder. In den kommenden Monaten rechnen 42 (28) Prozent der Bauunternehmen mit Einbrüchen und nur 7 (6) Prozent mit steigenden Erträgen.

Frostiges Konsumklima

Auch der Einzelhandel kann sich im ersten Halbjahr 2004 nicht aus seinem Tief befreien, vor allem das frostige Konsumklima drückt auf die Stimmung. Nur noch 15 (18) Prozent der Händler erwarten, dass es aufwärts geht, 17 (18) Prozent dagegen sind pessimistisch. Die Umsatz- und Ertragsaussichten sind ebenfalls gesunken. So fürchten



Dr. Reinhard Dörfler.

wieder 39 (32) Prozent Umsatz- und 40 (33) Prozent Ertragsverlusten. „Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und orientierungslose Politik“, so Dörfler, „sorgt auch weiterhin für Verunsicherung bei den Verbrauchern.“ Zudem sei die Wirkung der Steuerreform zu Jahresbeginn völlig verpufft. „Die höheren Ausgaben aufgrund der Gesundheitsreform und die gestiegenen Energiekosten haben von den Entlastungen fast nichts übrig gelassen“, erläutert der BIHK-Chef. Bei den Großhändlern ist der Optimismus vom Jahresbeginn ebenfalls wieder verflogen. Nur noch 19 (28) Prozent rechnen mit einer positiven Entwicklung, 15 (11) Prozent stellen sich auf schlechtere Geschäfte ein.

Weniger Dienstleistungen

Deutlich abgekühlt haben sich die Geschäftserwartungen der Dienstleister. So zeigen sich nur noch 30 (38) Prozent optimistisch, 11 (10) Prozent dagegen erwarten eine Verschlechterung. Sie befürchten zudem, dass sich die schwache Umsatzentwicklung auch in den kommenden Monaten fortsetzen wird. Nachdem zu Jahresbeginn noch 35 Prozent der Dienstleister mit höheren Umsätzen gerechnet haben, sind es jetzt nur noch 28 Prozent. Mit sinkenden Umsätzen rechnen dagegen 29 (17) Prozent.

Investitionspläne korrigiert

Entgegen der Erwartung zu Jahresbeginn haben die bayerischen Unternehmen ihre Investitionspläne wieder nach unten korrigiert. Dabei sind Inlands- wie Auslandsinvestitionen rückläufig. So wollen nur noch 16 (17) Prozent der befragten Unternehmen ihre Investitionen erhöhen, 30 (27) Prozent planen hingegen Kürzungen. Wenn investiert wird, dann weiterhin in Ersatzbeschaffung.

Keine Entspannung am Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Erholung ist nach wie vor viel zu schwach, um auf dem Arbeitsmarkt für Entspannung zu sorgen. Nur noch 8 (10) Prozent der Unternehmen wollen Personal einstellen. Dagegen planen 26 (25)

Prozent in den kommenden Monaten Entlassungen. Selbst bei den unternehmensnahen Dienstleistern hat sich das Blatt wieder gewendet. Nur noch 17 (21) Prozent wollen aufstocken, 20 (15) Prozent aber wollen reduzieren. „Damit wird sich der Beschäftigungsabbau weiter fortsetzen“, befürchtet Dörfler. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt sei ohne durchgreifende Reformspritze nicht möglich. In erster Linie müssten die Arbeitskosten sinken „und zwar schnell und deutlich“, fordert der BIHK-Chef. Allein auf die anziehende Weltkonjunktur könne und dürfe sich Deutschland jetzt und auch in Zukunft keinesfalls verlassen.

Im bayerischen Handwerk hat im ersten Quartal 2004 der in der zweiten Hälfte des letzten Jahres eingesetzte Erholungsprozess zwar angehalten, sein Tempo aber verlangsamt. Immerhin ist der Geschäftsklimaindex - die Zusammenfassung aus Lageinschätzung und Zukunftserwartung - angestiegen: 57 Prozent der befragten Handwerker beurteilen das Geschäftsklima mit „befriedigend“ oder besser. Vor einem Jahr waren es 53 Prozent. BHT-Präsident Heinrich Traublinger: „Die Erholung kommt nur im Schnecken Tempo voran, weil die Binnennachfrage zu schwach ist.“ Die bayerischen Handwerksbetriebe erwarten denn auch für das laufende Quartal überwiegend eine ver-

(Fortsetzung von Seite 1) an die Kommunalpolitiker: „Bitte melden Sie sich, wenn Sie der Meinung sind, dass es noch weitere überflüssige, einengende und unverünftige Standardvorgaben gibt!“

Streit um VOB geht weiter

In der nächsten Zeit wird sich Huber zufolge ein großer Streitpunkt fortsetzen: die Anwendung der VOB im kommunalen Bereich. Die Staatskanzlei überlege, die Kommunalpolitiker entscheiden zu lassen, ob sie die VOB unterhalb der EU-Schwelle anwenden wollen oder nicht. Da dieses Ansinnen auf Wirtschaftsseite aber eine Welle der Empörung ausgelöst habe, sei das Thema für Ende Juli erneut auf die Tagesordnung gesetzt worden. Auch hier, so Huber, müsse sich die kommunale Seite einbringen. Mit purer Vernunft komme man mitunter besser voran.

Spielraum für Investitionen

„Damit Bayern eine der führenden Wirtschaftsregionen in Europa bleiben kann“, seien Sparkurs, G8, Verwaltungsreform und Arbeitszeitverlängerung wohlüberlegt auf den Weg gebracht worden, erklärte Huber. Bayern weigere sich, den roten grünen Weg in den Schuldenstaat mitzugehen. Hochverschuldete Länder zahlten immer mehr Zinsen, weshalb der Spielraum sowohl für Investitionen als auch für die Kommunalförderung verloren gehe. Während im Freistaat der Zinsanteil bei drei Prozent liege, seien viele andere Länder bereits bei zehn, zum Teil zwölf Prozent, angelangt. Bayern habe die Last einer Gesamtverschuldung von etwa 20 Mrd. Euro zu tragen, Nordrhein-Westfalen sage und schreibe mehr als 100 Mrd. Euro. Gespart

haltene Geschäftsentwicklung, weil die Kaufzurückhaltung der Kunden anhalten dürfte.

Bescheidene Stimmungsaufhellung

Die bescheidene Stimmungsaufhellung war am deutlichsten im produzierenden Metallgewerbe zu spüren. Auch die Ausbauhandwerke und die Gewerbe für persönliche Ausstattung machten Fortschritte. Hingegen gab es im Baugewerbe und in verschiedenen konsumnahen Dienstleistungszweigen kaum eine Veränderung. Das Kfz-Gewerbe litt unter der schwachen Autokon-



Heinrich Traublinger.

junktur und zuletzt auch unter den hohen Benzinpreisen.

Während die Umsätze im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres minimal gesunken sind, blieb die Beschäftigtenzahl im bayerischen Handwerk mit rund 880 000 Personen Ende März etwa so hoch wie ein Jahr zuvor. Dies hat aber überwie-

gend mit den Wiedereinstellungen in den Außenberufen nach dem Winterende zu tun. Mittelfristig zwingen die schwache Konjunktur und der anhaltende Lohnkostendruck die Handwerker zu einer restriktiven Personalpolitik.

Das Baugewerbe leidet nach wie vor unter einer Abwärts-Entwicklung des Auftragseinganges. Angebotsüberhänge bei Büro- und Lagergebäuden, ein wenig rentierlicher Mietwohnungsbau und verringerte Bauaufträge der öffentlichen Hände sind die Ursache. Einzig positiv war im ersten Quartal dieses Jahres der Umstand, dass sich durch die anstehende Reform der Eigenheimzulage der Bau von Eigenheimen belebte.

Vorzieheffekt bei Gesundheitshandwerken

Im Gegensatz dazu erlebten die Gesundheitshandwerke die ungünstigen Folgewirkungen eines „Vorzieheffektes“. Wurden Ende letzten Jahres mit Blick auf die anstehende Reform des Gesundheitswesens zum Jahreswechsel noch viele Maßnahmen, etwa Brillenanschaffungen, vorgezogen, so gab es entsprechend hohe Nachfrageausfälle im Berichtsquartal.

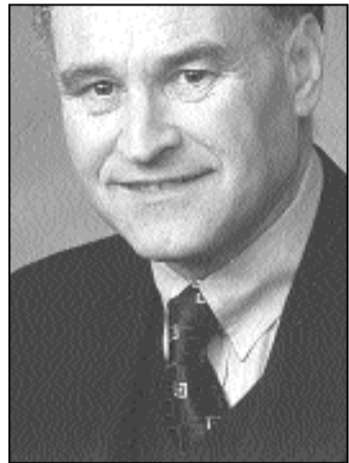
Insgesamt ist aber im bayerischen Handwerk der Auftragbestand von fünf Wochen im ersten Quartal 2003 auf 5,2 Wochen im ersten Quartal dieses Jahres gestiegen. Es sei davon auszugehen, so Traublinger, dass auch im laufenden Quartal die wirtschaftliche Erholung nur in Trippelschritten vorankommen werde. Die Schwäche der allgemeinen Konjunktur hinterlasse auch im bayerischen Handwerk ihre Spuren. doh.

Alte Zöpfe ab schneiden ...

Frage der Gewerbeaufsicht gehe es indes darum, Kontrollen für die Wirtschaft zu vermeiden.

Zusammenlegungen

Im Bereich der Forstreform stellt sich die Frage, was mit den Direktionen der ländlichen Entwicklung geschehen soll. Erwin Huber geht davon aus, dass diese in ihrer jetzigen Form nicht mehr weiter bestehen werden. Vielmehr würde sich anbieten, die Direktionen in die Landwirt-



Staatsminister Erwin Huber.

schaftsverwaltungen zu integrieren - mit dem gleichen Zuständigkeitsbereich eines Regierungsbezirks. Auch sei die Frage zu überprüfen, ob es bei den Landwirtschaftsabteilungen der Regierungen bleibt oder nicht doch eine zweistufige Verwaltung, bestehend aus Ministerium und Ämtern für Land- und Forstwirtschaft, vorzuziehen ist. Aus Hubers Sicht spricht viel für eine Neuregelung.

Erziehungsgelder zu den Landratsämtern

Hingegen werden die Ämter für Versorgung und Familienförderung als eigene Verwaltung wohl erhalten bleiben. Aller-

dings stellt sich Huber zufolge die Frage, „ob man die Abwicklung des Landes- und Bundeserziehungsgeldes aufgrund der relativen Bürgerferne nicht auf die Landratsämter verlagern könnte“. Sinnvoll erscheine es, eine Art Kompetenzzentrum für Familien bei den Landratsämtern zu bilden und den Bereich Familie und Soziales stärker zusammenzufassen - gemäß der One-Stop-Agency-Maxime. Neu regeln werde der Staat auch sein Immobilienmanagement, das eine Menge an Synergieeffekten enthalte.

Paket zwei beschäftigt sich mit den Fachbehörden Hochbau, Straßenbau und Wasserwirtschaft, mit Fragen der Vermessungsverwaltung, mit Landesämtern, Polizei- und Schulverwaltung sowie Außenstellen von Behörden und Gerichten. Laut Huber gilt es als sicher, dass es zu einer Zusammenfassung der Bauämter kommen wird - wie diese konkret aussieht, muss sich jedoch erst weisen. Zu diskutieren wird auch die Frage sein, ob man private Vermessungsbüros zulassen soll. Auch ist daran gedacht, aus vier Landesämtern (Umweltschutz, Geologie, Wasserwirtschaft, Arbeitsschutz) entweder eines oder zwei zu machen, wobei die Frage des Standorts noch geklärt werden muss. Tendenziell werden viele kleinere Außenstellen keinen Bestand mehr haben, meinte der Minister.

Pragmatismus

Huber appellierte an die Mandatsträger, die Dinge pragmatisch miteinander zu erörtern. Gewisse Synergieeffekte seien nur dann zu erzielen, „wenn wir auch zu mutigen Entscheidungen fähig sind“. So schlug er vor, „im Baugenehmigungsverfahren sowie bei der Aufstellung von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen die Beteiligung so vieler Träger öffentlicher Belange deutlich zu reduzieren“. In Absprache mit Innenminister Dr. Günther Beckstein sei man zur Überzeugung gelangt, die Standortbaugenehmigung dem Landratsamt zu überlassen und für eine sog. fakultative Beteiligung zu sorgen. Damit wäre die Entscheidungszentralität des Landratsamts gestärkt, Verfahren würden beschleunigt.

Mut zur Lücke

Hubers Fazit: „Wenn wir nicht den Mut zur Lücke haben, werden wir in Sachen Deregulierung und Verwaltungsreform scheitern, weil es immer tausend Gründe gibt, etwas nicht zu ändern.“ Es könne nicht sein, dass Proteste von Berufsverbänden und Funktionären im Beamtenbereich zu einem Stillstand und zur Mutlosigkeit führen. Jetzt sei die Gelegenheit günstig, etwas für die Standortpolitik in Bayern zu tun. Andernfalls „verständigen wir uns an der Zukunft“.

KPV für Verschlinkung

Luitpold Braun zufolge trägt die KPV die Kernanliegen der Bayerischen Staatsregierung mit. Alte Zöpfe müssten endlich abgeschnitten und neue Ressourcen erschlossen werden. Ausdrücklich bedankte sich der KPV-Vorsitzende für die vorgesehene Verschlinkung im Bereich der Regionalplanung. Hier sei ein tragbarer Kompromiss ausgehandelt worden.

In der anschließenden, angelegten Diskussion, wurden von den Kommunalpolitikern Themen wie Umweltschutz, Flurbereinigung, Reform der Verwaltungsschulen, Privatisierung der Vermessungsämter, Trinkwasseruntersuchung sowie Kriminalistik angesprochen. Staatsminister Huber bezog auch hierzu dezidiert Stellung. DK

Aktuell von der Halbjahres-Pressekonferenz:

NürnbergMesse weltweit unter den Topp 20

Weiter wachsen möchte die NürnbergMesse. Erstmals gelang ihr 2003 ein Umsatz, der die 100-Mio.-Euro-Marke überstieg - ein Rekordergebnis! „Wir rechnen in diesem Jahr mit einem Umsatzplus auf rund 105 Millionen Euro“, so Bernd A. Diederichs, Geschäftsführer der NürnbergMesse. Damit kann sich die Messegesellschaft im dritten Jahr in Folge erfolgreich von der Entwicklung im deutschen Messewesen abkoppeln und hat sich weltweit unter den Topp 20 Messegesellschaften etabliert.

In den vergangenen fünf Jahren hat die NürnbergMesse ihren Umsatz um rund 45 Prozent auf zuletzt 101,4 Mio. EUR gesteigert. „Dieses Ergebnis ist der Verdienst aller 227 Kolleginnen und Kollegen“, lobte der Messechef die Teamleistung. Sie hätten mit ihrer Einsatzbereitschaft und Dienstleistungsorientierung aber auch ihrem Kostenbewusstsein dafür

gesorgt, dass die Gesellschaft aus wirtschaftlich schwierigem Umfeld gestärkt hervorgeht

Neben den Geschäftsfeldern Eigen- und Partnerveranstaltungen (50,8 Mio. EUR) und Gastveranstaltungen (28,8 Mio. EUR) mit zusammen 79,6 Mio. EUR Umsatz sind mit dem CCN CongressCenter Nürnberg (5,4 Mio. EUR), Nürnberg Global Fairs (3,0 Mio. EUR) und

MesseService (13,4 Mio. EUR) weitere Umsatzträger hinzu gekommen. „Naturgemäß erwarten wir insbesondere von diesen jungen Geschäftsfeldern in den kommenden Jahren ein weiteres Wachstum“, so Diederichs.

Neues Kongresszentrum

Seit 1999 wurden 221 Mio. EUR in den Ausbau und die Services des Messezentrums investiert. Inzwischen stehen 152.000 m² Brutto-Ausstellungsfläche zur Verfügung. Die



CCN Ost im Bau.

Foto: NürnbergMesse

deutschen Wirtschaft, Berlin) legte die Beteiligung zwischen 1998 und 2002 auf Besucherseite um rund 12 Prozent zu. Am Messeplatz Nürnberg wuchs der Besuch aus diesen Märkten mit 26 Prozent im gleichen Zeitraum mehr als doppelt so stark.

„Die NürnbergMesse gehört zu den Gewinnern der EU-Osterweiterung, schon heute“, erklärte Diederichs. Im ersten Halbjahr 2004 konnten zahlreiche Fachmessen ein überdurchschnittliches Plus beim Besuch aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten

verzeichnen, an der Spitze das Fachmesstrio POWTECH, TechnoPharm, ExploRisk (+ 63 %), der Messeverbund aus fensterbau/frontale und HOLZHANDWERK (+ 59 %) sowie die Interzoo (+ 40 %). Aber auch High-Tech-Fachmessen wie die embedded world (+ 18 %) verzeichneten einen deutlichen Anstieg aus diesen Ländern. Insgesamt erwartet die NürnbergMesse für 2004 rund 20.000 Fachbesucher und über 300 ausstellende Unternehmen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten.

„Diese Zahlen zeigen: Gute Messen stehen bei Ausstellern und Besuchern unverändert hoch im Kurs und können deutlich zulegen. Diese Zahlen zeigen aber auch: Aussteller achten viel stärker als in den vergangenen Jahren auf den unmittelbaren Beteiligungserfolg. Mag eine Messe auch eine noch so lange und erfolgreiche Tradition haben - ein Ausrutscher wird heute kaum noch verziehen. Umgekehrt zieht eine positive Veranstaltung einen Wechsel

auf die Zukunft. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten viele Wechsel gezogen und gehen davon aus, dass unsere erfolgreichen Veranstaltungen weiter wachsen werden“, blickt Diederichs optimistisch nach vorne.

Weniger Aussteller und Besucher

Negativ macht sich bemerkbar, dass gegenüber dem besser vergleichbaren ersten Halbjahr 2002 einige Veranstaltungen turnusgemäß (BeBoSa, Holzbau und Ausbau) nicht stattgefunden haben, andere, wie Fa-meta, ReSale oder Powder Coating Europe, nicht mehr in Nürnberg stattfinden. Im Ergebnis liegt die Zahl der Aussteller im ersten Halbjahr 2004 bei rund 13.000 (- 4 %). Einmal mehr zugelegt hat die Zahl internationaler Aussteller auf rund 5.700 (+ 6 %). Die verkaufte Nettofläche sank leicht um vier Prozent auf über 450.000 m², die Zahl der Besucher um 11 Prozent auf über 690.000, davon 107.000 internationale Fachbesucher, ein deutliches Plus von 12 Prozent.

Mit Fachmessen wie GaLa-Bau (Gestaltung von Grün- und Freiräumen), FachPack (Verpackungstechnik), PrintPack (Verpackungsdruck), LogIntern (interne Logistik), Evenord + BÄKO Franken (Fleischerei- und Bäckereibedarf), IKK (Kälte-, Klima- und Lüftungstechnik), ENKON dezentral (Energietechnik), ConSozial (Sozialmarkt), IENA (Erfinderbörse), BRAU Beviale (Getränketechnologie und -marketing) sowie SPS/IPC/DRIVES (Automatisierungstechnik) und Kongressen wie POF (Plastic Optical Fibres Congress) und bpt (Veterinärmedizin) sowie Publikumsveranstaltungen wie der CONSUMENTA steht das Messezentrum vor einem heißen Messeherbst.

Fünf Jahre Global Fairs

Ihren fünften Geburtstag feierte im April Nürnberg Global Fairs. Das schönste Geschenk machte sich die hundertprozentige Tochtergesellschaft der NürnbergMesse für die Durchführung von Auslandsmessen und Messebeteiligungen selbst: den Aufstieg in die Topp Ten der deutschen Auslandsmessegesellschaften. Das Resümee nach fünf Jahren und knapp 150 Veranstaltungen: Wachstum ist schwierig - aber machbar. ☞

Scheibchenweise Sicherheit

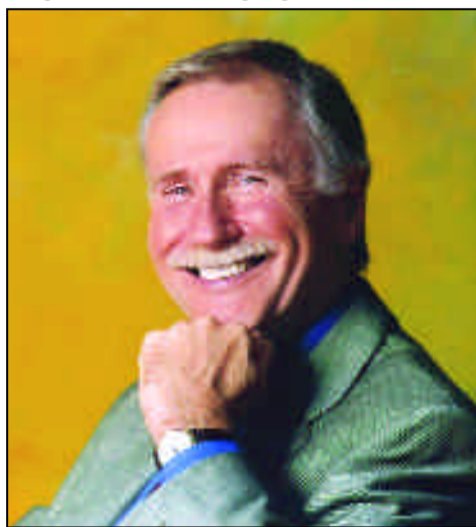
Von Prof. Dr. Klaus Jamin

Wir alle sind dankbar, dass es das Internet gibt. Was wäre denn sonst mit dem Schutz gegen die Viren, die wir uns über die verschiedensten Methoden der Datenübertragung einfangen. Früher waren es Disketten, dann CDs und DVDs auf denen Viren verteilt wurden. Heute werden Viren jeder Art über das Internet verbreitet. Aber es gibt Abhilfe. Beispielsweise bietet Microsoft (es gibt kaum einen Hersteller der es nicht ebenso macht) regelmäßig und in immer kürzeren Abständen so genannte Flicker (patches) zum Reparieren der Software an, immer häufiger nicht nur zur Verbesserung des Betriebssystems, sondern zur Verbesserung der Sicherheit.

Eigentlich müssten die vielen Anwender in den Behörden darüber glücklich sein, denn die Flicker sind fast immer kostenlos. Sobald die Flicker, oder sagen wir Updates, jedoch das Betriebssystem verändern, ja eventuell nicht mehr rückgängig ge-

die ganze Problematik.

Nicht zu unrecht wird von Fachleuten diese Vereinbarungen als „Lizenz zum Ausspähen“ bezeichnet. Microsofts Möglichkeiten, den Anwendern weltweit auf die Festplatten zu schauen und nicht nur systembezogene



Bernd A. Diederichs, Geschäftsführer NürnbergMesse. Foto: NürnbergMesse

größte Baustelle ist aktuell das CCN Ost, das im April 2005 offiziell eröffnet wird. Damit wächst die Kongresskapazität im Messezentrum um 3.200 auf über 11.000 Plätze. Die hohen Investitionen - durchschnittlich über 50 Prozent gemessen am Umsatz in den letzten fünf Jahren - sind der Grund für den steigenden Verlustvortrag. So betrug das Jahresergebnis 2003 minus 5,9 Mio. EUR und ist damit um rund 20 Prozent besser als die ursprünglich geplanten minus 7,3 Mio. EUR.

Wachstumsperspektiven

In den vergangenen fünf Jahren hat der Fachbesuch aus den neuen EU-Mitgliedsländern am Messeplatz Deutschland überdurchschnittlich zugelegt. Nach Angaben des AUMA (Ausstellungs- und Messeausschuss der

größten Baustelle ist aktuell das CCN Ost, das im April 2005 offiziell eröffnet wird. Damit wächst die Kongresskapazität im Messezentrum um 3.200 auf über 11.000 Plätze. Die hohen Investitionen - durchschnittlich über 50 Prozent gemessen am Umsatz in den letzten fünf Jahren - sind der Grund für den steigenden Verlustvortrag. So betrug das Jahresergebnis 2003 minus 5,9 Mio. EUR und ist damit um rund 20 Prozent besser als die ursprünglich geplanten minus 7,3 Mio. EUR.

Positive Halbzeitbilanz

Rund 70 Fachmessen, Ausstellungen und Kongresse stehen für 2004 im Veranstaltungskalender der NürnbergMesse, darunter 20 Eigen- und Partnerveranstaltungen. Neun Fach-



macht werden können, wird es problematisch.

Lizenz zum Ausspähen

Denn Microsoft ist beispielsweise bestrebt, das bestehende Betriebssystem zu analysieren. Das ist nötig, um richtige sinnvolle Verbesserungen und Ergänzungen vorzunehmen. Dieses Verfahren ist sicher als ein Service gegenüber den Kunden anzusehen. Geht man aber davon aus, dass der Kunde (häufig Privatperson) über seinen Vertrag (Kaufvertrag, Zustimmung zur Lizenz etc.) sein Einverständnis dazu gegeben hat, so ist das in Unternehmen und Behörden anders.

Da genügt ein Blick in die Einverständniserklärung. Die Formulierung „Wenn Sie sich entscheiden, die Update-Funktionen innerhalb des Betriebssystem-Produktes oder der Betriebssystem-Komponenten zu verwenden, ist es zum Implementieren der Funktionen erforderlich, bestimmte Informationen zum Computersystem, zur Hardware und zur Software zu verwenden. Indem Sie diese Funktionen verwenden, ermächtigen Sie Microsoft oder deren bezeichneten Vertreter zum Zugriff auf die erforderlichen Informationen und zu deren Verwendungen für Updates.....“ zeigt

Daten einzuholen, sind umfassend. Experten sagen, Microsoft sei es auch möglich, über das Internet zu prüfen, welche der verfügbaren Updates bereits installiert sind und welche fehlen, es könnten auch die Versionsnummern von Software-Paketen, Informationen über die installierte Hardware und wichtige Kennzahlen erfasst werden. Fachleute wollen festgestellt haben, dass beim ersten Analysieren eines neuen Systems beinahe zehn MByte Daten an Microsoft-Server gehen, bevor auch nur eine einzige Datei zum Kunden übertragen wird.

Spezielle Zugangsberechtigungen

Es gilt jedoch die Regel in Behörden, dass es nur den dazu ausdrücklich berechtigten Personen möglich sein darf Zugriffe, mit denen Änderungen an automatisierten Verfahren gemacht werden, vorzunehmen. Das gilt also auch für das Betriebssystem auf dem die Verfahren laufen.

Bei entscheidenden Änderungen an automatisierten Verfahren, mit denen sensible Daten verarbeitet werden (z. B. solche, die einem besonderen Berufs- oder Amtsgeheimnis unterliegen), muss eine Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten erfolgen. ☞

Rationalisierungspotenziale im Internet:

Elektronische Signatur macht von sich reden

Von Michael Leistenschneider, Mitglied des Vorstandes der DATEV eG

Nicht zuletzt wegen der aktuellen Kartenprojekte der Bundesregierung - JobCard, Gesundheitskarte, elektronischer Personalausweis - steht eine alte Bekannte in jüngster Zeit wieder verstärkt im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit: die elektronische Signatur. Trotz der Publicity wartet der elektronische Rechts- und Geschäftsverkehr immer noch auf seinen endgültigen Durchbruch.

Der Grund dafür ist das viel zitierte „Henne-Ei-Problem“ bei der Verbreitung elektronischer Signaturen: Ohne weit reichende Praxisanwendungen keine breite Akzeptanz für die Technik - doch ohne Verbreitung der technischen Infrastruktur fehlt die Basis für Anwendungen. Einen wichtigen Impuls wird die JobCard geben, die voraussichtlich 2007 flächendeckend für alle Arbeitnehmer gesetzlich vorgeschrieben werden soll. Ihre Einführung ist ein wichtiger Impuls für die Signatur, weil sie einen großen Schritt für ihre flächendeckende Verbreitung bedeutet. Immerhin können dann auf einen Schlag rund 35 Millionen Arbeitnehmer digitale Verwaltungs- oder Geschäftsvorgänge qualifiziert elektronisch signieren. Doch viele potenzielle Anwender sind über den einfachen Vorgang des digitalen Signierens und auch über die hohe Sicherheit der Unterschrift nicht ausreichend informiert.

Das Wesen der elektronischen Signatur

Der Vorgang des elektronischen Signierens ist eigentlich ganz einfach: Einem digitalen Dokument werden Daten in elektronischer Form beigelegt, welche die Integrität des Dokuments sicherstellen und zur Authentisierung des Absenders dienen. Die Signatur-Software benutzt dafür ein asymmetrisches kryptografisches Verfahren. Für jeden Beteiligten am Signatursystem wird ein Schlüsselpaar aus einem privaten und einem öffentlichen Schlüssel generiert, die in einem bestimmten mathematischen Verhältnis zueinander stehen. Der private Schlüssel befindet sich in der Regel auf einer SmartCard.

Um beispielsweise eine eMail digital zu unterschreiben, signiert der Absender diese beim Versenden mit seinem privaten Schlüssel, dem elektronischen Pendant zur händischen Unterschrift. Der Empfänger prüft die Echtheit des Absenders, indem er die Signatur mit dem öffentlichen Schlüssel des Absenders decodiert. Lässt sich die Unterschrift so verifizieren, ist die Nachricht vollständig und nach dem Signieren nicht mehr geändert worden. Wie sicher die Herkunftsanzeige ist, hängt von der Qualität der verwendeten Signatur ab. Die Gültigkeit der digitalen Identität eines Absenders garantiert jeweils das TrustCenter, das dessen Signaturkarte inklusive der Signaturzertifikate ausgeben hat.

Verschiedene Arten

Wenn von DER elektronischen Signatur die Rede ist, so ist zu beachten, dass es verschiedene Arten von Signaturen gibt, die in Sachen Sicherheit und rechtlicher Verbindlichkeit sehr unterschiedlich sein können:

„Einfache“ elektronische Signaturen sind rechtlich nicht näher definiert.

Fortgeschrittene elektronische Signaturen sind einem Inhaber des Signaturschlüssels zu-

geordnet und ermöglichen seine eindeutige Identifizierung. Eine nachträgliche Veränderung der Daten kann erkannt werden. Für fortgeschrittene Signaturen gilt im gerichtlichen Verfahren die freie richterliche Beweiswürdigung ohne irgendwelche Beweiserleichterungen.

Einem hohen Sicherheitsstandard gewährleisten qualifizierte elektronische Signaturen. Sie werden mittels eines gültigen qualifizierten Zertifikates und mit einer sicheren Signaturerstellung



Michael Leistenschneider.

lungseinheit erzeugt. Nur sie sind rechtsverbindlich der handschriftlichen Unterschrift gleichgestellt. Für sie gilt im gerichtlichen Verfahren die Echtheitsvermutung (Anscheinsbeweis § 292a ZPO).

Den höchsten Sicherheitsstandard bieten qualifizierte elektronische Signaturen mit Anbieterakkreditierung (§ 15 SigG). In diesem Fall wurden die Dienstleistungen des Zertifizierungsdiensteanbieters (Trust-Centers) durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) vorab geprüft und mit einem Qualitätssiegel versehen.

Rahmenbedingungen

Die derzeit noch geringe Verbreitung ist der einzig verbliebene Hemmschuh für die elektronische Signatur, denn die nötigen rechtlichen Vorgaben existieren bereits seit 2002, als die qualifizierte elektronische Signatur in Deutschland rechtsverbindlich der eigenhändigen Unterschrift gleichgestellt wurde. Damals hat die Bundesregierung mit dem Dritten Gesetz zur Änderung der verwaltungsverfahrensrechtlichen Vorschriften die letzte rechtliche Hürde für ihren Einsatz im Öffentlichen Recht sowie mit dem Formanpassungsgesetz im Privatrecht beseitigt. Demnach könnten fast alle Verwaltungsakte in Deutschland nun auch in rein digitaler Form abgewickelt werden - wobei nur die qualifizierte elektronische Signatur auch Rechtssicherheit geben kann.

Standardisierung der Infrastruktur

Gerade wegen der verschiedenen Signatur-Klassifizierungen ist eine Voraussetzung für die Akzeptanz der Signatur bei den Anwendern eine Standardisie-

rung der Infrastruktur. Ein praktikabler Standard ist bereits gefunden, denn die maßgeblichen Anbieter haben sich in Eigenregie auf einen solchen geeinigt. Im Rahmen einer gemeinsamen Initiative haben die im TeleTrusT Deutschland e.V. zusammengeschlossenen Signatur-Infrastruktur-Anbieter und die T7-Gruppe, eine Vereinigung der Trustcenter-Betreiber, den Interoperabilitätsstandard ISIS-MTT entwickelt. Sukzessive setzen die Anbieter ihn nun in ihren Signatur-Komponenten um. Die Anwendungskomponenten beispielsweise der DATEV entsprechen inklusive der Zertifikate für die qualifizierte elektronische Signatur bereits diesem Standard.

Einer Verbreitung der qualifizierten Signatur steht damit nichts mehr im Wege, und damit dies in absehbarer Zukunft auch geschieht, fördert die Bundesregierung diese durch verschiedene Initiativen und Projekte wie Media@Komm, Media@Komm-Transfer und BundOnline 2005.

Signaturbündnis fördert Verbreitung

Für weitere Möglichkeiten zur Anwendung, Verbreitung und Einführung chipkartenbasierter elektronischer Signaturen soll das Bündnis für elektronische Signaturen sorgen. Es wurde Anfang April 2003 unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie des Bundesministeriums des Innern gegründet. Dem Bündnis gehören derzeit fast 30 Mitglieder an, darunter Anbieter von Signaturkomponenten und -anwendungen, Trustcenterbetreiber wie DATEV, Banken, Rentenversicherer, Vertreter aus dem Versicherungswesen sowie verschiedene Bundesministerien.

Virtuelle Behördengänge

Eine Bestandsaufnahme unter den Bündnispartnern ergab, dass von ihnen derzeit insgesamt etwa 100 Anwendungen angeboten werden, die eine elektronische Signatur voraussetzen. Zu den wichtigsten gehören Behördengänge, das „Virtuelle Rathaus“, die elektronische Einreichung von Mahnbescheiden, die elektronische Abwicklung der Verfahrenskorrespondenz am Bundesgerichtshof, die elektronische Patenteinreichung beim Deutschen Patent- und Markenamt, die elektronische Klageeinreichung bei Finanzgerichten, die elektronische Steuererklärung (ELSTER), sowie die Abfrage von Steuer- und Rentenkonten.

Die meisten dieser Anwendungen bringen lediglich fest definierten Gruppen einen großen Nutzen, wie beispielsweise Rechtsanwälten oder Steuerberatern. Diese Berufsgruppen setzen auch heute schon mit Unterstützung der DATEV elektronische Signaturen in größerem Maßstab ein. Denn auf Grund der berufsständischen Verschwiegenheitspflicht sind Verschlüsselung und die digitale Unterschrift für sie wichtig beim elektronischen Datenaustausch. Für diese Zielgruppen war der Nutzen daher im Vorfeld klar abzustecken, eine hohe Akzeptanz der neuen Verfahren stand also

zu erwarten.

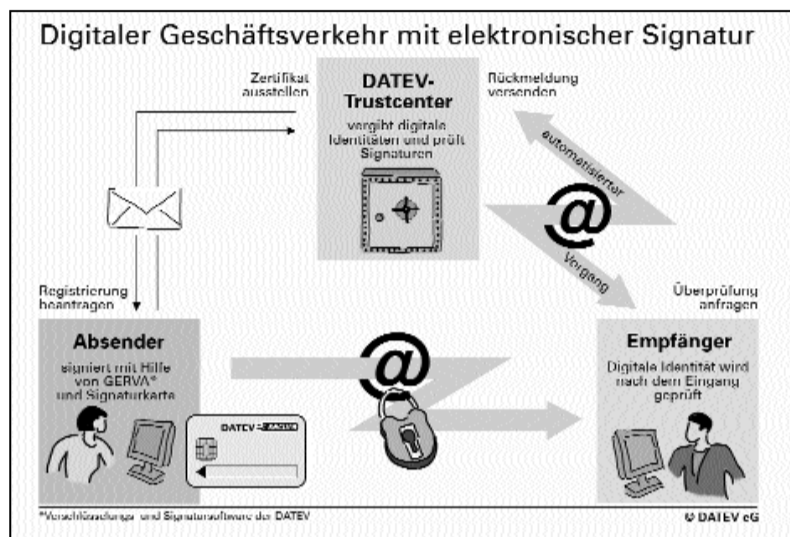
DATEV-Mitglieder nutzen digitalen Rechtsverkehr

Aus diesem Grund gehören Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte sowie deren Kammern zu den Vorreitern beim Einsatz elektronischer Signaturen. Der allgemeine digitale Schriftverkehr zwischen Steuerberatern und Finanzamt ist heute durchaus üblich: Eine zunehmende Anzahl von Behörden und Institutionen passt ihre Prozesse bereits den Anforderungen

besonders wichtig, da sie häufig Berührungspunkte mit Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und Rechtsanwälten haben.

Vorreiter

Zahlenmäßig Vorreiter unter den so genannten Online-Gerichten sind die Mahngerichte. Mahnverfahren können heute bereits in Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen elektronisch beantragt werden; Baden-Württemberg und Niedersachsen sollen noch in diesem Jahr fol-



der elektronischen Signatur an. Neben einer vollelektronischen Einkommensteuererklärung und Steuerkontoabfrage könnten künftig auch Bestätigungsvermerke, Bescheinigungen und Testate beim Erstellen und Prüfen von Jahresabschlüssen auf elektronischem Weg erbracht werden, da jede nachträgliche Manipulation an einem digitalen Dokument durch die elektronische Signatur sofort erkennbar wird.

Anwendungsfelder

Sehr wichtig ist die elektronische Unterschrift, um sensible Daten fälschungssicher und rechtswirksam zwischen Unternehmen, Gerichten, Behörden, Berufskammern und Bürgern auszutauschen. Der Bundesgerichtshof (BGH) setzt dazu wie die Anwälte und verschiedene Oberlandesgerichte zertifizierte DATEV-Signaturkarten ein. Unter den deutschen Gerichten, bei denen Verfahren bereits komplett digital abgewickelt werden können, finden sich die Finanzgerichte in Hamburg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Für Finanzgerichte ist der elektronische Kommunikationsweg

gen. Der digitale Mahnbescheid wird dazu mit einer elektronischen Signatur versehen. Eine für jeden Bürger zugängliche Anwendung wird derzeit mit Elster II erprobt. Im Rahmen dieses Pilotprojektes der Finanzverwaltung können Einkommensteuererklärungen in den teilnehmenden Ländern digital signiert werden.

JobCard könnte Signatur massenwirksam machen

Ein objektiver Nutzen dieser Anwendungen liegt für die definierten Gruppen auf der Hand, für den Normalverbraucher ist er aber noch nicht so offensichtlich. Hier müssen besondere Anreize geschaffen werden, um ihn zur Anschaffung einer Signaturkarte zu bewegen. Denn um die Schaffung von Anwendungen auch für die breite Öffentlichkeit zu fördern, bedarf es zunächst der Verbreitung von Signaturkarten. Ein gutes Beispiel dafür ist die elektronische Steuererklärung: Sie steht zwar jedem Bürger offen, aber Gebrauch machen davon nur wenige Privatleute. Denn für den einfachen Bürger lässt sich schwer abschätzen, ob sich die

Anschaffung der dafür notwendigen Infrastruktur, sprich einer Signaturkarte und eines Kartenlesers, für ihn lohnt - daher hält er sich lieber zurück.

Potenziale bei der JobCard

Große Hoffnungen werden hier in die von der Bundesregierung geplanten Kartenprojekte gesetzt, die vom Signaturbündnis unterstützt werden. Denn diese Initiativen nähern sich der Fragestellung von der anderen Seite: Kommt der Anwender nicht zur Karte, muss eben die Karte zum Anwender kommen.

Insbesondere die Einführung einer JobCard hat das Potenzial, der Signatur zum Durchbruch zu verhelfen. Die Pläne sehen vor, in einer ersten Stufe die Arbeitsbescheinigung (§ 312 SGB III) in Papierform abzuschaffen. In einem weiteren Schritt werden die Verdienstbescheinigungen, wie beispielsweise die Verdienstbescheinigung zur Berechnung von Krankgeld, folgen.

Weniger Aufwand beim Bescheinigungswesen

Derzeit verursacht das Bescheinigungswesen sowohl in der Wirtschaft als auch bei Behörden einen enormen Aufwand. Die rund 2,8 Millionen Arbeitgeber in Deutschland stellen pro Jahr etwa 60 Millionen Bescheinigungen in Papierform aus. Diese Prozesse elektronisch abzubilden, spart der Volkswirtschaft Zeit und Geld. Für die Umsetzung ist eine flächendeckende Einführung der JobCard für alle 35 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland notwendig. Wird das Vorhaben gemäß der gegenwärtigen Planung durchgeführt, werden von Anfang 2007 an alle Arbeitnehmer eine solche JobCard mit qualifizierter elektronischer Signatur besitzen. Die Karte soll Eigentum des Arbeitnehmers sein und ist dann auch privat nutzbar.

Die Massenverbreitung der Signatur kann auf diesem Wege quasi „im Huckepack“ mit einer wirtschaftlichen Rationalisierungsmaßnahme erfolgen - eine klassische Win-win-Situation. Ist die Mehrheit der Bürger dann erst im Besitz einer Signaturkarte, werden vielfältige Anwendungsszenarien für den Einsatz der elektronischen Signatur von ganz alleine nachkommen, sowohl im E-Government als auch auf Seiten der Wirtschaft.

Hat Papier im Standesamt ausgedient?

Datenschützer haben Angst vor einer zentralen elektronischen Datenregistrierung

Würzburg. Eine Heirat ist nicht nur ein freudiges Ereignis, sondern auch mit reichlich Bürokratie verbunden. Urkunden müssen beschafft werden, die aus welchen Gründen immer aus der Dokumentenmappe verschwunden sind. Bisher war dies mit viel Lauferei verbunden, künftig wird möglicherweise ein Mausclick genügen, um sich die Urkunden zu beschaffen, erklärten Standesbeamte aus ganz Europa bei einem Kongress in Würzburg.

„Derzeit wird in den meisten Ländern noch so gearbeitet, wie es vor mehr als hundert Jahren üblich war“, erklärte Tony Nijenkamp von der niederländischen Vereinigung der Standesbeamten. Ob ein Kind geboren wird, ein Paar heiratet oder ein Mensch stirbt - in den meisten Ländern Europas werden die entsprechenden Daten noch immer in Büchern festgehalten.

Schweiz ist Vorreiter

Einzig die Schweiz wagte es bereits im vergangenen Jahr, erste Daten elektronisch zu erfassen. Von Juni dieses Jahres an werden in der Schweiz sämtliche personenbezogenen Daten elektronisch registriert und zentral zugänglich gemacht. Dies ist für die Schweizer Bürger eine große Erleichterung, betonte Beatrice Rancetti, Vorsitzende des Schweizerischen Verbandes für

Zivilstandswesen. In jedem Standesamt der Schweiz könne sie in Zukunft jede standesamtliche Urkunde erhalten, die sie benötigen. Ein zentrales deutsches Register liegt nach Auskunft von Hannes Schacher, Präsident des Europäischen Verbandes der Standesbeamten (EVS) „noch in sehr weiter Ferne“, allenfalls erscheint ein Register für Bayern möglich.

Gesetzesänderungen nötig

Bislang ist selbst die Umstellung auf eine elektronische Registrierung vor Ort in deutschen Standesämtern nicht möglich. Um die im Jahr 1876 entwickelte Buch-Registrierung abzuschaffen, müsste erst das Personenstandsgesetz geändert werden. Datenschützer sind skeptisch. Nach Auskunft von Dr. Helmut Weideler, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen

Standesbeamten, gibt es in Deutschland datenrechtliche Bedenken gegen eine zentrale Registrierung. Datenschützer weisen auf die Judenverfolgung im Dritten Reich und fragen, ob durch ein zentrales Register nicht allzu leicht bestimmte Menschengruppen herausgefiltert werden könnten. In einem zentralen standesamtlichen Register wären zum Beispiel alle homosexuellen Lebensgemeinschaften in Deutschland mit einem Tastendruck abrufbar.

Die Standesbeamten wissen um die Bedenken der Datenschützer, können sie aber nicht teilen. Ein zentrales Register, wie es derzeit in der Schweiz und in Slowenien aufgebaut wird, sei in mehrfacher Weise vor Missbrauch gesichert.

Archive für die Zukunft sichern

Weit brisanter ist für die Standesbeamten die Frage, ob es auf elektronische Weise möglich ist, standesamtliche Daten über mindestens hundert Jahre hinweg zu sichern und auf Wunsch abzurufen. (Fortsetzung nächste Seite)

Datenschutz und Datensicherheit

Von Prof. Dr. Klaus Jamin

Datenschutz bedeutet informationelle Selbstbestimmung des Individuums. Es geht dabei um die Befugnis des Einzelnen grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte öffentlich zugänglich gemacht werden. Der Datenschutz soll gewährleisten, dass der einzelne Betroffene vor den Gefahren, die die Verarbeitung von Daten mit sich bringt geschützt wird.

Informationsfreiheit ist ein Grundrecht nach Art 5 Abs. 1 S. 1 GG. Sie ist unerlässlich für die Kontrolle des politischen und des ökonomischen Systems in dem wir leben. Ohne Informationsfreiheit ist keine Kontrolle durch den Bürger möglich. Die Informationsfreiheit, d.h.

len eingegangen. Prinzipiell wird der Umgang mit personenbezogenen Daten in allen Phasen der Verarbeitung geregelt wie deren

- ≠ Speicherung
- ≠ Weitergabe
- ≠ Veränderung
- ≠ Löschung.

Funktionsgebers auf die Durchführung der DV Einfluss zu nehmen; zum Beispiel: Die Übermittlung von Patienten-Daten an eine ärztliche Verrechnungsstelle. Hier ist immer ein Einwilligen oder ein Widerspruchsrecht der Betroffenen nötig.

Funktionsübertragung an einen Dritten gilt grundsätzlich, wenn die Verarbeitung außerhalb der EU durchgeführt werden soll. Der Dritte ist dann für Datenschutz und Datensicherheit zuständig

Einige Bemerkungen zur Datensicherheit

Datenschutz (= besonderer Schutz von personenbezogenen oder personenbeziehenden Daten) ist eine juristische Vorgabe, die allerdings nur durch entsprechende Datensicherheitsmaßnahmen realisiert werden kann. Ohne Datensicherheit (sichere Verarbeitung und Speicherung der Daten) ist kein Datenschutz möglich.

Schwachstellen sind, dass

- ≠ Datensicherheitsmaßnahmen oft nur soweit der Aufwand in

angemessenem Verhältnis zum Schutzzweck steht, vorgenommen werden.

- ≠ keine absolut definierten Sicherheitsanforderungen vorhanden sind. Es gilt also der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Daraus entstehen die meisten der heutigen Probleme über die wir in Zeitungen lesen.

Datenverarbeitung endet heute nicht mehr am Zaun einer Organisation. Heute stehen die DV-System-Umgebungen unterschiedlicher Organisationen in einer Maschine/Maschine-Kommunikation.

- ≠ Sei es im klassischen EDI-Fakt-Betrieb
- ≠ Sei es innerhalb eines Intranet
- ≠ Sei es mit dem Internet

Daraus folgt, dass sich Datenschutz und Datensicherheit nicht nur auf die organisationsinterne Datenverarbeitung beschränken darf, sondern dass die externe Kommunikation ebenfalls durch technische und organisatorische Maßnahmen sicher gemacht wird. Die „moderne“ Maschinen-/Maschinen-Kommunikation setzt neue Herausforderungen im Umfeld von Datenschutz und

Datensicherheit. Speziell im Internet existiert eine Vielzahl von Angriffsmethoden auf die Sicherheit des DV-Betriebes und auf den Datenschutz:

Passive Angriffe:

- ≠ Abhören von Daten
- ≠ Abhören der User-Identität
- ≠ Datenverkehrsfluss-Analyse

Aktive Angriffe:

- ≠ Verändern von Nachrichten
- ≠ Vortäuschen einer falschen Identität (mit Hilfe von vorher abgehörten User-Identitäten)
- ≠ Leugnen einer Kommunikationsbeziehung (Abstreiten)
- ≠ Unerlaubte Nutzung von System-Ressourcen (Daten, SW, Rechenzeit)
- ≠ Trojanische Pferde (Programme mit „böswilligen“ Nebenfunktionen)
- ≠ Erzeugung von System-Anomalien beispielsweise durch Viren oder auch Telnet (Port23), dem beliebten Einfall-Tor von Crackern.

In verschiedenen Artikeln haben wir auf diese Problematiken hingewiesen. Nur gewissenhaft und sorgfältig durchgeführte Datenschutz- und Datensicherungsmaßnahmen können den Schaden, der leider auch in vielen Behörden bei den Virusattacken der letzten Wochen entstanden ist, in Grenzen halten.



Bei diesem Virus zerstört ein Programm Texte und Bilder auf dem Bildschirm. Es sieht aus, als „löst er sich auf“; alles „fließt nach unten“. Am Ende ist der Bildschirm vollständig leer. Nach einem Neustart funktioniert der Computer wieder einwandfrei. Für den Nutzer ist das ärgerlich und kostet Zeit. Noch schlimmer sind virtuelle Einbrüche, die Daten verändern und/oder zerstören, auf jeden Fall aber unbrauchbar machen.

das Recht sich zu informieren, ist allerdings auf allgemein zugängliche Quellen beschränkt. Allgemein zugängliche Quellen sind z.B.:

Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen, Internet, sowie von jedem erwerbende Publikationen. Aber auch öffentliche Register: z.B.: Vereins-, Handels- und Genossenschaftsregister sowie das Schuldnerverzeichnis nach § 915 ZPO gehören dazu.

Unkontrollierten Datenkreislauf verhindern

Nicht allgemein zugängliche Quellen sind: Aktienbücher, Mitgliedlisten und Gewerbezentralregister sowie Schufa-Listen.

Die zweite Novelle des Datenschutzgesetzes wurde durch die EU-Richtlinie von 1995 notwendig. Neben den Datenschutzregelungen des BDSG vom 23.05.2001 wird im 2. Abschnitt §§ 12 bis 26 auf die Öffentlichen Stellen

Hat Papier im ...

(Fortsetzung von Seite 6) fen. Dies scheint mit neuen technischen Systemen zu funktionieren, allerdings bestehen auch hier Bedenken. Die Standesbeamten selbst setzen den Skeptikern entgegen, dass auch Papierarchive nicht hundertprozentig sicher sind - was vor allem Würzburger Beamte wissen, die bis in die 1970er Jahre hinein Daten rekonstruieren mussten, die im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurden.

Langer Umstellungsprozess

Sollte es in den kommenden zwei Jahren zu einer Gesetzesänderung in Deutschland kommen, wird es viele Jahre dauern, bis alle personenbezogenen Daten elektronisch erfasst sein werden. Slowenien steht derzeit am Beginn dieses Umstellungsprozesses. Im Mai 2005 fällt der Startschuss für die elektronische Datenerfassung. Bis alle Daten der zwei Millionen Slowenen aus den Standesamtbüchern in den Computer übertragen sind, wird es bis etwa 2015 dauern.

Pat Christ

Durch das BDSG soll ein unkontrollierter Daten-Kreislauf verhindert werden.

Outsourcing nicht geregelt

Das BDSG erstreckt sich gleichermaßen auf die systemgestützte (elektronische), wie auch auf die manuelle (herkömmliche) Datenverarbeitung, also auch auf Karteien, Akten und sonstige Datensammlungen, die nach Merkmalen strukturiert und damit auswertbar sind.) Aber hier fangen die ersten Probleme an. Das Outsourcing ist nicht speziell geregelt.

Der Begriff Outsourcing (oder synonyme Begriffe) kommt im BDSG nicht vor. In § 11 ist lediglich die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten im Auftrag problematisiert.

Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Auftragsdatenverarbeitung nach § 11 BDSG in zwei Unterarten aufgeteilt ist:

I. Auftragsdatenverarbeitung

(Auftragnehmer ist dabei in Sinne des BDSG kein Dritter)

- ≠ Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten nach Weisung des Auftraggebers
- ≠ Auftragnehmer hat keine Entscheidungsbefugnis über die Daten
- ≠ Auftragsschwerpunkt ist auf technische Durchführung der DV gerichtet
- ≠ Auftragnehmer hat keine eigenständige rechtliche Beziehung zu Betroffenen und das ist gerade das, was man i. d. R. als Outsourcing/Outtasking bezeichnet.
- ≠ Außerdem ist der Auftraggeber nur für Datenschutz zuständig wenn der Auftragnehmer in einem EU-Staat sitzt.
- ≠ Das bedeutet, ein Outsourcing nach Indien kommt für öffentliche Unternehmen nicht in Frage.

II. Funktionsübertragung (Auftragnehmer ist als Dritter eigenverantwortlich mit DV beauftragt)

Voraussetzungen sind:

1. Dienstleistung muss über die technische Durchführung der DV hinausgehen
2. Fehlen der Möglichkeit des

Historie und Moderne treffen aufeinander:

„Highspeed-Kommunikation“ im Alten Rathaus zu Lindau

Modernste Internet- und Telekommunikationstechnologie in einem denkmalgeschützten Gebäude - ist das möglich? Im Alten Rathaus in Lindau hat die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit T-Com, der Festnetztochter der Deutschen Telekom bewiesen, dass es eine Lösung gibt, modernste Technik schonend einzusetzen: mit der Entscheidung für Wireless LAN - die „drahtlose“ Kommunikationstechnik.

Grund für die Modernisierung der Infrastruktur war der Wunsch, das häufig als Veranstaltungsort genutzte historische Gebäude technisch auf den neuesten Stand zu bringen. Denn in den beiden gotischen Sälen werden zahlreiche Tagungen und Seminare von Unternehmen, Behörden, Verbänden wie auch anderen Institutionen durchgeführt. Um die Vielfalt und den Anspruch der verschiedenen Events zu garantieren, setzten sich die Lindauer Stadtväter zum Ziel, das einmalige Ambiente des 15. Jahrhunderts mit innovativer Technik des 21. Jahrhunderts zu kombinieren.

Denkmalschutz

Aufgrund des Denkmalschutzes gab es aber verschiedene Auflagen, die bei diesem Projekt zu bedenken waren. So durfte die hochwertige Innenausstattung durch Leitungen weder beschädigt, noch verunstaltet werden. Da die Verlegung von Kabeln nur durch Entfernen der kostbaren Holzvertäfelung möglich gewesen wäre, musste eine Alternative zu einem drahtgebundenen Netzwerk her. Nach ausführlicher Beratung entschied sich die Stadt für eine WLAN-Lösung von T-Com, die in Verbindung mit einem DSL-Anschluss schnellen Zugang in das

Internet ermöglicht. Auf diese Weise konnte die zeitaufwändige und teure Verkabelung entfallen



Oberbürgermeisterin Petra Meier to Bernd-Seidl trägt die Verantwortung für die technischen Innovationen im denkmalgeschützten Lindauer Rathaus.

und die Bausubstanz sprichwörtlich unangetastet bleiben.

Drahtloses Funknetz

In weniger als zwei Wochen errichtete T-Com in allen Räumen des Alten Rathauses das drahtlose Funknetz. Dazu wurden Basisstationen, so genannte Access Points, angebracht und

so justiert, dass in allen Räumen optimaler Empfang gewährleistet ist. Die gesamte Installation verlief reibungslos und konnte punktgenau zur Verfügung gestellt werden. Ein weiterer Vorteil: über das neue Funknetz werden nicht nur Daten übertragen, sondern auch die schnurlo-

Was ist Wireless LAN?

Wireless LAN (Wireless Local Area Network), kurz W-LAN, steht für „drahtloses lokales Netzwerk“, wobei meistens der Standard IEEE 802.11 gemeint ist. Dieser Standard spezifiziert mehrere drahtlose Übertragungstechniken und Verfahren zum Mediumzugriff. Mit Wireless LAN gehört das oft aufwändige und kostspielige Verkabeln der Vergangenheit an. Denn die Verbindungen im W-LAN werden über Funk hergestellt. Damit ermöglicht die W-LAN-Technologie kabelloses Highspeed-Surfen mit DSL, in jedem beliebigen Raum und auch im Freien. Dabei sind die Reichweiten überzeugend: vom Access Point aus bis zu 30 Metern in Gebäuden und bis zu 150 Metern im Außenbereich. Mit Hilfe kompatibler Bausteine kann ein kabelloses Netzwerk jederzeit um PCs und Laptops erweitert werden. Damit eignet sich W-LAN, vor allem auch wegen der unkomplizierten Installation, auch sehr gut für kleine und mittlere Behörden.

sen Telefone der Verwaltung angeschlossen.

Feuertaufe bei der Bodenseekonferenz

Im Rahmen der internationalen Bodenseekonferenz am 5. Dezember 2003 versammelten sich die Regierungschefs der Anrainerländer, Staatsminister Dr. Werner Schnappauf sowie Vertreter der internationalen Presse, um der „Feuertaufe“ des neuen Systems beizuwohnen. Mit der innovativen Technologie und der einwandfreien Präsentation des neuen Internetauftrittes der IBK konnte die Stadt Lindau auch die Bayerische Staatskanzlei als Ausrichter der Veranstaltung restlos überzeugen.

Optimale Nutzung

„Für uns war es wichtig, das historische und für Veranstaltungen sehr reizvolle Ambiente des Alten Rathauses optimal zu nutzen. Das hieß natürlich, dass wir Veranstalter die ganze technische Bandbreite, die für die verschiedenen Anlässe nötig sind, zur Verfügung stellen müssen. Mit dieser zukunftsweisenden Kommunikationsanlage, die sich

Wirtschaftsraum Augsburg: Neues Internetportal

„Wir haben unser Angebot für Kunden - Unternehmen, die in der Region einen Standort suchen - weiter verbessert“ freute sich Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert anlässlich der Vorstellung des neuen Internetportals „Wirtschaftsraum Augsburg“ im Rahmen einer Besprechung mit den Umlandbürgermeistern zum Thema „Gemeinsame Vermarktung von Gewerbeflächen“ bei der Augsburg AG.

In einem ersten Schritt wird die bisher auf die Stadt Augsburg begrenzte Gewerbeflächenpräsentation auf das Gebiet von zunächst sieben weiteren Kommunen in der Nachbarschaft ausgedehnt. Der Nutzer hat die Möglichkeit, in einer Datenbank nach Gewerbeflächen im Raum Augsburg, Aichach, Bobingen, Friedberg, Gersthofen, Königsbrunn, Neusäß und Stadtbergen zu suchen. „Eine breite Angebotspalette lockt die Kunden, jeder kann ein für ihn maßgeschneidertes Produkt finden,“ so Wengert.

Die Augsburg AG hat deshalb die bekannte Plattform www.standort-augsburg.de modifiziert. Bislang haben sich bereits rund 40 Unternehmen und die Stadt Augsburg mit ihren Gewerbeflächen für Büro, Handel, Dienstleistung, Industrie, Handwerk und Gewerbe hier präsentiert. Der Nutzer kann über eine Suchmaske die Anforderungen an das Objekt oder Grundstück eingeben. Die im Internetauftritt dargestellten Angebote decken rund 85 Prozent der gewerblichen Immobilien in Augsburg ab, so dass sich der Nutzer umfassend informieren kann.

„Der Konkurrent ist oft nicht die Nachbargemeinde, sondern Standorte in ganz Deutschland und Europa“, so der zuständige Vorstand der Augsburg AG, Dr. Wolfgang Hübschle. **DK**

Was ist DSL?

DSL ist die Abkürzung für „Digital Subscriber Line“ und bedeutet Internetsurfen im Highspeed-Verfahren. Mit DSL sind die Zeiten passé, in denen sich Onliner mit analogen Modems oder mit ISDN-Zugängen durchs Internet quälen mussten. Websites werden rasend schnell aufgebaut, Downloads erfolgen in Sekundenschnelle und E-Mails mit größeren Attachments werden problemlos empfangen. Konnte man sich vor wenigen Jahren noch über einen ISDN-Zugang glücklich schätzen, verspricht DSL im Privatkundenbereich mindestens die zwölfwache ISDN-Geschwindigkeit, für Unternehmen bieten Anbieter wie T-Com noch deutlich schnellere Internetanschlüsse.

Altes Rathaus in Lindau unter Denkmalschutz

Das alte Rathaus in Lindau wurde 1422-1436 im gotischen Stil errichtet. 1536 und 1578 ist es an die Renaissance angepasst worden. Besonders sehenswert ist die Fassadenbemalung, die unter anderem Szenen des Deutschen Reichstags anno 1496 zeigt. Eine überdachte Freitreppe ist mit der Darstellung der zehn Gebote geschmückt. Auch das Innere des Rathauses, wie zum Beispiel der gotische Rathaussaal, wurde kostbar ausgestattet. Heute beherbergt das unter Denkmalschutz stehende Gebäude, die Jahrhunderte alte Reichsstädtische Bibliothek mit mehr als 23.000 Werken aus allen Wissensgebieten vom 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart und das Stadtarchiv. Die repräsentativen gotischen Säle in den Obergeschossen werden außer für Plenumsitzungen des Stadtrates für zahlreiche Veranstaltungen (Vorträge, städt. Empfänge, Tagungen etc.) genutzt.

Landratsamt, Wohnungsbaugesellschaft und Bundesagentur für Arbeit:

KeyLogic arbeitet mit drei neuen Anwendern

Drei Großprojekte zur Einführung von KeyLogic hat BFM Building + Facility Management jetzt abgeschlossen. Übereinstimmend waren die Kunden von der Einfachheit der Lösung überzeugt.

Die Salzburger Wohnungsbaugesellschaft setzt als erstes Unternehmen in Österreich KeyLogic ein. 70 Gebäudemanager und Hausverwalter werden die Facility Management Lösung nutzen, um 700 Häuser und Wohnanlagen mit insgesamt 11.000 Woh-

nungen zu verwalten. KeyLogic wird die kaufmännische Software „Igel“ ergänzen. Eine bidirektionale Schnittstelle ermöglicht den Datenaustausch und garantiert eine redundanzfreie Datenthaltung.

Die Einfachheit von KeyLogic

hat auch das Landratsamt Karlsruhe überzeugt. Denn die Akzeptanz bei Amtsleitern, Referenten oder Hausmeistern ist unerlässlich bei dem Ziel, eine Lösung zur Steuerung und Kontrolle sämtlicher Facility Management Prozesse aufzubauen.

Akzeptanz der Mitarbeiter

So sollen nach und nach Polizeistationen, Krankenhäuser und Schulen in KeyLogic integriert werden. Schließlich stellt die Bundesagentur für Arbeit ihr Reinigungsmanagement auf eine neue Plattform. Ziel der Agentur ist es, über eine Optimierung der Prozesse und eine konsequente Qualitätskontrolle die Reinigungskosten mehr als zu 50 Prozent zu senken.

96.000 Helpdesks

Um die mehr als 160.000 Räume in sämtlichen 1.800 Liegenschaften in das Qualitätsmanagement einzubinden, wurde ein komplett webbasiertes Reinigungs- und Beschwerdemanagement-System mit 400 Web-Clients und 96.000 Helpdesks installiert.

Überzeugt wurde die Bundesanstalt von der hohen Wirtschaftlichkeit der Lösung. KeyLogic, so die Bundesagentur, sei die einzige Anwendung, die

auch in der kleinsten Außenstelle ohne zusätzlichen Aufwand einsetzbar sein. Darüber hinaus fallen bei KeyLogic keinerlei Anschaffungskosten für Hardware oder Infrastruktur an.

Qualitätsmanagement in der Gebäudereinigung

Ausschlaggebend für KeyLogic war die hohe Wirtschaftlichkeit der Lösung. KeyLogic, so die Bundesagentur, habe als einzige Anwendung den erforderlichen Kriterien entsprochen und sei zugleich auch in der kleinsten Außenstelle ohne zusätzlichen Aufwand einsetzbar. Darüber hinaus fallen bei KeyLogic keinerlei Anschaffungskosten für Hardware oder Infrastruktur an.

Fünf Servicelevels

Um die ehrgeizigen Ziele zu erreichen, teilt die Agentur ihre 4,6 Mio. Quadratmeter Fläche in zehn Raumgruppen mit fünf unterschiedlichen Servicelevels auf. Die Reinigungsergebnisse werden laufend kontrolliert und im System erfasst. Die Auswertung ermöglicht die Identifizierung von Abweichungen und entsprechende Reaktionsmöglichkeiten.

Dazu erhalten die internen wie die externen Dienstleister einen direkten Zugriff auf KeyLogic und können so auf Beschwerden unmittelbar reagieren und ihre Leistungen permanent zu optimieren. Veränderungen im Bestand werden durch einen regelmäßigen Abgleich mit dem Raumbuch der Bundes-

Rosenheims E-Government-Strategie:

Vorbild für ganz Deutschland

Einen Bauantrag auch noch nach Feierabend einreichen, vom Urlaubsort aus das Aufgebot beim Standesamt bestellen, keine Warteschlangen mehr bei Meldestelle und Kfz-Zulassungsbehörde, Daten für den gesuchten Kindergartenplatz nur einmal angeben - all das verbirgt sich hinter dem Stichwort eGovernment. In 20 Kommunen soll die Kommunikation des Bürgers und der Wirtschaft mit der Verwaltung via Internet in den nächsten zwei Jahren Wirklichkeit werden.

Aus Bayern sind Rosenheim und Würzburg bei den Städten, die dank ihrer vorbildlichen Verwaltung hinsichtlich eGovernment als Partnerstadt der BMW Initiative „MEDIA@ Komm-Transfer“ aus rund 150 Bewerbungen ausgewählt wurden. „Für uns ist dies eine ganz besondere Auszeichnung und Würdigung unserer bisherigen Leistungen hinsichtlich einer modernen, bürgerfreundlichen Verwaltung“, freuten sich Rosenheims dritter Bürgermeister Professor Dr. Anton Kathrein und Günter Ehrlich.

agentur automatisch eingeleitet.

Weitere Informationen zu BFM unter www.key-logic.de.

KeyLogic ist eine Software für Facility Management, die sofort nutzbar, intuitiv zu bedienen und unternehmensübergreifend einsetzbar ist. Aus der Praxis entstanden werden reale Prozesse abgebildet und weitgehend automatisiert. Kunden, die KeyLogic einsetzen, sind u.a.: Reuters AG, Mercedes Benz München, Grill Immobilienmanagement, FRIMA Frischezentrum Frankfurt. Hersteller ist BFM Building + Facility Management GmbH, Eschborn: www.bfm-gmbh.de.

Leiter des Amts für Informationsverarbeitung.

Mit der Vernetzung werden die Erfahrungen aus drei Modellregionen (Bremen, Esslingen und Nürnberg) und aus der Bundesverwaltung unter anderem hinsichtlich sicheren Datentransports, elektronischer Unterschrift von Dokumenten und Anträgen und die Belastbarkeit der Programme und Rechner auf die sogenannten Transferkommunen in jedem Bundesland übertragen.

Die Nutzung von IuK-Lösungen bietet der Stadt, der Wirtschaft und den Bürgern in Rosenheim schon lange große Nutzenpotenziale. Die Vernetzung ermöglicht dem Bürger Behörden-Dienstleistungen unabhängig von Zeit und Ort. Gleichzeitig soll sich der Informationsaustausch der Ämter untereinander beschleunigen. „Wir denken daran, Bürgern, die keinen Rechner bzw. keinen Internetzugang haben, in Bibliotheken und an anderen leicht zugänglichen Stellen, mittels öffentlicher Terminals diese Form der elektronischen Kommunikation mit den Behörden anzubieten“, so Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer.

Kritik an IT-Großprojekten der deutschen Regierung

Bundesrechnungshof vermutet schwere Mängel

Bonn - Der deutsche Bundesrechnungshof <http://www.bundesrechnungshof.de> hat schwere Mängel bei den IT-Großprojekten der Regierungen von Bund und Ländern ausgemacht. Immer wieder würden bei Projekten, mit denen Finanzämter oder die Polizei modernisiert werden sollen, die gleichen Fehler gemacht, berichtet das Nachrichtenmagazin Focus.

„Schlampige Planung, fehlende Steuerung und Erfolgskontrolle, zu wenige oder inkompetente Mitarbeiter, unflexible In-sellösungen sowie unausgereifte oder überfrachtete Konzepte sind nur einige der Punkte, die es zu bemängeln gilt“, sagte Bundesrechnungshof-Präsident Dieter Engels. Derzeit werden alle großen IT-Vorhaben des Bundes geprüft. Er gehe davon aus, dass bei jedem mindestens einer dieser Mängel gefunden werde, so Engels.

Im Blickpunkt stehen unter anderem die milliardenschweren Projekte „Elektronische Gesundheitskarte“ und „Herkules“, mit dem die Kommunikationstechnik der Bundeswehr modernisiert werden soll. Mit dem IT-Großprojekt „Fiscus“ will die deutsche Regierung die Software der Finanzämter vereinheitlichen.

„Digitales Baubuch“ hilft den Gemeinden beim Sparen

In vielen Gemeindeverwaltungen in Bayern, wird das sogenannte „Baubuch“, in dem die Baufälle erfasst und dokumentiert werden, noch meist „per Hand“ geführt. Teilweise direkt in einem „Baubuch“ auf Papier, teilweise in Form von Text- oder Tabellendateien im PC. Beide Varianten sind arbeitsintensiv und haben den großen Nachteil, dass kein schneller Datenzugriff möglich ist, die Bearbeitung und Nachführung zeitintensiv vorstatten geht und eine Datenbankverknüpfung (z.B.: zum automatisierten Liegenschaftsbuch ALB) gänzlich fehlt. Nur durch den Einsatz eines modernen, digitalen Baubuches kann der Arbeitsaufwand erheblich reduziert werden. Die Zugriffszeiten verkürzen sich deutlich und der Sachbearbeiter behält den Überblick, auch über Jahre zurückliegende Bauvorhaben.

Damit den Gemeinden nicht die bereits digital erfassten Daten verloren gehen, hat die idomeoSOFTWARE GmbH ein neuartiges digitales Baubuch entwickelt, in das die bereits vorhandenen Daten, kostengünstig übertragen werden können. Mit Hilfe einer speziell entwickelten Aufbereitungssoftware, werden die im PC vorhandenen „Baubücher“ (Textdatei, Tabelle, etc.) umgewandelt und in das digitale Baubuch übertragen.

Moderne Datenbank

So können die vorhandene Daten sofort in einer modernen Datenbank-Anwendung genutzt werden. Falls nur ein handgeschriebenes Baubuch vorhanden sein sollte, so besteht die Möglichkeit die Daten per Hand selbst nachzutragen. Das Ergebnis ist eine moderne Datenbank-Anwendung die umfangreiche

Bearbeitungsmöglichkeiten zulässt. Die Such- und Abfragefunktionalität erlaubt den Zugriff auf vorhandene Bauanträge sekundenschnell. Die Neuerfassung von Bauanträgen erfolgt in einer besonders übersichtlichen Eingabemaske. Die zugehörigen Flurstücksdaten werden, bei einer Anbindung an das Geoinformationssystem „idomeoKOMMPakt“, automatisch übernommen. Auf Knopfdruck wird das Baugrundstück in der digitalen Flurkarte dargestellt.

Das aktuelle „Digitale Baubuch“ ermöglicht u.a.: Die Erfassung der Unterlagen; die Übernahme von Eigentümerdaten aus dem ALB; die Bauantragsnummer; die Erfassung des/der Bauherren(-in); Eingang - Ausgang; Gegenstand des Antrag; die Art des Verfahrens; das Datum und Geschäftszeichen der Erschließungsbeiträge usw. Als Besonderheit kann bald

z.B.: aus dem Feld Bauvollendung eine Weiterleitung der benötigten Meldungen an das Vermessungsamt, Landratsamt und Finanzamt generiert werden. Ein möglicher Datenabgleich mit dem Statistischen Landesamt (Bauüberhangsstatistik) ist in Arbeit.

Beispiel Eching

Die Gemeinde Eching bei Landshut hat auf diese Weise ihren vorhandenen Datenbestand in das „Digitale Baubuch“ der idomeoSOFTWARE GmbH übertragen und arbeitet zur vollen Zufriedenheit mit dieser innovativen Software. Herr Koslow, EDV - Administrator und Mitarbeiter im Bauamt der Gemeinde Eching: „Nachdem wir bereits ein Geoinformationssystem, ein speziell für die Gemeinde Eching entwickeltes Hausnummernverzeichnis von idomeoSOFTWARE zu unserer Zufriedenheit einsetzen, war es beim „Digitalen Baubuch“ für uns wichtig, die bestehenden Daten in eine moderne Bearbeitungssoftware zu übertragen und eine komfortable Anbindung an die ALB - Daten und die digitale Flurkarte zu haben. Mit der neuen Softwarelösung haben wir beides erreicht. Der Datenbestand wurde aufbereitet und in die neue Software übertragen. Der Funktionsumfang des „Digitalen Baubuches“ ist sehr übersichtlich und bestens an unsere Bedürfnisse angepasst. Unsere GIS - Programme und die Zubehörfunktionen sind modular aufgebaut und bieten daher Raum für eigene Ideen und Erweiterungen. Besonders die Tatsache, dass wir für unsere GIS - Anwendungen bisher keinen Cent an Schulungskosten ausgeben mussten, spricht für die Effektivität und Leistungsfähigkeit unserer Software und hilft uns damit auch, erheblich Kosten einzusparen.“

Städtetag setzt auf REGISAFE IQ und neuen Aktenplan

Stuttgart. Der Bayerische Städtetag, München, hat sich für die Einführung von REGISAFE IQ, dem integrierten Verwaltungssystem der Hans Held GmbH, entschieden. Der Zeitpunkt war bewusst gewählt: Im Sommer 2004 gibt der Städtetag den neuen, tiefengegliederten Aktenplan für alle bayerischen Kommunen offiziell frei. Die Verbindung mit der integrierten REGISAFE IQ Lösung ermöglicht es dem Verband künftig, die Leistungskraft seiner Verwaltung deutlich zu erhöhen und noch kundenorientierter zu gestalten.

Ausschlaggebend für die Produktentscheidung waren unter anderem die hohe Verbreitung von REGISAFE IQ, das mit 1.500 Installationen bundesweit deutscher Marktführer ist, sowie die Kompetenz der Hans Held GmbH in der Synchronisation digitaler Medien mit papierbasierter Verwaltung.

Tiefengliederung

Der neue, tiefengegliederte Aktenplan basiert auf dem Einheitsaktenplan Bayern und wurde von einem eigens gegründeten Expertenteam entwickelt. Seine Mitglieder kamen direkt aus dem Städtetag, verschiedenen Stadtverwaltungen und Ge-

meinden Bayerns und vom Verwaltungspionier Hans Held. Eine der zentralen Vorgaben war das passgenaue strukturelle Design für die Praxis der bayerischen Kommunen.

Die Hans Held GmbH verfügt über langjährige Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung und bietet mit REGISAFE IQ eine perfekte auf den Aktenplanverwaltung zugeschnittene Lösung. Durch ihren Einsatz können die Mitarbeiter des Bayerischen Städtetages den Aktenplan künftig komfortabel, einfach und zentralisiert pflegen - richtige Ablageorte von Papier-Akten und Speicherorte der elektroni-

schen Daten lassen sich effektiv und rationell mit der phonetischen Suche, mit Synonymen und der indizierten Volltext-Suche auffinden; die hierarchische Darstellung erlaubt eine einfache Navigation - frei durch die Ablagestruktur.

Modernes Dokumentenmanagement

REGISAFE IQ bietet den Anwendern im Bayerischen Städtetag außerdem ein modernes Dokumenten-Management-System mit komplett integriertem Information Flow. Die Lösung unterstützt die Mitarbeiter bei der Informations-Recherche, der Erstellung von Dokumenten und der Ablage und Speicherung des Schriftguts, sowie bei der Verteilung und Veröffentlichung von Informationen, der Überwachung von Aufgaben und Terminen und der Organisation der Papier-Ablage.

„Papierbasierte Archive werden sich behaupten!“

DMS Thesen von Marcus Hüttmann, Geschäftsführer der Hans Held GmbH

- ≪ Bislang gibt es kein DMS-Projekt, das es geschafft hätte, die vollständige Papierwelt abzulösen, und dies wird auf absehbare Zeit auch so bleiben.
- ≪ Analoge Verfahren haben mehr denn je ihre Berechtigung, denn die entscheidenden Fragen für eine rein digitale Welt sind nach wie vor nicht geklärt:
- ≪ Eine digitale Signatur, die von jedem verwendet werden kann, gibt es noch nicht.
- ≪ Der Umstieg auf digitale Verfahren verläuft langsamer als erwartet. Die Nutzung digitaler Formulare und -Services wächst mit einem so niedrigen Prozentsatz, dass er auch das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik beschreiben könnte.
- ≪ Viele Anwender lassen sich von den schier unendlichen Speicherkapazitäten von CDs, DVDs, Festplatten und Magnetbändern so blenden, dass sie das Wesentliche außer Acht lassen: Das, was heute nur digital geschaffen wird, wird - anders als bei klassischen Medien - in Kürze nicht mehr lesbar und damit verwendbar sein.
- ≪ Fazit: Nur dort, wo es gelingt, Papier- und IT-Dokumente gemeinsam zu nutzen, lässt sich ein erfolgreiches Informationsmanagement durchführen.

idomeoKOMMPakt

Der „VW Käfer“ unter den Geoinformationssystemen

Höchste Akzeptanz durch genial einfache Bedienbarkeit. Hervorragende Datenaustauschmöglichkeiten, serienmäßig. Keine Installations- und Grundschulungskosten. Kompetente Vertriebspartner direkt vor Ort.

idomeoSOFTWARE GmbH Landshut T.(0179) 5345796
idomeoSOFTWARE@aol.com

Voice Government:

Die Zukunft telefonischer Bürgerdienste

Was erwartet der Bürger heutzutage von seiner öffentlichen Verwaltung? Nicht mehr und nicht weniger als von einem modernen, serviceorientierten Unternehmen: Ständige Erreichbarkeit und Verfügbarkeit, schnelle Hilfe und unkomplizierten, barrierefreien Zugang zu allen Dienstleistungen. Aber können Ämter, Behörden oder Ministerien solche Erwartungen angesichts des immensen Kostendrucks überhaupt erfüllen? Einen beachtlichen Beitrag zu besserem Service bei sinkenden Kosten leisten die Voice Government-Lösungen des Münchner Systemhauses CreaLog, das europaweit Sprachdialog-Anwendungen realisiert.

Wenn heute über eine effektive öffentliche Verwaltung der Zukunft gesprochen wird, ist E-Government ein beliebtes Schlagwort. Geht es bei diesem Mega-Projekt doch nicht nur um ein weitreichendes Umdenken für alle Beteiligten, sondern auch um viel Geld. Und wenn über E-Government gesprochen oder geschrieben wird, sind in der Regel Internet-Dienste gemeint. Nach aktuellen Studien zur Online-Nutzung von Bürgerdiensten steht Deutschland auf Platz 19 von 32 untersuchten Ländern.

Universelles Medium

Leider vergisst man dabei, dass größere Teile der Bevölkerung von diesem elektronischen Zugang ausgeschlossen sind, z.B. ältere Mitbürger, Kinder oder Sehbehinderte. Da aber von staatlicher Seite ein „barrierefreier“ Zugang für al-

le sichergestellt werden muss, liegt das Telefon als universelles Kommunikations-Medium auf der Hand. (Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung, BITV vom 17. Juli 2002)

Bürgerfreundliche Dienste per Telefon

Und genau hier setzen die Voice Government-Lösungen von CreaLog an: Von klassischen Bürgerdiensten, wie die Vermittlung von Telefongesprächen zur zuständigen Dienststelle, Auskünften und Informationen zu Besuchszeiten, benötigten Unterlagen oder Gebühren, über Formularbestellung und Verlängerung von Ausleihfristen bis hin zu Meinungsumfragen, Störfallmanagement bei Energieversorgern und Katastrophenhotlines: Rund um die Uhr schnell, einfach und sicher per

Telefon abgewickelt - so kommt man dem bürgerfreundlichen, kostenbewussten Staat einen großen Schritt näher.

Sprachdialog-System

Voraussetzung dafür ist der Einsatz eines modernen Sprachdialog-Systems, das die Bedeutung von Wörtern und Satzzusammenhängen „verstehen“ und fast wie ein „echter“ Gesprächspartner agiert. Erkennt ein solches System beim Anruf zum Beispiel Wörter wie „Kfz-Doppelkarte“ oder ganze Sätze wie „Ich habe da eine Frage zu meinem Bauantrag“, übernimmt es automatisch die Vorqualifikation und leitet das Gespräch zum gewünschten Amt bzw. zu einem geeigneten Mitarbeiter weiter.

Überzeugendes Spektrum

Schon heute ist die Nutzung von Sprachdialog-Lösungen verbreiteter als mancher vielleicht denkt. Das liegt nachweislich an der eindrucksvollen technologischen Weiterentwicklung dieser Systeme, die nun wesentlich benutzerfreundlicher sind als noch vor wenigen Jahren. So wächst natürlich auch die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern, was rund 22.000 Anrufe täglich bei der kostenlosen Fahrplanauskunft per Sprachcomputer der Deutschen Bahn eindrucksvoll unterstreichen. Das Einsatz-Spektrum der Anwendungen ist auf jeden Fall überzeugend, wie ein Blick in die Praxis zeigt:

Alles zum Thema „Müll“

Verbraucher, die beim Amt für Abfallwirtschaft der Stadt Nürnberg unter der Service-Nummer 0911/231 73 28 anrufen, erhalten von einem natürlichsprachlichen CreaLog Voice Portal in kürzester Zeit die gewünschten Informationen. So manövriert der Anrufer problemlos per Spracheingabe durch das klar strukturierte Menü und erfährt z.B. schnell, wann das Schadstoffmobil in seiner Nähe ist und welche Abfälle er dort abgeben kann. Beim Umweltamt Nürnberg führte der Einsatz des Voice Portals zu einer Entlastung der Mitarbeiter um rund 60%.

vorhaben läßt sich mit dem Daten-Export in das Vergabesystem viel Zeit einsparen. Aber auch bei kleineren Projekten lohnt sich laut Westfahl die Anschaffung, denn „komfortabler ist es auf jeden Fall“. Ein weiterer großer Pluspunkt der neuen Schnittstelle ist, dass Anbieter die Unterlagen über ein Medium einsehen, downloaden oder mit einem Mausclick eine postalische Verschickung anfordern können.

Zunehmende Bedeutung

Für SOL als Kooperationspartner entschied man sich bei Nemetschek, weil zum einen bereits Kontakte zum Unternehmen bestanden und außerdem SOL eines der größten Unternehmen der Branche in Bayern ist.

Nach Einschätzung von Michael Westfahl wird die Bedeutung der Online-Ausschreibungen weiter zunehmen: „Die Kunden haben sich an das Me-

Bücher in Berlin

Beim VÖBB (Verband Öffentlicher Bibliotheken Berlins) mit seinen 160 Zweigstellen können Leseratten unter 030/ 695 16 16 die Fristverlängerung ausgeliehener Bücher nun 24 Stunden am Tag erledigen. Das CreaLog Voice Portal versteht dabei natürlichsprachliche Eingaben wie „eintausendfünf einhundertzweiunddreißig vierhundertfünfzehn sechs“ bei der elfstelligen Kundennummer ebenso wie das Geburtsdatum des Ausleihers. Per Sprachsynthese antwortet das System: Auch komplexe Buchtitel liest das Voice Portal dem Anrufer mit seiner sympathischen, natürlich klingenden Stimme vor.

Very British in Düsseldorf

Umfangreiche Informationen über Passverlängerungen, Visaformalitäten, Kontaktadressen und Öffnungszeiten hält das CreaLog Voice Portal des Britischen Konsulats in Düsseldorf für den Anrufer bereit. Hier reicht bereits ein einfaches „Yes“ oder „No“ an der richtigen Stelle, um die gewünschte Information zu bekommen.

So parkt man in Dänemark

Autofahrer in Kopenhagen haben seit einiger Zeit keine Probleme mehr mit Parktickets. Über ein CreaLog Voice Portal können sie Parkzeit buchen und verlängern. Das Parkticketing funktioniert ganz einfach: Registrierte Kunden erhalten für ihr Fahrzeug einen Parkausweis mit Strichcode und können per Anruf ein zeitlich begrenztes oder auch unbegrenztes Ticket lösen. Über Handheld-Lesegeräte können „Politessen“ die Vignetten im Fahrzeug problemlos kontrollieren. Eine SMS warnt 15 Minuten vor Ablauf der Parkzeit, die nun aber von jedem Ort aus verlängert werden kann. Die Abrechnung erfolgt per Micropayment.

Festliche Spiele in Salzburg

Liebhaber und regelmäßige Besucher der Salzburger Festspiele, die dort einen VIP-Status haben, werden vom CreaLog Voice Portal am Telefon standesgemäß begrüßt. Das Portal informiert über aktuelle Aufführungen und leitet an speziell geschulte Mitarbeiter der Buchungshotline weiter. Falls mal nicht gleich ein Ansprechpartner zur Verfügung steht, unterhält das System mit



Liebhaber und regelmäßige Besucher der Salzburger Festspiele, die dort einen VIP-Status haben, werden vom CreaLog Voice Portal am Telefon standesgemäß begrüßt. Das Portal informiert über aktuelle Aufführungen und leitet an speziell geschulte Mitarbeiter der Buchungshotline weiter.

abwechslungsreicher, jahreszeitabhängiger Wartemusik.

Einsatzbereiche nahezu unbegrenzt

Neben den beschriebenen Beispielen sind tagtäglich eine Vielzahl weiterer CreaLog-Voice Portale bei der öffentlichen Hand im Einsatz, um Mitarbeiter nachhaltig von zeitraubenden Standardanfragen zu entlasten. Ganz gleich, ob der Bürger Auskünfte über benötigte Unterlagen zur KFZ An- und Abmeldung wünscht, sich von einer automatischen Vermittlung (Telefonzentrale) direkt mit dem richtigen Amt oder Ansprechpartner verbinden lassen will, oder ob er Auskünfte über Störungen bei städtischen Energieversorgern einholt.

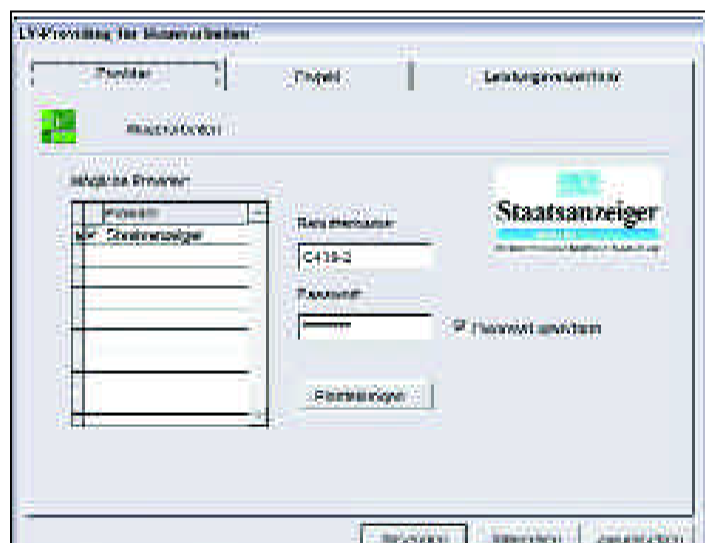
Investitionen gesichert

CreaLog Voice Portale lassen sich leicht in eine vorhandene ITK-Infrastruktur integrieren: Dazu zählt auch die Übernahme vorhandener Inhalte aus bestehenden Datenbanken, die z.B. für die Website der Stadt oder Behörde bereits erstellt wurden. Somit rechnen sich die Systeme in den meisten Fällen innerhalb weniger Monate (Return on Investment). Beste Voraussetzungen also, um Voice Government Lösungen von CreaLog als integralen Bestandteil beim notwendigen Umbau öffentlicher Verwaltungen zu nutzen.

Weitere Details zum Thema unter www.crealog.com

Vorteile liegen auf der Hand

Weitere Vorteile liegen dabei klar auf der Hand: Die Voice Portale der CreaLog GmbH können sehr flexibel an aktuelle Anforderungen angepasst werden - bei Katastrophenhotlines ebenso wie bei Reisewarnungen, Gebührenänderungen



Mit der neuen Schnittstelle von Allright 2004 zu SOL hat der Planer die Möglichkeit, sich aus dem Programm heraus an der Online-Ausschreibungsdatenbank anzumelden.

Online-Ausschreibungen:

Manuelle Datenübertragung überflüssig gemacht

Kooperation zwischen Bausoftware spezialist Nemetschek und Ausschreibungsplattform SOL

Nemetschek, einer der führenden Hersteller von Bausoftware und die bayerische Staatsanzeiger Online Logistik GmbH (SOL), einer der größten Anbieter von Online-Ausschreibungen, haben sich zusammengetan, um den Ausschreibungs- und Vergabeprozess zu vereinfachen: Die neue Version des Kostenermittlung- und AVA-Programms Allright ermöglicht den Export von Leistungsverzeichnis-Daten in das Online-Vergabesystem SOL (www.baysol.de) und erspart so die mühselige Eingabe von Hand.

Bis jetzt müssen Ausschreiber viel Zeit darauf verwenden, die Daten von Ausschreibungen für die Veröffentlichung vorzubereiten. Die manuelle Übertragung der Daten von einem AVA-Programm in Ausschreibungsunterlagen ist aber nicht nur äußerst zeitraubend, sondern auch fehleranfällig.

Neue Version

Abhilfe verspricht nun die neue Version der Nemetschek Kostenermittlung- und AVA-Software Allright: Sie verfügt über Schnittstellen zum Online-Vergabesystem SOL, was einen Export der Daten von Allright in SOL ermöglicht.

SOL ist die Online-Ausschreibungsdatenbank der bayerischen Staatsanzeiger Online Logistik GmbH, über die in Deutschland bereits 38.000 Online-Ausschreibungen durchgeführt worden sind.

Prozesskette optimieren

Michael Westfahl, Geschäftsführer der Nemetschek Deutschland GmbH, über das neue Feature: „Unser Ziel ist es, die gesamte Prozesskette im Bau zu optimieren. Mit der neuen Schnittstelle sollen Fehler bei der Datenübertragung und Zeitverluste vermieden werden.“

Vor allem bei großen Bau-

Klärschlammuntersorgung durch Mitverbrennen in Kohlekraftwerken

Eine maßgeschneiderte Dienstleistung für Kommunen und private Unternehmen

Bereits 1992 wurde die ehemalige GAW Gesellschaft für Abwasserwirtschaft als Tochterunternehmen der Bayernwerk AG gegründet, um als Dienstleister im Entsorgungsbereich Abwasser tätig zu werden. Zusammen mit dem Bayerischen Landesamt für Umweltschutz wurde bereits damals ein Konzept für die sichere Entsorgung von Klärschlämmen in Bayern entwickelt.

Nach umfangreichen Planungen für Trocknungsanlagen und Flugstromvergassungsanlagen wurde 1996 die Entscheidung getroffen, die Mitverbrennung von Klärschlamm in Kohlekraftwerken weiter zu entwickeln. Ausschlaggebend hierfür waren die wesentlich geringeren Kosten bei dieser Entsorgung, auch im Verhältnis zur stofflichen Verwertung.

Das Bayerische Umweltministerium begrüßte damals schon diese Verwertungsschiene als eine ökologische und ökonomische Entsorgungsalternative, auch im Hinblick auf eine rückläufige Verwertung in der Landwirtschaft und in der Rekultivierung. Aus heutiger Sicht eine weit vorausschauende Einschätzung.

Anfang 2003 wurde die GAW Gesellschaft für Abwasserwirtschaft in die E.ON Kraftwerke GmbH (Hannover) eingegliedert.

Zwischenzeitlich werden nicht nur Klärschlämme, sondern auch Tiermehl und Papierschlämme durch Mitverbrennen in Kohlekraftwerken sowie Altholz in Biomassekraftwerken verwertet.

Gesamtkapazität

Ab 2005 kann von E.ON Kraftwerke nach derzeitigem Planungsstand eine voraussichtliche Gesamtkapazität von rund 600.000 Tonnen für entwässerte (25% TR), für teilgetrocknete aus Solaranlagen (ca. 65% TR) und getrocknete (>90% TR) Klärschlämme bereitgestellt werden. Im letzten Jahr wurden durch E.ON Kraftwerke ca. 330.000 Tonnen thermisch verwertet, davon ca. 190.000 Tonnen aus bayerischen Kläranlagen.

Diese 190.000 Tonnen entsprechen ca. 55.000 Tonnen

Trockensubstanz (TS). Nach Angaben des StMUGV betrug der Gesamtanfall in Bayern im Jahr 2001 ca. 291.000 t Trockensubstanz. Verwertet wurden 35 % in der Landwirtschaft, 27 % im Landbau, 37 % thermisch und 1 % durch Deponierung.

Mit den beiden Kraftwerken Staudinger und Lippendorf, deren Klärschlamm-Mitverbrennungsanlagen zur Zeit in Betrieb genommen werden, stehen E.ON Kraftwerke mittlerweile deutschlandweit elf Kraftwerke (eigene und externe Kapazitäten) für die thermische Entsorgung von Klärschlamm zur Verfügung. Mit der Inbetriebnahme der Anlagen in Staudinger und Lippendorf werden für Klärschlämme aus Bayern zusätzliche Kapazitäten von 130.000 Jahrestonnen mechanisch entwässerte Klärschlämme, d. h. 40.000 Jahrestonnen Trockensubstanz (TS), zur Verfügung gestellt.

Abwasserpreis

Durch die Mitverbrennung von Klärschlamm in Kohlekraftwerken erhöht sich der Abwasserpreis durchschnittlich um 4,3 Cent pro Kubikmeter gegenüber der Ausbringung in die Landwirtschaft. Hierbei wurde für die Mitverbrennung bzw. Landwirtschaft ein Entsorgungspreis von 75 Euro bzw. 40 Euro pro Tonne mechanisch entwässertem Klärschlamm zugrunde gelegt (jeweils incl. aller Nebenkosten wie Transport, Bodenproben usw.) sowie von den Durchschnittswerten für den Wasserverbrauch in Bayern von 135 Liter pro Einwohner und Tag und für den Klärschlammfall von 15 kg Trockensubstanz pro Einwohner und Jahr ausgegangen.

Im Mittelpunkt der aktuellen umweltpolitischen Diskussion steht die Neuregelung zur Begrenzung der Schadstoffeinträge in den Boden. Mit einer Vorlage einer neuen Klärschlammverordnung mit wesentlich geringeren Schwermetallgrenzwerten, besonders bei Kupfer,

wird in den nächsten Monaten gerechnet.

Für die Betreiber von Kläranlagen wird dadurch die Mitverbrennung von Klärschlamm zunehmend interessanter, da nicht nur die ganzjährige Entsorgung gewährleistet ist, sondern auch die Haftungsfragen im Vergleich zur stofflichen Verwertung gelöst sind.

Die Mitverbrennung erfüllt die Kriterien einer umweltverträglichen und wirtschaftlichen Entsorgung. Die im Klärschlamm enthaltenen organischen Stoffe werden hierbei in Energie umgewandelt. Eine mögliche Variante, die Monverbrennung, ist sehr teuer. Hier wird ausschließlich Klärschlamm verbrannt. Wirtschaftlicher ist es dagegen, den Klärschlamm in Kohlekraftwerken mitzuverbrennen. Sie müssen lediglich um die Komponenten für die Annahme, Lagerung und Förderung des Klärschlammes ergänzt werden.

Das Verfahren: sicher und erprobt

Der im Kraftwerk angelieferte Klärschlamm wird in den Kohlemöhlen gemeinsam mit der Kohle getrocknet und gemahlen. Mit dem Kohlenstaub wird er bei einer Temperatur von rund 90 Grad durch die Heißluft der Mühlen transportiert. In den Brennern wird der Brennstoffstaub mit weiterer Heißluft vermischt, in den Feuerraum des Dampferzeugers eingeblasen und verbrannt. Die Hitze erwärmt das Wasser, das im Kessel durch Rohre fließt. Es beginnt zu sieden - Wasserdampf entsteht.

Der Wasserdampf treibt mit hohem Druck die Turbine an. Der angekoppelte Generator wandelt die mechanische Energie in elektrischen Strom um.

Mitverbrennung: der umweltfreundliche Weg

Die im Klärschlamm enthaltenen organischen Schadstoffe, unter anderem auch Dioxine und Furane, werden bei der Verbrennung mit Temperaturen über 1.000 Grad vollständig zerstört.

Die anorganischen Schadstoffe wie Schwermetalle werden zum überwiegenden Teil so in die Aschen aus der verbrann-

ten Kohle gebunden, dass sie nicht mehr in die Nahrungskette gelangen können.

Die Asche und der bei der Rauchgasreinigung entstehende Gips werden in der Baustoffindustrie unter Berücksichtigung strenger Qualitätskriterien als Wertstoffe verwendet.

Die Rauchgasreinigungsanlagen werden von neutralen Gutachtern regelmäßig kontrolliert und halten die für die Mitverbrennung strengen Grenzwerte der 17. Bundesimmissionschutzverordnung ein.

Ein weiterer Pluspunkt für die Umwelt: Durch den Einsatz

des Klärschlammes und anderer Ersatzbrennstoffe wird weniger Kohle benötigt - der CO₂-Ausstoß wird so reduziert.

Maßgeschneidertes Dienstleistungspaket

E.ON Kraftwerke bietet individuelle und maßgeschneiderte Dienstleistungspakete - unabhängig davon, ob es sich um kommunalen oder industriellen Klärschlamm handelt, ob dieser getrocknet oder entwässert, oder erst entwässert werden muss, belastet oder unbelastet ist.

Untersuchung des ATV-DVWK:

Kommunaler Geldmangel behindert Innovationen

Die Abwasserentsorgung in Deutschland unterliegt einem grundlegenden Wandel. Kostendruck ist heute die wichtigste Motivation für technische und organisatorische Innovationen. Andererseits scheitern derzeit Erneuerungen häufig an kommunalpolitischen Widerständen oder aus Geldmangel. Diese und weitere Ergebnisse brachte die neueste, vom Fachverband Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (ATV-DVWK) durchgeführte Untersuchung.

In der Abwasserableitung und Abwasserbeseitigung tätige Unternehmen müssen mit vielfältigen rechtlichen und technischen Anforderungen und zunehmend auch mit wirtschaftlichen Zwängen umgehen. Diese Rahmenbedingungen wirken auf das Innovationsverhalten der Abwasserentsorger, wobei über Stärke und Richtung der einzelnen Einflüsse oftmals noch wenig bekannt ist.

Umfrage

Dies ist der Hintergrund, vor dem die ATV-DVWK gemeinsam mit dem Konsortium des interdisziplinären Forschungsprojekts „AquaSus - Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften in der Wasserwirtschaft“ eine Umfrage zur Innovationstätigkeit bei den Abwasserentsorgern in Deutschland durchgeführt hat, an der sich 237 Abwasserentsorgungsunternehmen aller Organisationsformen und Größenklassen beteiligten haben. Damit sollte insbesondere untersucht werden, welche Faktoren bei den Unternehmen sowie in deren Umfeld die Einführung von technischen und organisatorischen Neuerungen befördern oder hemmen.

Die Antworten der befragten Unternehmen deuten darauf hin, dass die Abwasserentsorgung einen grundlegenden Veränderungsprozess durchläuft. Während in der Vergangenheit

die Verminderung von Umweltbelastungen das wesentliche Ziel der Investitionstätigkeit war, ist für die Betriebe heute und auch künftig der Kostendruck die wichtigste Motivation für technische und organisatorische Innovationen. So haben nahezu ein Drittel der antwortenden Betriebe in den vergangenen Jahren, z. B. durch Kooperation mit anderen oder Übernahme neuer Aufgaben, in der Hauptsache eine Verbesserung ihrer Wirtschaftlichkeit angestrebt. In diesem Zusammenhang ist auch die zunehmende Nutzung von Steuerungsinstrumenten wie Kosten- und Leistungsrechnung oder Benchmarking zu sehen.

Erschwernisse

Im Zuge dieses Wandels sieht sich die Branche jedoch auch Erschwernissen ausgesetzt. So scheitern Innovationen häufig, neben anderen Hemmnissen, an kommunalpolitischen Widerständen oder aus Geldmangel. Erkennbar wird Letzteres an einem deutlichen Rückgang der Investitionen in Abwasseranlagen. Der sich abzeichnende Trend vom Regiebetrieb zu anderen, eigenständigeren Varianten wird jedoch eine größere unternehmerische Handlungsfreiheit für die betreffenden Betriebe mit sich bringen und damit die Einführung von Neuerungen eher begünstigen. DK

Schwimmbäder:

Für mehr Sicherheit Chlorungsanlagen nachrüsten

Chlorungsanlagen in Schwimmbädern sollen noch sicherer werden. Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller gab in Schwandorf den Startschuss für eine Kontrollaktion der bayerischen Gewerbeaufsicht. „Auf Chlorgas und Chlorungschemikalien zur Desinfektion des Wassers kann aus hygienischen Gründen nicht verzichtet werden. Mit einfachen technischen Maßnahmen können die Anlagenbetreiber potenzielle Gefahren wegen ausströmendem Chlorgas noch weiter reduzieren“, betonte Frau Müller.

Die Gewerbeaufsichtsämter werden bis September bayernweit etwa 400 Schwimmbäder aufsuchen und die Sicherheitsstandards überprüfen. Müller appellierte an die Anlagenbetreiber, die Chlorungsanlagen so auszurüsten, dass eine Überdosierung von Chlor verhindert wird.

Schutzmaßnahmen

Für den sicheren Betrieb von Chlorungsanlagen ist bereits jetzt ein Reihe von technischen und organisatorischen Schutzmaßnahmen erforderlich. Ne-

ben baulichen Maßnahmen, wie gesonderte Räume für Chlorgasflaschen, sind regelmäßige Prüfungen und Wartungsarbeiten durch Spezialisten veranlassen. Die regelmäßige Schulung des Bedienpersonals ist Pflicht. „Tritt trotz dieses Sicherheitskonzepts Chlorgas aus, sorgen zusätzliche Sicherheiten dafür, dass die Auswirkungen beherrschbar bleiben und Gefährdungen von Mensch und Umwelt möglichst ausgeschlossen werden“, erläuterte Müller. So gibt es beispielsweise direkte Alarmierungswege für die Feuerwehr. DK

Baden in der Isar ab 2005 wieder möglich

Grundsteinlegung für Abwasser-Desinfektionsanlage am Gut Marienhof

Bereits im Sommer 2005 soll die Isar zwischen München und Freising wieder Badewasserqualität haben. Denn dann soll der Bau der Abwasserdesinfektionsanlage am Münchner Klärwerk Gut Marienhof bei Dietersheim abgeschlossen sein. Das Vorhaben wird vom Freistaat Bayern mit einer Million Euro bezuschusst. Jetzt fand die offizielle Grundsteinlegung statt.

Dass Baden in der Isar bald wieder ein ungetrübtes Vergnügen sein wird, dafür setzen sich Bürgermeister Hep Monatzeder und Dr. Werner Schnappauf, Bayerischer Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, schon länger ein. Durch einen gemeinsamen Konsens mit allen Isargemeinden werden die Badefreuden bis 2005 nun Realität. Laut Albert Göttle, Präsident des Landesamtes für Wasserwirtschaft, „rückt somit das gemeinsame Ziel mit guter Badegewässerqualität vom Sylvensteinspeicher bis nach Moosburg bis zur Bundesgartenschau greifbar nahe“.

Kosten: rund 12,5 Mio. Euro

Der Stadtentwässerungsausschuss der Landeshauptstadt München beschloss bereits im Juni 2003 den Bau einer Ultraviolett-Desinfektionsanlage für das im Norden der Stadt gelegene Klärwerk Gut Marienhof. Das kurzzeitige Licht schädigt die Zellkerne der Bakterien und inaktiviert die Erbsubstanz. Die Baukosten betragen rund 12,5 Millionen Euro. Die laufenden Kosten der Abwasserdesinfektion betragen zirka 1,5 Cent je Kubikmeter Abwasser.

Einhaltung der Grenzwerte

In den vergangenen Jahrzehnten war das Baden wegen der hohen Belastung mit krankheitserregenden Keimen, die aus kommunalen Kläranlagen entlang des Flusslaufes stammten, verboten. Seit Sommer 2003 nun wurde bereits an allen größeren Kläranlagen im Einzugsgebiet der Isar südlich von München das Abwasser desinfiziert. Die Grenzwerte der EU-Richtlinie für Badegewässer werden seitdem eingehalten.

Nach der Fertigstellung der Desinfektionsanlagen am Mün-

chner Klärwerk Gut Marienhof sowie an den Klärwerken der nördlich von München gelegenen Isargemeinden ist das Baden in der gesamten Isar bis Moosburg ab 2005 wieder unbedenklich möglich. Damit wird ein für ganz Deutschland, ja sogar Europa einmaliges Projekt Realität.

Entscheidender Schritt

Wie Bürgermeister Hep Monatzeder bemerkte, sei man mit der Grundsteinlegung für den Baubeginn der Abwasserdesinfektion am Klärwerk bei Dietersheim wieder einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Bereits 1998 habe man beschlossen, alle Kläranlagen am Isaroberlauf nachzurüsten, im Sommer des vergangenen Jahres sei die letzte Einrichtung zur Desinfektion des Abwassers in Betrieb gegangen - mit Zuschüssen des Freistaats. Die dadurch erreichte Verbesserung der Wasserqualität der Isar zwischen Wolfrauthausen und der Stadtgrenze Münchens sei bereits nachweisbar.

Viel Prominenz

Zum offiziellen Baubeginn auf dem Klärwerks-Gelände waren nicht nur Politiker und Experten aus München und der Region angereist: Die Isar höchstpersönlich, dargestellt von der Schauspielerin Sieglinde Zörner, versenkte gemeinsam mit Monatzeder und dem Technischen Werkleiter der Münchener Stadtentwässerung, Prof. Joachim Eichinger, einen silberfarbenen Behälter, in dem sich ein zusammengerolltes Plakat befand, auf dem geschrieben stand: „Baden an der Isar verboten!“ - Worte, die schon bald überall an dem 257 Kilometer langen Flusslauf endgültig der Vergangenheit angehören sollen. DK



eibe acqua:

Wasser, Sand und Matsch

Für Kinder gibt es nichts Schöneres als mit Ihren Händen Wasser, Sand, Matsch und Schlamm zu erleben. Besonders großen Spass macht das mit den neuen eibe acqua Geräten, die sich durch eine robuste Bauweise und die Verwendung von hochwertigen Materialien wie beispielsweise V2A, V4A, HPL und kerngetrennten Hölzern auszeichnen. Das System ist unbegrenzt erweiterbar und garantiert reichhaltige Spielfunktionen und einen hohen Spielwert für jedermann. Die Becken sind betont organisch gehalten und werden durch ein Rundrohr, das als Kantenschutz dient, abgeschlossen. Ferner sind alle beweglichen Teile wie Wasser- und Rinnenräder mit leichtlaufenden wartungsfreien Kugellager versehen. Das Programm eibe acqua reicht von Sandkästen über Matschbeckenanlagen und Wasserbottichen bis hin zum Wassererlebnisplatz. Selbstverständlich ist auch für den entsprechenden Sonnenschutz an heißen Tagen gesorgt. All diese Produktvielfalt erleben Sie in eibe acqua - selbstverständlich sind alle Produkte nach der DIN EN 1176 zertifiziert. DK

Vorbeugender Hochwasserschutz:

Gebietsübergreifend verwirklichen!

Kling Consult, Krumbach, veranstaltete Kolloquien in Bamberg und Augsburg

„Vorbeugender Hochwasserschutz: Gemeinsame Aufgabe von Wasserwirtschaftsverwaltung, Städten und Gemeinden“ lautete das Thema von gut besuchten Bamberger und Augsburger Kolloquien, die von Kling Consult, Planungs- und Ingenieurgesellschaft für Bauwesen, Krumbach, an zwei aufeinanderfolgenden Tagen veranstaltet wurden.

Mit Haftungs- und Entschädigungsansprüchen gegenüber Fachbehörden und Kommunen befasste sich zunächst der Berliner Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Siegfried de Witt. Seinen Ausführungen zufolge ist der parlamentarische Gesetzgeber nach dem Grundgesetz dafür zuständig, den Inhalt des Eigentums zu konkretisieren. Dies geschieht nicht zuletzt durch die Wassergesetze. Rechte und Pflichten des Eigentümers sind aus den Gesetzen und nicht aus tatsächlichen Verhältnissen abzuleiten.

Fallgruppen

Anhand einiger Fallgruppen konkretisierte de Witt seine Ausführungen. Bei Überschwemmungsgebieten beispielsweise liegt das Problem darin, dass der Bebauungsplan/Innenbereich ein Baurecht verleiht, das wiederum durch die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes genommen wird. Allerdings setze eine Baugenehmigung bauordnungsrechtlich voraus, dass durch die Anlage die öffentliche Sicherheit, insbesondere Leben, Gesundheit und Eigentum nicht gefährdet werden. Laut de Witt kommt es auf den Einzelfall an: War die Baugenehmigung trotz Hochwassergefahr - wasserwirtschaftlich und bauordnungsrechtlich - zu erteilen, besteht ein Rechtsanspruch auf Ausnahmegenehmigung. Andernfalls kann eine Ausnahme genehmigt werden. Es ist deshalb konsequent, in einem solchen Fall einen Bebauungsplan aufzuheben. Dies führt zu der Entschädigung des Vertrauensschadens. Vorzugswürdig erscheint jedoch die pragmatische Lösung.

Was die Baumaßnahmen anderer Verkehrsträger anbelangt, so kann der Wasserabfluss ins-

besondere durch Dammbauten für Straßen oder Eisenbahnlinien wesentlich verändert werden mit der Folge von Überschwemmungen. Der betroffene Eigentümer hat gegen den Vorhabensträger keine Ansprüche mehr, wenn der Planfeststellungsbeschluss für das Straßen-/Eisenbahn-Vorhaben bestandskräftig ist. Aber: Bei fehlerhafter Zustimmung der Wasserbehörde sind de Witt zufolge gegen diese Amtshaftungsansprüche möglich.

Hinweis auf Risiken

Diese Ansprüche bestehen auch bei unsachgemäßer und damit rechtswidriger Erfüllung der Unterhaltungspflicht. Hierzu zählen fehlerhafter Deichbau, zu geringer Abflussquerschnitt, unsachgemäße Verrohrung eines Vorflutgrabens oder die fehlerhafte Absperzung eines Entwässerungsgrabens. Soweit Eigentum beeinträchtigt wird, besteht regelmäßig auch ein Anspruch. de Witt: „Es besteht eine Amtspflicht, den Bürger auf Risiken hinzuweisen, wenn dieser für die Behörde erkennbar einem besonderen Risiko, insbesondere durch Ausnutzung von Planungen und Genehmigungen ausgesetzt wird. Der Aufstellung von Bebauungsplänen in faktischen Überschwemmungsgebieten ist deshalb ausdrücklich zu widersprechen, die höhere Verwaltungsbehörde ist im Hinblick auf erforderliche Genehmigungen zu unterrichten.“

Komplexe Verfahren

Bei einem unterlassenen Bau von Poldern und Retentionsräumen bestehen, so der Experte, zwar insoweit Amtspflichten, die erforderlichen Maßnahmen des Hochwasserschutzes zeitnah zu realisieren. Die dafür er-

forderlichen Planungs- und Planfeststellungsverfahren seien jedoch sehr komplex. Die Entscheidung über die Reihenfolge der Maßnahmen liege im Ermessen der Behörde. Dabei seien auch die finanziellen Möglichkeiten zu berücksichtigen. Amtshaftungsansprüche seien deshalb in der Regel erfolglos.

Klaus Hoffmann, Münchner Fachanwalt für Verwaltungsrecht, wies darauf hin, dass die rechtlichen Instrumente des Hochwasserschutzes in der Bauleitplanung den Kommunen eine breite Handlungspalette bieten. Hochwasserschutz könne aber nicht effektiv betrieben werden, wenn jede Kommune sich auf ihre eigenen individuellen Planungen konzentriert. Die Effizienz einer vorsorgenden Hochwasserschutzplanung sei nur gesichert, wenn die Planung sich an Gewässereinzugsgebieten orientiert und benachbarte Gemeinden, insbesondere Ober- mit Unterliegern, kooperieren.

Wesentliches Kernstück

Effizienter Hochwasserschutz könne dabei nicht immer nur in den unmittelbaren Gefahrenbereichen erfolgen, da die Ursachen von Hochwasserereignissen häufig nicht im eigenen Gemeindegebiet liegen. Deshalb sei die interkommunale Zusammenarbeit in den Gewässereinzugsgebieten ein wesentliches Kernstück erfolgreicher Hochwasservorsorgeplanung, betonte Hoffmann.

Sinnvolles Unterfangen

Die in einem Gewässereinzugsgebiet liegenden Gemeinden könnten dabei eine gemeinsame gewässerbezogene Planung entwickeln. Sinnvoll sei die Ausarbeitung eines „freiwilligen“ gemeinsamen Gewässerentwicklungsplans für ein oder mehrere Gewässer, der unter Beteiligung verschiedener Fachbehörden, Verbände und der privaten Grundeigentümer aufgestellt wird.

Da die Aufstellung eines Gewässerentwicklungsplans die Einschaltung qualifizierter Planungsbüros erfordere, sollte nicht zuletzt unter Kostengesichtspunkten zwischen den jeweiligen Gemeinden eine Planungsgemeinschaft gebildet werden. Nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit kommen für die Kooperation der Kommunen in Bayern folgende Formen in Betracht: Bildung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft, Abschluss einer Zweckvereinbarung, Gründung eines Zweckverbandes.

Vorteil eines Zweckverbandes

Während die Arbeitsgemeinschaft vorwiegend für die informelle Zusammenarbeit gewählt wird, komme für den Zweck einer verbindlichen gemeinsamen Planung besser der Abschluss einer Zweckvereinbarung oder eines Zweckverbandes in Betracht. Letzterer sei eine juristische Person des öffentlichen Rechts, auf den die Mitglieder die Aufgabe der Gewässerplanung übertragen können. Der Vorteil eines Gewässerschutzverbandes könne darin bestehen, dass die Aufgabenerfüllung durch eine entsprechende leistungsfähige Organisation erfolgt.

Die Bündelung der verschiedenen Aufgaben von der Planung bis hin zur Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen, der Finanzierung sowie der Koordination verschiedener öffentlicher Förderprogramme könne jedoch auch durch eine interkommunale Gesellschaft erfolgen, die sich im jeweiligen Fall der Mithilfe oder der Kooperation Privater bedient. **DK**

Hof im Gespräch als Standort für Wasser-Landesamt:

OB Döhla: „Diese Initiative ist der richtige Weg!“

Mit großem Interesse wird in Hof die Diskussion über die möglicherweise größte Behördenverlagerung Bayerns verfolgt. „Was Dr. Schnappauf ins Gespräch gebracht hat, ist der richtige Weg aus vielerlei Gründen“, erklärt Hof's Oberbürgermeister Dieter Döhla: „Die Grenzregionen brauchen wirklich dringend auch qualifizierte Behördenarbeitsplätze, wie sie ein Wasser- und Boden-Landesamt bieten kann.“

Man habe in den vergangenen Jahrzehnten einen erheblichen Rückgang gerade im öffentlichen Bereich zu verzeichnen gehabt. Mit einem Landesamt würde die Bayerische Staatsregierung dort, wo sie es selbst entscheiden kann, wichtige Weichen stellen. „In Verbindung mit den Anstrengungen des Wirtschaftsministers, Investoren auf die Region aufmerksam zu machen, würde die Ansiedlung einer staatlichen Behörde ein Signal setzen, das nicht zu übersehen wäre“, meint Döhla.

Unter den Maximimen „Deregulieren, Dezentralisieren und Delegieren“ hatte der Hofer Oberbürgermeister als Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags kürzlich grundsätzliche Überlegungen zum Reformprojekt „Verwaltung 21“ formuliert. Diese würden mit einer wirklichen Behördenverlagerung einhergehen, wenn Kompetenzen auch einmal abseits der Hauptstädte gebündelt würden.

OB Döhla fordert die Solidarität der Region und ihrer Abgeordneten ein: „Wir müssen jetzt gemeinsam den Vorschlag von Minister Schnappauf unterstützen und dürfen uns nicht auseinander dividieren lassen. Ich appelliere an die Abgeordneten und

die Vertreter der Städte und Gemeinden in Oberfranken, keine Steine in den Weg zu legen.“ Parteipolitische Auseinandersetzungen oder kleinlicher Lokalpatriotismus seien fehl am Platz, „weil ein solches Landesamt in seiner arbeitsmarktpolitischen und fachlichen Wirkung weit über die Stadt Hof hinaus positive Effekte nach sich ziehen würde.“ Er setze darauf, dass die Solidarität, die Hof immer wieder bei den Bemühungen der Nachbarstädte in ähnlichen Fällen gezeigt habe, keine Einbahnstraße sei.

Es sei sicher noch zu früh, um konkret Standorte zu diskutieren, so Döhla, aber „es gibt natürlich in staatlichem Besitz Immobilien, über die man sprechen muss.“ Man werde dem Freistaat zu gegebener Zeit Vorschläge machen, die auch unter stadtplanerischen Gesichtspunkten entwickelt würden. „Es kommt jetzt darauf an, den Minister bei seiner Initiative zu unterstützen“, fordert Döhla: „Das Landesamt für Wasser und Boden ist eine wichtige Behörde und wird auch unter dem Gesichtspunkt einer lebenswerten Umwelt für uns und unsere Nachkommen für die Zukunft noch wichtiger werden. Hof ist dafür der richtige Ort!“

Expertentagung bei der Regierung von Unterfranken:

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Experten aus dem Bayerischen Umweltministerium, dem Bayerischen Landesamt für Wasserwirtschaft, den Bezirksregierungen und Wasserwirtschaftsämtern berieten bei der Regierung von Unterfranken in Würzburg über die weitere Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie an den bayerischen Gewässern. „Ein Zurück zur unberührten Natur gibt es nicht mehr“, stellte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer fest. „Wir müssen jedoch darum bemüht sein, die Gewässer als Natur- und Kulturgut pfleglich weiter zu entwickeln. Dazu gehört auch eine sinnvolle Renaturierung.“

Die Regierung von Unterfranken hat für das gesamte Einzugsgebiet des Mains als federführende Stelle den Vorsitz in der Koordinierungsgruppe zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie inne. Die Koordinierungsgruppe arbeitet länderübergreifend zusammen mit Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen.

EU-Rechtvorgabe

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie ist eine umfangreiche verbindliche Rechtvorgabe der EU. Sie legt den Mitgliedsstaaten auf, bis zum Jahr 2015 sämtliche Gewässer, also Fließgewässer und Seen, aber auch das Grundwasser in einen guten chemischen und ökologischen Zustand zu bringen. Voraussetzung hierfür sind intakte strukturelle Lebensräume an und besonders in den Gewässern sowie eine deutliche Reduzierung der menschlichen Einwirkungen.

Die Arbeitskreissitzung befasste sich mit Themen zur Bestandsaufnahme aller Einwirkungen, Beeinträchtigungen und Risiken sowie der sich hieraus ergebenden Gesamtbeurteilung des derzeitigen Gewässerzustandes in Bayern. Bis zum Herbst 2004 sind die Ergebnisse in einem umfassenden Bericht mit Text und Plänen flussgebietsbezogen, d. h. länderübergreifend zusammen zu fassen. Sie sind der EU-Kommission zur Prüfung zu übergeben.

Der Bericht bildet die Grundlage für die weiteren Schritte zur Umsetzung der Rahmenrichtlinie. Dies sind die vertiefte Gewässerüberwachung (Monitoring) bis 2006, die anschließende Aufstellung flussgebietsweiser Bewirtschaftungspläne bis 2009 und die hierauf aufbauende, bis zum Jahr 2015 abzuschließende Erreichung des guten chemischen und ökologischen Zustandes aller Gewässer

in ganz Bayern und Europa. Ein ehrgeiziges, aber lohnendes Ziel, das viel Kraft und Einsatz von allen Beteiligten verlangt.

Der Main gehört beispielsweise gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie als staugeregelte Bundeswasserstraße zur Kategorie der stark veränderten Gewässer. Anders als vergleichbar große deutsche Flüsse zeichnet er sich aber gleichzeitig durch sehr hohe ökologische Dynamik und Entwicklungsvermögen aus. Auch seine Artenvielfalt ist reichhaltig. Die Regierung von Unterfranken hat in Zusammenarbeit mit Bayerischen Landesamt für Wasserwirtschaft hierzu bereits ein „Gewässerpflegekonzept für den staugeregelten Main“ erarbeitet.

Gewässerpflegekonzept

Dem Konzept haben bereits das Land Baden-Württemberg, die Regierung von Oberfranken, die Wasserwirtschaftsämter Aschaffenburg, Schweinfurt, Würzburg und Bamberg sowie die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zugestimmt. Das Leitbild stellt bereits eine wesentliche Grundlage auch für die Aufstellung der Bewirtschaftungspläne nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie dar. **DK**

Die Zukunftsfähigkeit der Kommunen sichern!

Kritische Prüfung des Aufgabenspektrums - Sicherung ihrer Investitionsfähigkeit durch nachhaltige Reform der Kommunalfinanzen

Von Dr. Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband

Im Jahre 2003 sind die Gesamteinnahmen der bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) auf 22,8 Mrd. Euro gestiegen, ein Plus von 2,7 Prozent. Weil die Gesamtausgaben einen geringeren Zuwachs von 1,9 Prozent auswiesen, nahm der Finanzierungssaldo leicht ab auf - 1,15 Mrd. Euro. Im Jahre 2002 betrug er - 1,31 Mrd. Euro. Damit weisen die bayerischen Kommunalhaushalte bereits das dritte Jahr in Folge ein Defizit auf.

Besonders stark nahmen die Zinsausgaben (+ 27,1 %) und die Ausgaben für Sozialhilfe (+ 11,5 %) zu. Beide Kategorien können die Kommunen nicht oder nur in sehr geringem Ausmaß beeinflussen.

Direkt beeinflussen können die Kommunen jedoch ihre Investitionsausgaben und insbesondere die Bauausgaben. Und hier setzen sie den Rotstift an. Im Vergleich zu 2002 waren die kommunalen Ausgaben für Baumaßnahmen um 11,9 % rückläufig.

Kürzung von Bauausgaben ist falsch verstandenes „Sparen“

Bei den Bauausgaben zu kürzen, ist aus zwei Gründen verführerisch: mit einem Anteil von (noch) 13 % sind sie eine nicht zu vernachlässigende Größe und - vor allem - sie sind nicht gesetzlich festgeschrieben, im Unterschied zu den Sozialausgaben oder den Personalausgaben. Bei den Bauausgaben zu kürzen ist jedoch eine kurzsichtige Politik, es ist vor allem keine Sparpolitik.

Kurzsichtig ist sie dann, wenn dringend nötige Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an der

Infrastruktur und den öffentlichen Gebäuden unterlassen werden. Dann drohen hohe Folgekosten und - im Fall maroder Abwasserkanäle - auch schwerwiegende Umweltprobleme. Bestehende Schäden nicht zu reparieren ist genauso eine Lastverschiebung in die Zukunft, wie wenn Konsumausgaben mit Krediten finanziert werden.

Kurzfristige Politik

Kurzsichtig ist eine derartige Politik auch deswegen, weil dadurch Zukunftschancen nicht wahrgenommen werden, sie werden gleichsam „verbaut“. In vielen Fällen ist unsere Infrastruktur auf den künftig weit höheren Bedarf noch überhaupt nicht vorbereitet, insbesondere die Verkehrsinfrastruktur. Eine qualitativ hochwertige Verkehrsinfrastruktur ist jedoch ein wichtiger Faktor im Wettbewerb der Standorte um Betriebsansiedlungen.

Flucht aus der VOB keine Lösung

Neuerdings meinen die Kommunen auch, sie könnten Geld „sparen“, wenn sie sich bei der

Vergabe von Bauaufträgen von den Vorschriften der VOB lösen. Doch diese Meinung ist falsch. Im Gegenteil, mit einer Abwendung von der VOB riskieren sie vermutlich höhere

Baupreise und mehr Korruption. Geheimer Preiswettbewerb

Kern der VOB ist die Organisation eines geheimen Preiswettbewerbs. Jedes Bauunternehmen ist als Bieter gezwungen, bei seiner Angebotskalkulation bis an die Grenze des Vertretbaren und oftmals weit darüber hinaus zu gehen, weil es sonst keine Chance hat, einen Auftrag zu erhalten. Andererseits kann es darauf vertrauen, dass der Submissionspreis verbindlich ist und es keine Nachverhandlungen geben wird.

Geheimer Preiswettbewerb

Kern der VOB ist die Organisation eines geheimen Preiswettbewerbs. Jedes Bauunternehmen ist als Bieter gezwungen, bei seiner Angebotskalkulation bis an die Grenze des Vertretbaren und oftmals weit darüber hinaus zu gehen, weil es sonst keine Chance hat, einen Auftrag zu erhalten. Andererseits kann es darauf vertrauen, dass der Submissionspreis verbindlich ist und es keine Nachverhandlungen geben wird.

Kern der VOB ist auch die Verhinderung von Korruption durch die Organisation eines geheimen Wettbewerbs. Bei Weg-

fall der VOB wäre das Korruptionsrisiko weit höher. Im Endeffekt würden Städte und Gemeinden individuelle Lösungen als Ersatzregelungen zur Manipulations- und Korruptionsprävention sowie zur sauberen Preisfindung finden müssen. Eine Abkehr von der bewährten VOB wäre somit eine falsch verstandene Deregulierung: Marktverwerfungen und Rechtsunsicherheit, die Entstehung eines Regelungswirrwars wären die teuren Folgen eines ungeeigneten Versuchs, billiger bauen zu wollen.

Aufgabenspektrum kritisch prüfen

Als Gestalter des unmittelbaren Lebensumfelds der Bürger obliegt den Kommunen eine wichtige Aufgabe, für die sie eine ausreichende und sichere Finanzausstattung brauchen. Die Kommunen müssen aber auch bereit sein, ihr Aufgabenspektrum kritisch zu hinterfragen und es auf den Kern ihrer hoheitlichen Tätigkeit zurückzuführen. Hier liegen viele Effizienzreserven verborgen. Wieso braucht jede Kommune ihren Bauhof? Wieso können Hallenbäder und anderen Freizeiteinrichtungen nicht gemeinsam geplant werden?

Konträre Positionen

Die Diskussion über die Reform der Kommunalfinanzierung ist derzeit wieder gegenüber anderen politischen Debatten in den Hintergrund getreten. Es stehen sich aber weiterhin zwei nicht vereinbare Positionen gegenüber. Während Vertreter kommunaler Spitzenverbände weiterhin an der überholten Gewerbesteuer festhalten, plädieren Wirtschaft und Politik für eine Vereinfachung des Steuersystems durch den Wegfall der Gewerbesteuer.

Drei Elemente

Dieses Alternativmodell, das Zuschlagsmodell, besteht aus drei Elementen:

1. einer Beteiligung der Kommunen an der Einkommensteuer ihrer Bürger. Zuvor wird der Einkommensteuersatz abgesenkt, jede Kommune erhebt dann zusätzlich ihren individuellen Hebesatz. Für den Einkommensteuerzahler ergibt sich im Durchschnitt keine Zusatzbelastung.

2. einer Beteiligung der Kommunen an der Körperschaftsteuer. Weil die Gewerbesteuer wegfällt, werden im Ausgleich die Körperschaftsteuersätze erhöht und die Kommunen erheben zudem ihren individuellen Hebesatz (kann mit dem Einkommensteuerhebesatz identisch sein).

3. einer Beteiligung der Kommunen am gesamtwirtschaftlichen Umsatzsteueraufkommen. Über diese Stellgröße lässt sich sowohl das häufig erwähnte Stadt-Umland Problem lösen als auch vermutete Ost-West Verwerfungen in den Griff bekommen.

Transparenz als Hauptvorteil

Der Hauptvorteil dieses Modells ist seine Transparenz. Jeder Bürger, jedes Unternehmen kennt dann seinen Beitrag zur Finanzausstattung seiner Gemeinde. Kommunalwahlen können dann auch als Abstimmung über die Finanzausstattung der Kommunen gestaltet werden. Wenn jeder Bürger weiß, dass zusätzliche kommunale Auf- und Ausgaben ihn direkt in seiner Eigenschaft als Steuerzahler betreffen, wird er diese genau hinterfragen, auf ihre Berechtigung prüfen und kann so verantwortungsvoll abstimmen. Das Zuschlagsmodell: wahre Demokratie von unten. ☞



Vor dem Gotteshaus vereint: die Fahnenabordnung der Sudestdeutschen Landsmannschaft Donauwörth, der Erbauer Ernst Seifert (4. v. r.), Bürgermeister Franz Oppel (4. v. l.) und der Vorsitzende der Egerländer Gmoi Donauwörth, Peter Krebs (2. v. l.). Bild: -jdt-

Heidebrünnel-Kirche wieder aufgebaut

Kaisheim, Kreis Donau-Ries (jdt). Als das schönste und seit Generationen beliebteste Wallfahrer- und Wanderziel galt im Altvatergebirge im alten Österreichisch-Schlesien das legendenumwobene „Heidebrünnel“ mit seiner Kirche. Die walddreiche Märchenlandschaft rund um den 1490 Meter hohen „Bergkönig Altvater“ war bis zur Vertreibung nach 1945 die Heimat von Hunderttausenden Deutschen. Sie trauerten nach dem Heimatverlust ihrem „Heidebrünnel“-Kirchlein nach. Es war am 30. Mai 1946, gerade als die letzten Deutschen dort vertrieben wurden, nach einem Blitzschlag in Flammen aufgegangen.

Dem Versprechen gegenüber seiner Mutter Anna folgend, baute in den letzten Jahren der aus dem Altvaterland stammende, jetzt 73-jährige Unternehmer Ernst Seifert aus dem schwäbischen Kaisheim die Altvater-Kirche originalgetreu wieder auf. Sie steht inmitten eines von Seifert gestifteten Parkes mit 8000 Bäumen 200 verschiedener Arten.

Die Einweihung vollzog jetzt während eines großen Gottesdienstes Bischof Dr. Walter Mixa, Eichstätt. Er würdigte mit

großer Anerkennung den Einsatz von Ernst Seifert für Heimat und Glaube.

Am Vorabend hatte Bürgermeister Franz Oppel, Kaisheim, dem Erbauer der Kirche, Ernst Seifert, während eines großen Festaktes im Kaisersaal des einstigen Zisterzienserklosters Kaisheim die Ernennungsurkunde zum Ehrenbürger überreicht. Damit wurde der beispielgebende Einsatz Seiferts für das Gemeinwohl, als Unternehmer und Wohltäter für die Gemeinde und Kirche, gewürdigt. ☞

Dorfökologische Fachtagung in Freising:

Biotop-Spielplätze erhalten und schaffen!

„Dorf und Siedlung“ - Spielraum ohne Grenzen“ lautete das Motto der 21. dorfökologischen Fachtagung in Freising, die Experten der Dorferneuerung und Landentwicklung, der Pädagogik und Kommunalpolitik sowie der Gartenbau- und Naturschutzverbände zusammenbrachte. Als Veranstalter fungierten die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, die Deutsche Gartenbaugesellschaft 1822 e.V. sowie das Bildungswerk des Bundes Naturschutz.

Kinder haben sehr ähnliche Lebensraum-Ansprüche wie Pflanzen, Frösche und Schmetterlinge. Wer sein Gemeinwesen also kinder- und umweltfreundlich gestalten will, sollte Bachläufe, Pfützen, Hecken, Hohlwege, Rutschhügel und Materialgruben erhalten. Spielraum- und Biotopgestaltung können so ohne viel Aufwand Hand in Hand gehen. Das geplant „Ungeplante“ in einer insgesamt „beispielbaren“ Gemeinde gehe über die strenge Funktionstrennung der herkömmlichen Flächennutzung hinaus und komme sowohl der kreativen Entfaltung junger Menschen wie der natürlichen Biodiversität kostengünstig entgegen, so der Tenor der Fachtagung.

Zum Thema „Kinderspiel und PISA-Studie“ meinte der Biologe Klaus Hübner vom Landesbund für Vogelschutz, dass wichtige körperliche und fächerübergreifende Fähigkeiten bei Kindern am besten über „Naturwege“ vermittelt werden können. Wer sich heute der praktischen Klett-Verschlüsse bediene, sollte zumindest das Original, die Klette als Pflanze kennen. Es sei besser und billiger, Kinder in Bäumen frei klettern zu lassen, als später das nicht Erlebte in Manager-Trainingskursen in Hochseilgärten nachzuholen.

Mehr Platz für spielerische

Wildnis forderte Beate Seitz-Weinzierl, Leiterin des Bildungswerks des Bundes Naturschutz in Bayern e.V., Wiesenfelden. Fernsehsendungen über „Dschungel-Camp-Events“ zeigten bei aller Abwegigkeit die Sehnsucht des Menschen nach elementarer Naturbegegnung. Gräfin Sonja Bernadotte, Präsidentin der Deutschen Gartenbaugesellschaft 1822 e.V., hob ihrerseits die Bedeutung des Wettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden - unser Dorf hat Zukunft!“ hervor. Die „Agenda 21“ habe das Dorf und die Frauenarbeit, die oft mit Garten und Kindern verbunden sei, deutlich aufgewertet.

Zum Schluss zitierte Tagungsleiter Dr. Josef Heringer von der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege aus dem Buch „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“ von Alexander Mitscherlich, der bereits vor 40 Jahren feststellte: „Der junge Mensch braucht seinesgleichen - nämlich Tiere, überhaupt Elementares, Wasser, Dreck, Gebüsch, Spielraum. Man kann ihn auch ohne das aufwachen lassen, mit Teppichen, Stofftieren und asphaltierten Straßen und Höfen. Er überlebt es, doch man soll sich dann nicht wundern, wenn er später bestimmte soziale Grundleistungen nicht mehr erlernt.“ DK

Gilching-Süd:

Grundsteinlegung für Gewerbepark

Was lange währt, wird endlich gut. An der Autobahnausfahrt Gilching-Argelsried wurde im Beisein von 250 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kultur der Grundstein für das neue Gilchinger Gewerbegebiet gelegt. Damit wurde laut Bürgermeister Thomas Reich „eine sehr langwierige und problematische Phase der Planung und Entwicklung des Gewerbeparks erfolgreich abgeschlossen“.

Auf rund 18 Hektar Fläche soll in zwei Baustufen das neue Gewerbegebiet Süd entstehen. Baustufe I liegt in der Verantwortung der Gemeinde, die vorrangig heimische Betriebe für die Ansiedlung gewinnen will. Bürgermeister Thomas Reich hat jedoch nicht ausgeschlossen, auch überregionale Unternehmen willkommen zu heißen.

Kontakte zu entsprechenden Firmen soll Franz X. Erlacher herstellen. Der Projektplaner hat sich bereits einen Namen durch die überaus erfolgreiche Entwicklung des Technoparks „Argelsrieder Feld“ gemacht. Dies gilt auch für die Xaver Riebel GmbH & Co. KG, deren Geschäftsführer Thomas Aulinger den Interessenten als kompetenter Partner im Bereich der Projektentwicklung zur Verfügung steht.

Einheitliches Konzept

Weiter wurde Erlacher als eigenverantwortlicher Projektentwickler für die „GBR Gewerbegebiet Gilching Süd“, der Max Stürzer als Geschäftsführer vorsteht, verpflichtet. Stürzer hat die Hälfte des Areals an die Gemeinde verkauft. In Zusammenarbeit soll jetzt ein einheitliches Konzept verfolgt werden.

„Ich habe ein Konzept entwickelt, das an den Erfolg des Gewerbegebiets Argelsrieder Feld anschließt“, erklärte Erlacher. „Mein Vision ist, dass Süd eine Mischung aus Firmen aus den Bereichen Medizin, Forschung und Wissenschaft wird.“ Verantwortlich sieht er sich nicht nur für die Vermarktung. „Wir erarbeiten außerdem ein finanzwirtschaftliches Konzept. Ohne eine solide Finanzierung geht heute gar nichts mehr“, erklärte Erlacher. Des Weiteren

Ausstellung in Landshut:

Stadt im Planungsprozess

Noch bis 30. Juni steht in einer Ausstellung in der Sparkasse am Bischof-Sailer-Platz in Landshut der Prozess der Stadtplanung und des Städtebaus im Blickpunkt. Unter dem Titel „werkSTADT Landshut“ gibt das städtische Baureferat als Beitrag zur 800-Jahr-Feier einen Einblick in die vielen Planungen der Stadt - vom Flächennutzungsplan bis hin zu den verschiedenen Entwicklungsgebieten.

Stadtplanung und Städtebau sind Themen, die viele Bürger unmittelbar in einer Stadt betreffen. Das zeigen auch die unzähligen Projekte, die das Baureferat in der Ausstellung präsentiert: „Wir wollen die Planung im Werkstattcharakter deutlich machen“, bringen es Baureferat Horst Drexler, der Leiter des Stadtentwicklungsamts, Hans Zistl-Schlingmann, und Stadtplanungsamts-Leiter Roland Reisinger auf den Punkt. Das heißt: Verschiedene Planungen werden in verschiedenen Schritten - von allerersten Überlegungen über Modelle bis zum letzten Bauabschnitt - dargestellt. Daher auch die Verbindung im Titel der Ausstellung zwischen Werkstatt und „werkSTADT“.

Im Blickpunkt stehen besonders die Themen aus den vergangenen Jahren wie die Siedlungserweiterung nördlich Wolfgang und Moniberg, die

wird er auf dem bewährten „Public Private Partnership“ aufbauen. Eine Vernetzung aller am Standort tätigen Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Kommunen. „Es ist nicht nur wichtig, dass sich solide Firmen ansiedeln. Damit sie erfolgreich arbeiten können, muss auch für das passende Umfeld gesorgt werden. Dazu gehört eine ortsnahe Versorgung und die Einrichtung eines Shuttlebusses.“

Wolfgang Stürzer betonte seinerseits, dass trotz aller Schwierigkeiten letztendlich eine „Punktlandung“ vollzogen worden sei. Sparkassendirektor Anton Hummer, Sparkasse München-Starnberg versprach, ein verlässlicher Partner zu sein und Zeichen zu setzen, damit es wieder aufwärts geht. Hierzu würden zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt.

Vorarbeit für die Zukunft

Schelte gab es für die Landespolitiker, die zwar die Bedeutung des Wirtschaftsstandorts Bayern hervorheben, es aber an der nötigen Unterstützung fehlen ließen, so Bürgermeister Reich. Anders Landrat Heinrich Frey, „der uns über das normale Maß hinaus unterstützt hat“. Frey wiederum erklärte, der Landkreis Starnberg sei innovativ und fortschrittlich, aber es fehle noch immer Gewerbe. Er sprach von einer „Vorarbeit für die Zukunft“ und verknüpfte damit die Hoffnung, dass „eines Tages die Pferde wieder ordentlich zu saufen beginnen“.

Insgesamt gesehen, so Bürgermeister Reich, biete dieser Standort allein durch seine Lage so große Vorteile, „wie wir sie wohl im gesamten restlichen Landkreis Starnberg nicht vorfinden werden“.

Entwicklung des Kasernengeländes, das Gewerbegebiet Münchnerau sowie verschiedene Einzelprojekte. Aber auch derzeit aktuelle Projekte wie die Fortschreibung des Flächennutzungsplans und Landschaftsplans oder die Vorbereitende Untersuchung „Innere Münchner Straße“ (Sanierungsgebiet Wittstraße) werden präsentiert. Fast 60 Modelle, unzählige Fotos und Pläne dokumentieren die Planungsprozesse in der Stadt. Faszinierende Eindrücke vom Städtebau in Landshut vermitteln auch Bilder aus dem Architekturführer, der anlässlich der 800-Jahr-Feier erschienen ist.

Begleitet wird die Ausstellung durch diverse Veranstaltungen, die jeweils um 20 Uhr im kleinen Theater beginnen. Den Abschluss gestaltet am 29. Juni Städtebauer Prof. Peter Zlonicky, der unter anderem für die Planung des Flächennutzungsplans zuständig ist. **DK**



Bürgermeister Thomas Reich, Franz-Xaver Erlacher, Bauherr Stürzer sen. und Landrat Heinrich Frey (v.l.) freuten sich gemeinsam über die Grundsteinlegung. Foto: Bertele

Stadtsaal Buchloe in neuem „Outfit“

Mehrere Buchloer Firmen haben in einer beispiellosen Aktion die in die Jahre gekommene Fassade des Stadtsaal saniert und damit einen neuen Akzent im Stadtbild der Bahnhofstraße gesetzt. Die Arbeiten wurden Anfang April begonnen und konnten pünktlich zu den Feierlichkeiten anlässlich des 50-jährigen Stadtjubiläum, Mitte Mai abgeschlossen werden.

Neben der Renovierung des Außenputzes waren auch weitere Sanierungsmaßnahmen am Gebäude notwendig. Die Fenster erhielten einen frischen Anstrich und der Eingangsbereich konnte mit einer Steinumfassung neu gestaltet werden. Ein großes Stadtwappen aus Marmor zierte nun das Gebäude neben dem Eingang.

Am 16. März hatte das sog. „Handwerkerteam“, in dem sich 18 einheimische Firmen zu einem Verbund zusammengeschlossen haben, das Projekt erstmals dem Bauausschuss vorgestellt. Zwei Modelle der Fassadengestaltung standen zur Auswahl, wobei man sich für die etwas modernere Variante entschied. Insgesamt waren die Stadträte von der Idee begeistert und lobten die Eigeninitiative der Firmen zur Verbesserung des Stadtbildes.

Mehr als 250 Arbeitsstunden wurden von den sechs beteiligten Firmen des Handwerkerteams unentgeltlich für die Sanierung geleistet. Der städtische Bauhof war bei den Vorbereitungsarbeiten mit eingebunden.

Neues Baurecht:

Gemeindetag lädt zu Infoveranstaltungen

Am 20. Juli 2004 treten weitreichende Änderungen des Baugesetzbuchs in Kraft. Neben zahlreichen Neuerungen sind die Gemeinden künftig verpflichtet, bei jedem Bebauungs- oder Flächennutzungsplan eine Umweltprüfung durchzuführen. Dies kann gravierende Auswirkungen auf die Planung haben. Der Bayerische Gemeindetag führt im Juli zusammen mit dem Bayerischen Innenministerium Infoveranstaltungen zum neuen Baugesetzbuch durch.

Folgende Veranstaltungstermine sind vorgesehen:

6. Juli: Landgasthof Apfelbeck in Mamming, Landkreis Dingolfing-Landau

13. Juli: Mehrzweckhalle „Turner Hölzl“ in Rohrdorf, Landkreis Rosenheim

14. Juli: Gunzenhausen, Stadthalle, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen

20. Juli: Kloster Banz, Staffelsein, Landkreis Lichtenfels

29. Juli: Kloster Irsee, Irsee, Landkreis Ostallgäu.

Zu den Veranstaltungen, die von 10 bis ca. 13 Uhr dauern, sind die Bürgermeister und deren Mitarbeiter sowie die örtlichen Planer eingeladen. Gesondert werden auch die Landratsämter und Regierungen eingeladen. **DK**

Moosburg a. d. Isar:

Freude über neuen Pius-Kindergarten

Echte Frauenpower am Werk

„Eine Gemeinde kann ihr Geld nicht besser anlegen, als dass sie es in Kinder steckt.“ Tatsächlich stellt der neue St. Pius-Kindergarten in Moosburg a. d. Isar gemäß des Churchill'schen Zitats eine Investition mit bester Verzinsung dar. Lange genug - ein volles Jahrzehnt - mussten Eltern, Kinder, Personal und die Kirchenstiftung St. Kastulus freilich auf die Einweihung des 2,4 Mio. Euro teuren Projekts warten.

Nicht ganz so lange dauerte es, bis durch das Engagement der Solarfreunde Moosburg angeregt, sich die Initiative „Sonne für die Piuskinder“, die sich für eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Kindergartens stark machte, gründete. Bundespräsident a.D. Prof. Roman Herzog nahm sie am 7. Oktober 2003 schließlich feierlich in Betrieb. Seither liefert sie Strom, der ins öffentliche Netz eingespeist wird und bereits den Kindern deutlich macht, dass Produktion von Energie und Umweltschutz sich nicht ausschließen müssen. Auch sonst achtete das Erzbischöfliche Ordinariat als Bauherr für die örtliche Kirchenstiftung auf die Verwendung umweltschonender und wertvoller Materialien.

Ein kleines Paradies

Die vier freundlich eingerichteten und vor allem hellen Gruppenräume sind je 56 m² groß; zusätzlich steht eine jeweils 21 m² große Spielgalerie zur Verfügung. Je zwei Gruppen teilen sich einen Intensivraum, der 17 m² groß ist. Ein fester Schlafraum für Kinder ist eben-

so ein Segen wie der großzügig angelegte Elternwartebereich, der sich hervorragend für Elternabende eignet. Nach wie vor ist der St. Pius-Kindergarten, der Platz für über 100 Kinder bietet, die einzige Einrichtung in der Drei-Rosen-Stadt, die Ganztagesplätze bereithält, weshalb eine zeitgemäße Küchenausstattung nicht fehlen durfte. Auch im Außenbereich des Kindergartens erschließt sich für die Kinder ein kleines Paradies.

Weibliche Intuition

Dass hier echte Frauenpower am Werk war, darauf wurde bei der feierlichen Einweihung mehrmals hingewiesen. Angefangen von Architektin Ute Grindl über Bauleiterin Monika Seefelder bis zur Bürgermeisterin Anita Meinelt als Zuschussgeberin und schließlich Kindergartenleiterin Karin Bohatschek - ohne weibliche Intuition, Organisationstalent, Durchsetzungskraft und Kooperationsbereitschaft wäre der Pius-Kindergarten nie zu dem geworden, was er nunmehr erfreulicherweise ist. **DK**

Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben:

„Die Urlauber mit dem Herzen erreichen“

Stimmung wieder hoffnungsvoller - Städtetourismus und „Legoland“ nutzen

Höchstädt (jdt). „Das einzigartige und vielfältig interessante Angebot der Ferien- und Urlaubsregion Schwaben findet im In- und Ausland viele Freunde und auch Bewunderer.“ Mit diesem positiven Blick auf die Zukunftschancen beeindruckte Vorsitzender Alfons Zeller während der 54. Jahreshauptversammlung des Tourismusverbandes Allgäu/Bayerischen-Schwaben im Schloss Höchstädt.

Der Allgäuer Landtagsabgeordnete betonte ganz selbstbewusst: „Wir brauchen, auch im internationalen Vergleich, unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen“. In Tourismusorten müsse man, so Zeller, den Gästen weiterhin mit attraktiver Atmosphäre und positiver Stimmung für Schwaben und das Allgäu begegnen. Einfallspunkt bleibe vorrangig gefragt („und unsere Urlauber müssen wir nicht zuletzt mit dem Herzen erreichen“). Alfons Zeller, der seit rund acht Jahren souverän und mit sichtbarem Erfolg dem Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben leitet, stellte die besondere Bedeutung Schwabens für das deutsche Spitzenurlands Bayern heraus.

Ergebnisse verbessert

Aus dem Geschäftsbericht des Verbandes für 2003 geht hervor, dass der Regierungsbezirk Schwaben nach dem Spitzenreiter Oberbayern (9090628) unter den sieben Fremdenverkehrsregionen des Freistaates bei den Gästeankünften (2944266) Rang zwei einnimmt, vor Mittelfranken (2617629), Niederbayern (2361095) und Unterfranken (1937291). Für Schwaben bedeutete dies gegenüber 2002 zwar einen durch die allgemeine Wirtschaftslage stark beeinflussten Rückgang um 1,2 Prozent, aber trotzdem ein deutliches Plus im langjährigen Durchschnitt von 2800423 Ankünften (1986-2003). Auch bei den Übernachtungen

konnte sich Schwaben mit 11637418 hinter Oberbayern (26239998) und Niederbayern (11998726) in der statistischen Spitze behaupten.

Anhaltender Reformstau

Dass die schwäbischen Tourismusunternehmen „wieder hoffnungsvoller in die Sommersaison gehen“, registrierte Vorsitzender Zeller mit Genugtuung. Im Vergleich zu 2002/2003 seien in dem Winter 2003/2004 bessere Geschäftsergebnisse erzielt worden. Die diesmal weitaus bessere Schneelage für Wintersportler habe zudem noch Spontanurlauber ins Allgäu gebracht. 22 Prozent der befragten Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes hatten die Geschäftslage als gut, 46 Prozent als zufriedenstellend bezeichnet. Kritisch beleuchtet wurden Konjunkturschwäche und der „Reformstau“, der noch immer anhält. Angesichts magerer Gewinnspannen blieben die Firmen nach wie vor bei ihren Investitionsplänen eher zurückhaltend.

„Gutes Miteinander“

Beim optimistischen Ausblick appellierte Alfons Zeller an die Tourismus-Experten aus dem Raum zwischen Allgäu und Ries, die offenkundig positive Aufgeschlossenheit für den Urlaub in der Heimat, die Ausstrahlung von „Legoland Deutschland“ in Günzburg und den „Städtetourismus“ zu nutzen.

KULTURmobil rollt übers niederbayerische Land

Übers Land fahren; unter freiem Himmel auf Märkten und Plätzen das Publikum mit einer professionellen Künstlertruppe unterhalten - dieser Idee widmet sich das 1997 ins Leben gerufene KULTURmobil des Bezirks Niederbayern. Von Anfang an fand das Projekt die einmütige Unterstützung der Bezirksräte. Orientiert an den Aufgaben der Heimatpflege wird eine Mischung aus Theater, Literatur, Kabarett, Musik und Film geboten. Der Bezirksrat von Niederbayern möchte damit ein Beispiel für zeitgemäße, innovative Regional-Kulturarbeiten geben - fernab vom üblichen Umzug mit Blasmusik und Bier. Dennoch mit Traditionsbezug: Der Wagen der „Fahrenden“, den früher Pferde übers Land zogen, verwandelte sich zum LKW mit Kasten-aufbau und ausklappbarer Bühne.

Der Bezirk Niederbayern schickt nun schon zum siebten Mal KULTURmobil übers niederbayerische Land - in diesem Jahr unter der Projektleitung von Bezirksheimatpfleger Dr. Maximilian Seefelder. Zwischen 19. Juni und 4. September macht es an 30 Gastspielorten, davon 16 neuen, Station. Die Auftritte werden von 28 Mitwirkenden vor und hinter der Bühne absolviert.

Bezirksratspräsident Manfred Hölzlein erläutert: „KULTURmobil präsentiert jährlich ein neues Programm. Eines aber gilt immer und mit Sicherheit: Es richtet sich an Jung und Alt, findet unter freiem Himmel statt und kommt kostenlos zum Bürger!“

Orientiert an den Aufgaben der Heimatpflege wird heuer eine Mischung aus Theater, Literatur und Musik geboten. Zum ersten Mal wird bei KULTURmobil ein Märchen aus Niederbayern aufgeführt: „Der wunderbare Tassilokelch“ - Eine

niederbayerische Zauberflöte aus der Sammlung bayerischer Märchen von Alfons Schweigert.

Liebe, Prüfung, Abenteuer

Die Geschichte spielt im Bayerischen Wald, wo vor ein paar hundert Jahren die finstere Königin Regina und der weise Fürst Rasso herrschten. Sie sind in ewigem Kampf verstrickt. Es geht um Liebe, Prüfung, Abenteuer; und wenn die Helden am Ende schließlich den Tassilokelch erringen, hat die Geschichte auch ein bisschen mit der Suche nach dem heiligen Gral zu tun. Zuvor aber haben sie erst einmal Probleme ganz anderer Art zu lösen, denn: Was machen fahrende Musikanten und Schauspieler, die an ihrem Spielort ankommen und statt der Bühne eine Baustelle vorfinden? Und - die Hälfte ihrer Mitspieler ist noch nicht einmal da! Das kann ja lustig werden. Und so wird es wohl - vor allem weil die

Gedankt wurde dem Landtag, der Bayerischen Staatsregierung mit dem Staatsministerium für Wirtschaft, der Regierung von Schwaben und dem Bezirk für finanzielle Förderung auch in schwierigen Zeiten. Das „gute Miteinander“ in dem von den Landkreisen und Kommunen stark gestützten Tourismusverband registrierte Geschäftsführer Bernhard Joachim. Ihm galt ein Sonderlob Zellers: „Immer dort,



Vorne v. l.: Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Vorsitzender Alfons Zeller, stellvertretende Landrätin Angela Rieder. Dahinter v. l.: Geschäftsführer Bernhard Joachim, Landtagsabgeordneter Johannes Hintersberger, Landrat Johann Fleischhut (Ostallgäu), der Vorsitzende des BHG Schwaben, Johann Britsch, IHK-Vizepräsident Augustin Kröll.

wo was los ist, da ist Joachim“.

Augustin Kröll, Vizepräsident der IHK und Vorstand der Nebelhornbahn AG und der Fellhornbahn GmbH, wies in seiner Tourismusbilanz für das Frühjahr 2004 auf einen „sehr ordentlichen Ski-Winter“ hin. Hier gebe es im „Gesamtprodukt Allgäu“, in Verbindung mit einem enormen Wellness- und Wohlfühlangebot, eine gute Zukunft und ein enormes Potential („Wir müssen es noch weit besser nutzen als bisher“). Kröll schlug für den Winter einen Allgäu-Super-skipass und für den Sommer einen Allgäu-Alpenpass vor.

Ergebnis harter Arbeit

Die positiven Winterergebnisse im alpinen Bereich nannte Augustin Kröll das Ergebnis harter Arbeit. Allein am Fellhorn habe man in den letzten Jahren 19 Millionen Euro in mehr Komfort, bessere Anlagen und Qualität investiert. Auch in Oferterschwang, Bolsterlang, Balderschwang, Bad Hindelang, im Kleinwalsertal, Tannheimer Tal und Jungholz seien kräftige Investitionen vorgenommen worden

Theaterbesucher ein klein wenig mithelfen dürfen. Eine abenteuerliche Geschichte für Kinder von 4 bis 104 und - in der Fassung mit Musik - eine Welturaufführung, Matthias Friedrich führt Regie, die musikalische Leitung übernimmt Michael Bauer.

Molières Amphitryon

Ebenso im Reisegepäck 2004: Molières Lustspiel „Amphitryon“, das mit viel Witz und Ironie über gesellschaftliche Machtstrukturen, den zunehmenden Identitätsverlust des Menschen sowie von der Rücksichtslosigkeit der Götter erzählt. Als der thebanische Feldherr Amphitryon ruhmreich von einem Feldzug zu seiner Frau heimkehrt, muss er feststellen, dass sein Platz besetzt ist. Ein anderer Mann scheint die letzte Nacht mit Alkmene verbracht zu haben. Zu allem Überdross nennt sich dieser Mann auch

(„Die Tagesskigäste, knapp 40 Prozent unserer Kunden, registrierten dies erfreut“). Gelingen müsse es nun, mehr Sport treibende Winterurlauber als Übernachtungsgäste zu gewinnen.

Beispielhafte Vermarktung

Oberstaufen rühmte Kröll als Beispiel dafür, wie man auch außerhalb der Hochsaison mit Phantasie das Erlebnis der Berge, Wellness und Gesundheit beispielhaft vermarkten könne. „Toll“ fände es der Redner, wenn es gelingen könnte, einmal eine TV-Serie ins Allgäu zu bringen, ähnlich wie „Schlosshotel Orth“, mit mittlerweile 135 Folgen und rund 4,5 bis 5 Millionen Zuschauern pro Sendung. Hervorragende Chancen böte die Nordische Ski-WM im kom-

KPV-Bezirksverband Oberpfalz:

Sozialhaushalte leeren die kommunalen Kassen

Regensburg/Eilsbrunn. Die Sozialhilfeausgaben des Bezirks haben sich in den vergangenen 30 Jahren von ursprünglich 29 Millionen Euro um 200 Millionen Euro auf nun 229 Millionen Euro im Jahr 2003 ausgeweitet. Wie ein roter Faden, so Bezirksrat Hans Bradl (Neumarkt) bei einem Fachgespräch des Bezirksverbandes Oberpfalz der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV), zieht sich diese „Explosion der Sozialhilfekosten durch die Haushalte der Gemeinden und Landkreise, da sie ja über die Umlagen diese enormen Steigerungen finanzieren müssen.“

KPV-Bezirksvorsitzender Landrat Herbert Mirbeth (Regensburg) hatte zu dem Gespräch alle Landtagsabgeordneten und Bezirksräte der CSU nach Eilsbrunn bei Regensburg eingeladen, denn in wenigen Monaten werden die ersten Vorgespräche für die Haushalte des Jahres 2004 geführt werden. Bezirksratspräsident Rupert Schmid hatte dazu schon vor einigen Wochen den Oberpfälzer Landräten mitgeteilt, dass nicht zuletzt durch die „steigenden Fallzahlen im sozialen Bereich im kommenden Jahr mit einem weiteren Anwachsen des Bedarfs um 20 Millionen Euro gerechnet werden müsse und daher eine Steigerung der Bezirksumlage um 3-Prozent-Punkte nicht ausgeschlossen werden könne.“

Rot-grüne Ablehnungsfront

Wie aber soll der „völlig unzureichenden Finanzausstattung“ der Oberpfälzer Kommunen entgegengewirkt werden, wie Schmid in seiner Vorankündigung meinte - eine Frage, die in dem Fachgespräch zentraler Punkt der Diskussion war. MdL Herbert Fischer (Neumarkt) meinte, dass alle Standards unter die Lupe genommen werden müssten, denn, so MdL Herbert Rubenbauer (Tirschenreuth), „die zusätzlichen 140 Millionen Euro frisches Geld aus dem Bayerischen Staatshaushalt“, die 2003 in die Kassen des Bezirks flossen, „sind für nächstes Jahr nicht mehr zu erwarten“. Bayern habe über den Bundesrat eine Einschränkung der Jugendhilfeleistungen angestrebt und sei dabei auf die rot-grüne Ablehnungsfront in Berlin gestoßen, antwortete der Landtagsabgeordnete auf die Frage, was denn konkret von der Landespolitik gegen die ausufernden sozialen Belastungen der kommunalen Haushalte getan werde und Rubenbauer forderte in diesem Zusammenhang nachdrücklich, „wir müssen die sozialen Leistungen in den Griff bekommen“. Dazu gehöre, so stellvertretender KPV-Bezirksvorsitzender Bürgermeister Alois Scherer (Deining/Neumarkt), dass auch Zumutbarkeitsgrenzen und Zahlungen der Angehörigen bei sozialen Leistungen untersucht würden.

Auch MdL Georg Stahl (Neustadt a.d. Waldnaab) sah Eingriffe ins System als unverzichtbar an - doch es müsse auf Bundes- und Landesebene dringend gehandelt werden, „denn wir leeren über den Weg der gesetzlichen Rechtsansprüche unsere kommunalen Haushalte.“ MdL Sylvia Stierstorfer kritisierte, „der Bund habe mit der Steuerpolitik der letzten Jahre die Gemeindekassen ausgeplündert.“ Bezirksrat Herbert Schötz (Regensburg) ergänzte, „wenn bei der Grundsicherung eine Mitzahlung der Angehörigen erst ab einem Jahreseinkommen von über 100.000 Euro ansetzt, so kann dies niemand mehr verstehen.“

Der Regensburger Bürgermeister Gerhard Weber erläuterte anschließend die augenblickliche Diskussion über den Ersatz der Gewerbesteuer, welche er als „lebensnotwendig“ für die Gemeinden bezeichnete. Die au-

genblicklichen Ersatzlösungen bezeichnete er als „lächerlich“ und forderte im Zusammenhang mit der angekündigten Reform der kommunalen Finanzen „stabile Grundlagen für unser Arbeiten“, denn nach seiner Darstellung ist ein gut funktionierendes kommunales Umfeld der „beste Standortvorteil“ für unsere Wirtschaft. Wenn die Stadt Regensburg aber im Jahr 2000 noch 104 Millionen Euro Gewerbesteuer vereinnahmte und dieser Einnahmehereich dann 2003 auf 44 Millionen absackte, zeigt dies den „Verfall der kommunalen Einnahmen mehr als deutlich“.

Markus Bauer

Gemeindezeitung
Kommunalpolitische Zeitschrift für die Städte und Gemeinden

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführer:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

DK

Hartz IV eine „Existenzfrage für Kommunen“

Unterfrankens Landräte sehen durch Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe das „Ende der kommunalen Selbstverwaltung“ kommen

Würzburg - Die unterfränkischen Landräte wollen die Öffentlichkeit und die Gemeinden für die Problematik der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) zum 1. Januar 2005 sensibilisieren. In einer Pressekonferenz im Landratsamt Würzburg sprach der unterfränkische Vorsitzende des Bayerischen Landkreistags, Landrat Harald Leitherer (Schweinfurt), vom drohenden „Ende der kommunalen Selbstverwaltung“. Die Kommunen könnten die auf sie abgewälzten Kosten nicht tragen. Der Konflikt treffe im Endeffekt die ohnehin bereits finanziell geschwächten Gemeinden mit voller Härte. Die Hilfeempfänger stünden am 2. Januar 2005 vor einer völlig ungewissen Situation, weil das Geld fehle.

„Hartz IV führt ins Chaos“, sagte Leitherer. Hilfsbedürftige Menschen, in Bayern rund 350.000 Betroffene, und die Gemeinden sollten die Zeche bezahlen. Dabei habe der Bundeskanzler den Kommunen in Deutschland durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine Kostenentlastung von 2,5 Mrd. Euro versprochen. Das Gegenteil sei der Fall; so sagen es Berechnungen der Landkreise und kreisfreien Städte. Mit jährlichen Mehrbelastungen von 5 Mrd. Euro müssten die Gemeinden rechnen.

Für Bayern bezifferte Leitherer die Zusatzkosten für die kreisfreien Städte mit 205 Mio. Euro. Die Landkreise seien mit

Arbeitgebern und Kommunen, einstimmig mittels einer Resolution die Bundesregierung aufgefordert, die Einführung von Hartz IV zu verschieben, bis die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen seien.

„Einstweilige Anordnung“

Darüber hinaus bereiten die Landkreise Würzburg, München, Fürstfeldbruck und Starnberg ein Eilverfahren zur Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht vor. Ziel sei es, durch eine „Einstweilige Anordnung“ des höchsten Gerichts den „unrechtmäßigen“ Durchgriff der Bundesregierung

de zum anderen kaum zu Entlastung bei den Gemeinden führen. Zudem sei dieses Angebot ein Eingeständnis des groben Rechenfehlers.

Waldemar Zorn ging sogar noch einen Schritt weiter und sprach von einem „politischen Betrug“ an den Landkreisen. Es sei von vornherein die Absicht gewesen, die Last nach unten abzuwälzen. Das Gesetz sei im Grunde gut, aber noch zu „löchrig“. Von den Gemeinden in der augenblicklichen Situation noch mehr Geld über die Umlage zu verlangen, hält er für unrealistisch, zumal auch die Bezirke steigenden Bedarf haben und ihrerseits an der Kostenspirale drehen müssen, was sich wiederum auf die Gemeinden auswirke.

Dramatische Situation im Landkreis Miltenberg

Wie dramatisch es einen Landkreis treffen kann, darüber klärte der Vizepräsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Roland Schwing, Miltenberg, auf. So liege in seinem Heimat-Landkreis zum einen die Spezialisierung vor, dass es zwar wenige Sozialhilfe-, dafür aber viele Arbeitslosenhilfe-Empfänger gebe; zum anderen spiele der hohe Ausländer-Anteil von zehn Prozent an der Bevölkerung eine Rolle. Im Endeffekt rechne er mit Mehrkosten in Höhe von fast 10 Mio. Euro und prognostizierte ein Ansteigen der Umlage um 14,46 Prozentpunkte auf dann fast 60 Prozent. Das sei für die Gemeinden nicht hinnehmbar. Schwing sprach deshalb offen von einem „Skandal“, den die Bundesregierung ausgelöst habe.

Ungewisse Zukunft

Leitherer wies eindringlich auf die Problematik zum Jahreswechsel hin. Wenn Hartz IV am 1. Januar 2005 in der geplanten Form komme, dann erhielten die Sozialhilfeempfänger Anfang Dezember und die Arbeitslosenhilfe-Empfänger Ende Dezember noch einmal Geld. Danach gingen die Ärmsten der Gesellschaft einer ungewissen Zukunft entgegen. „Viele Menschen werden ohne Rücklagen völlig mittellos“ vor den Landratsämtern stehen.

Bamberg:

Kaiserkrone sollen zurückgeführt werden

Beim Besuch einer Delegation der Landtags-CSU bei Domkapitular Luitgar Göller in Bamberg ging es in erster Linie um die Rückführung kirchlicher Kulturgüter aus München nach Franken. Nach einem Gespräch mit Göller betonte Fraktionsvorsitzender Joachim Hermann, er wolle jetzt Nägel mit Köpfen machen. Als konkretes Beispiel biete sich der Bamberger Domschatz an.

Wichtige Teile wie die Kaiserkrone von Bistumsgründer Heinrich II. und seiner Gemahlin Kunigunde befanden sich seit der Säkularisation vor rund 200 Jahren in München. Sie gehörten aber nach Bamberg.

Gespräche angekündigt

Das 1000-jährige Bestehen des Bistums Bamberg im Jahr 2007 sei ein guter Anlass, die Diskussion über die Rückführung fränkischer Kulturgüter neu anzustoßen. Hermann kündigte Gespräche mit Kunstminister Thomas Goppel und der Wittelsbacher Landesstiftung

als Eigentümerin der in der Münchner Residenz ausgestellten Kaiserkrone an.

Skepsis gegenüber Landesausstellung

Skeptisch äußerte sich der Fraktionsvorsitzende zu Vorschlägen, dem Bistumsjubiläum eine eigene Landesausstellung zu widmen. Das Haus der Bayerischen Geschichte habe seine Planungen für die nächsten Jahre schon weitgehend abgeschlossen. Das Jubiläum werde aber zweifellos mit einer besonderen Ausstellung gewürdigt. **DK**

Gz Gestern

hat mein Chef gesagt ...

„Ich habe Euch nichts weiter zu bieten als Blut, Schweiß und Tränen...“ Mein Chef, der Bürgermeister, setzte sich vor dem Spiegel zum Spaß in Pose und „übte“ seine Rede zur Eröffnung des großen Stadtlaufs.

Der findet heuer schon zum zehnten Mal statt und wird in drei Kategorien durchgeführt: Einmal ein solider Halbmarathon durch die Gassen der Altstadt, kreuz und quer über die Brücken des Flüsschens und diagonal durch den Stadtpark. Dann eine verkürzte Strecke für ältere oder nicht so leistungsfähige Läufer. Und schließlich stellen wir sogar eine veritable Marathonstrecke zusammen, die hinaus zu einer kleinen Wallfahrtskapelle im Wald führt.

Start und Ziel für alle drei Läufe ist selbstverständlich am Rathaus und unser Bürgermeister genießt diesen Repräsentationstermin jedes

Der Stadtlauf als Kristallisationspunkt

Jahr in vollen Zügen, obwohl er selbst alles andere als ein sportlich ambitionierter Mensch ist. Im Gegenteil, wie seine Churchill-Persiflage vor dem Amtsspiegel zeigt, könnte er sich immer köstlich über die armen Kreaturen amüsieren, die sich freiwillig solchen Strapazen aussetzen und ohne Not höchste körperliche Anstrengungen auf sich nehmen. Mein Chef pflegt zu sagen, dass die Befreiung des Menschen von der Notwendigkeit harter und schweißtreibender körperlicher Anstrengung sowohl zu den konstitutiven Elementen der Stadtwerdung als auch zu den größten zivilisatorischen Fortschritten zähle. Er hält es eher mit dem berühmtesten Churchill-Spruch: „No sports and big cigars“, mit denen der willensstarke Brite einmal das Geheimnis des Erreichens seines hohen Alters erklärt haben soll. Andererseits hat mein Chef gar keine dicke Statur, sondern macht einen durchaus drahtigen Eindruck, wenn man ihn nicht sehr gut kennt und weiß, dass unter



der Weste kein Waschbrettbauch, sondern ein kleiner, nach außen gekehrter Waschzuber schlummert. Aber vielleicht ist er halt ein schlechter Futterverwerter.

Ganz im Gegensatz zu mir - leider. Manchmal habe ich den Eindruck, dass es schon reicht, wenn ich das Wort Praline lese, um meine Fettzellen zu animieren, an den berühmten neuralgischen Punkten zu modellieren. Deshalb muss ich mich nolens volens der Disziplin unterwerfen, einmal die Woche zum Workout ins Fitnessstudio zu gehen. Aber am Lauf nehme ich nicht teil. Die Freude mache ich dem Bürgermeister nicht, dass er mich verschwitzt und keuchend in hot pants und bauchfreiem Shirt sieht. Ich mische mich lieber unter die Zuschauer und beobachte die Läufer. So ganz ohne erotischen Reiz ist es ja nicht, wenn bei den durchtrainierten Marathonläufern die Schweißperlen auf der Haut in der Sonne glänzen und Muskeln wie Sehnen sich spannen.

Aber Schluss der Schwärmerei. Wir veranstalten das Ganze ja nicht, damit man/frau was zu gucken hat, sondern um Leben in die Stadt zu bringen. Gerade im Juni, wenn es in der Regel (die von Ausnahmen wie heuer bestätigt wird) schön und nicht zu heiß ist, ist so ein Sportereignis ein guter Kristallisationspunkt in der Region, der viele Leute zu uns bringt, die nicht nur rennen, sondern durchaus auch konsumieren.

Und so hat sich der Aufwand auch in diesem Jahr wieder rentiert - für die Stadt und meinen Chef, den Bürgermeister, der als Schirmherr einmal mehr eine gute Figur in den Zeitungen machen wird. Aus Bosheit lege ich ihm allerdings das heutige Kalenderblatt hin, das einen etwas unbekannteren Ausspruch des von ihm geschätzten Churchill trägt: „Keine Stunde ist verloren, die man mit Sport verbringt.“

the
Sabrina

Wendelsteinbahn Brannenburg und Hoheck Freizeitanlagen:

Haltestellen zum Bayernhimmel

Aus dem vielfältigen Programmangebot dieses Sommers

Unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ arbeiten die Wendelsteinbahn Brannenburg und die Hoheck Freizeitanlagen GmbH & Co.KG bereits seit zwei Jahren erfolgreich zusammen. Die Angebote beider Gebiete ergänzen sich sehr gut und werden von Einheimischen wie Gästen mit Begeisterung genutzt. Im Rahmen eines Info- und Pressegesprächs wurden das Sommer-Angebot sowie weitere Neuigkeiten beider Bergbahnen jetzt vorgestellt.

Der 1.838 m hohe Wendelstein ist einer der markantesten und schönsten Aussichtsberge Bayerns. Durch seine exponierte Lage bietet er einen phantastischen Blick sowohl ins bayrische Alpen-Vorland als auch bis weit in die Zentralalpen.

Die Wendelstein-Zahnradbahn - älteste Zahnradbahn in den deutschen Alpen -, fährt seit 1912 von Brannenburg aus auf diesen beliebten Aussichtsberg. Allein die Fahrt auf der malerischen Strecke ist ein einzigartiges Erlebnis. 1970 wurde der Wendelstein von der Leitzachtal-Seite (Landkreis Miesbach) aus zusätzlich durch eine moderne Seilbahn erschlossen; mit dieser gelangt man von der Talstation in Osterhofen/Bayrischzell in nur 10 Minuten zur Bergstation.

Jede Menge Sehenswertes

Sehenswertes am Wendelstein sind das Wendelsteinkirchlein, die mit 1.730 m über NN höchst gelegene geweihte Kirche Deutschlands, die Wendelsteinhöhle, der GEO-PARK Wendelstein, in dem die Entstehung der Alpen auf vier Wegen und 35 Schautafeln nacherzählt wird, und die Universitätssternwarte auf dem Gipfel des Wendelsteins.

Absolut einzigartig wird die ASTRO-Nacht auf dem Wendelstein am 3. und 4. Septem-

ber. Wo sonst ist es möglich, Live-Bilder vom Mond - umgeben vom herrlichen Alpenpanorama und dem Himmel ganz nah - zu erleben? Zusammen mit der Universitätssternwarte werden für den Besucher die Sterne vom Himmel herunter auf die Bergterrasse des Wendelsteinhauses geholt. Die faszinierenden Aufnahmen vom sog. MONICA-Teleskop werden mit aufwändiger Technik auf eine Großleinwand projiziert.

ASTRO-Nacht

Für eine fachkundige Moderation des Abends sorgen Prof. Harald Lesch (bekannt aus der Sendung „alpha centauri“) und Dr. Heinz Barwig (Leiter der Sternwarte Wendelstein). Prof. Lesch begeistert mit seiner humorvoll lockeren Art auch naturwissenschaftlich interessierte Laien und macht komplexe Zusammenhänge der Astrophysik verständlich und spannend.

Die Weltmusik-Gruppe Gaya aus Rosenheim zaubert durch die Verschmelzung verschiedener Klangwelten - sphärische Klänge mit Didgeridoo und tibetanischer Himmelstrompete - die optimale Atmosphäre für diese einzigartige Veranstaltung.

Die Hoheck Freizeitanlagen wiederum können mit dem „Megaspäß Sommerrodeln“ aufwarten. Die sensationelle,

1,1 km lange Gebirgs-Achterbahn ist täglich von 9:30 bis 17:00 Uhr geöffnet. Zu erreichen ist dieses Ausflugsziel über die Inntalautobahn, Ausfahrt Oberaudorf. Nur fünf Minuten von der Autobahn entfernt befindet sich die Talstation der Hoheck 4er-Sesselbahn.

Vor allem Familien sind begeistert, denn die Dreijährigen sind auf Mamas Schoß genau so begeistert wie die Eltern und Großeltern. Von der Mittelstation schlängelt sich die wildromantische Abfahrt ins Tal. Sie ist harmonisch in die Natur eingebettet und erlaubt einen atemberaubenden Fahrspaß durch die überhöhten Steilkurven, die Brücken und Jumps - und garantiertes Bauchkribbeln bekommt man im weltweit ersten 360-Grad-Super-Kreisel.

Exquisites Familiengebiet

Am Hoheck in Oberaudorf ist für Kinder vieles kostenlos. Dies gilt für den Seilzirkus an der Talstation und den Abenteuerspielplatz an der Bergstation. Nicht nur deshalb ist Oberaudorf Hoheck das absolute Familiengebiet - auch die kurze und bequeme Anfahrt und die günstigen Preise schonen den Geldbeutel.

Außerdem erwartet den Besucher ein herrliches Wanderparadies mit zahlreichen, leicht begehren, Wanderwegen. Mountainbiker kommen voll auf ihre Kosten. Unvergesslich ist der grandiose Blick von der Sonnenterrasse des Berggasthofs Hoheck zum Kaisergebirge. Oberaudorf ist also immer einen Besuch wert - Sommer wie Winter. **DK**



Sehen die Grundfesten der kommunalen Selbstverwaltung in Gemeinden und Kreisen Bayerns erschüttert: Die Landräte Waldemar Zorn (Würzburg), Harald Leitherer (Schweinfurt) und Roland Schwing (Miltenberg). Foto/Text: wkn

284 Mio. Euro dabei und auch die Bezirke müssten zusätzlich 87 Mio. Euro aufbringen.

So werde beispielsweise der Landkreis Schweinfurt mit 4,2 Mio. Euro belastet. Das hätte die Anhebung der Kreisumlage von 45,5 auf 52 Punkte zur Folge und würde rasch zur „Zahlungsunfähigkeit“ der Landkreis-Gemeinden führen, warnte der Landrat. Welche Auswirkungen Hartz IV haben kann, sei vielen Bürgermeistern und Gemeinderäten immer noch nicht klar, vermutete der Würzburger Landrat Waldemar Zorn.

Die Landkreise bräuchten für 2005 gar keine Haushalte mehr aufzustellen, da eine rechtlich zulässige Finanzierung gar nicht mehr möglich sei. Zorn: „Wir werden uns das Geld für die laufenden Ausgaben pumpten müssen.“

Überforderte Agenturen

Auch der Partner bei Hartz IV, die Agenturen für Arbeit, seien völlig überfordert. Sie seien organisatorisch schlecht vorbereitet, schimpfte Leitherer. So kämen auf die Dienststelle in Schweinfurt rund 8.000 Einzelberechnungen zu. Dazu fehlten am Standort der Bundesbehörde rund 140 Mitarbeiter. Darüber hinaus sei die Datenverarbeitung für den 1. Januar 2005 nicht ausreichend vorbereitet.

Aus diesem Grund hätten die Verwaltungsausschüsse der Agenturen für Arbeit in Schweinfurt und Würzburg, die Vertretung von Arbeitnehmern,

Vorstandssitzung des Gemeindetags/Kreisverband Augsburg:

Popularklage gegen Kreis- und Bezirksumlage ?

Landkreis Augsburg (gri). Nicht nur umfangreich, sondern auch etwas „heikel“ waren einige Tagesordnungspunkte bei der jüngsten Vorstandssitzung des Bayerischen Gemeindetags/Kreisverband Augsburg, wie: soll eine Popularklage gegen die Kreis- und Bezirksumlage angestrengt werden; soll die Abschaffung der Bezirke als Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung angestrebt werden? Und das Kindertagesstättengesetz soll von einem „Spezialisten“ erläutert werden.

Nach dem Eröffnungspart des Kreisverbandvorsitzenden Georg Klaufner, Bürgermeister von Untermeitingen, informierte zunächst Geschäftsführer Günter Würmseher über den Stand der diesjährigen Bürgermeister-Informationen. Er beklagte dabei den bis dato spärlichen und zähen Anmeldefluss und stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob in Zukunft derartige Infofahrten noch organisiert werden sollen. Die Sitzungsteilnehmer waren jedoch der Meinung, dass auch weiterhin solche Unternehmungen den Bürgermeisterkollegen angeboten werden.

Der Kreisverbandvorschaung lag ein Schreiben des schwäbischen Gemeindetagsvorsitzenden Leo Schrell vor, in dem vorgeschlagen wird, ein Rechtsgutachten mit dem Ziel der Erhebung einer Popularklage gegen die Kreis- und Bezirksumlage anzufordern. Die Kosten hierfür würden für den Kreisverband 5000 Euro betragen.

Gutachten nicht sinnvoll

Das Kreisverbandsmitglied hielt ein solches Gutachten für nicht weiterführend. Wesentlich sinnvoller sei es, so einzelne Redner, wenn der Bezirk

Schwaben selbst gegen die übertragenen Aufgaben im sozialen Bereich klagen würde, um damit seine Aufgabenlast zu reduzieren. Als Beispiel wurden unter anderem die Leistungen für die Kontingentflüchtlinge genannt. Es soll eher daran gedacht werden, dass jede Gebietskörperschaft für sich klage, entweder gegen das Umlagesystem an sich oder gegen spezifische Leistungsgesetze oder sachfremde Aufgaben. Der Kreisverbandvorsitzende Georg Klaufner wurde gebeten, dem Bezirksvorsitzenden des Gemeindetages, Leo Schrell, über die diesbezügliche Aussage in Kenntnis zu setzen.

Unsicherheit und Diskussionsbedarf

Zu dem Thema „Abschaffung der Bezirke“ herrschte unter den Vorstandschaftsmitgliedern nicht nur eine kontroverse Unsicherheit, sondern auch noch Diskussionsbedarf, ob mit der „Abschaffung der Bezirke“ die Bezirksregierungen oder die kommunalen Gebietskörperschaften mit den Bezirkstagen gemeint sind. In vielen Diskussionsbeiträgen kam zum Aus-

druck, den Bezirksregierungen die Sozialleistung der Bezirke zu übertragen. Denn dann müsse automatisch der Staat für diese ihm zustehenden finanziellen Lasten aufkommen. Kritisch zur Kenntnis genommen haben die Sitzungsteilnehmer die Mitteilung des Vorsitzenden Georg Klaufner, dass dessen Schreiben an den Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, seitens der Staatskanzlei bis dato unbeantwortet blieb. In dem Brief werden nachdrücklich Gespräche der kommunalen Spitzenverbände auf höchster Ebene gefordert.

Schwierige Materie

Die vorgelegte Liste des Bezirksvorsitzenden Leo Schrell, über die Besetzung der Verwaltungsausschüsse bei den Agenturen für Arbeit mit kommunalen Amtsträgern wurde befürwortet. Über die schwierige Materie „Kindertagesstättengesetz“ soll bei der nächsten Verbandsversammlung der anerkannte „Spezialist“ des Bayerischen Gemeindetages, Direktor Dix, referieren.

Auf Anfrage des Landkreises wird dem Abfallwirtschaftsverband mitgeteilt, dass auf Grund der Einführung des „Gelben Sackes“, und der zum Teil damit verbundenen Personalreduzierung, die Betreuung der Wertstoffhöfe nach wie vor ohne Beanstandung ablaufe. Zustimmung durch die Verbandsvorstandschaft erfuhr auch die

Nutzungsentschädigung für Räume seitens der Volkshochschule aus Kreismitteln. Weiter ausgelotet werden sollen die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Kreis- und Gemeindebauhöfen.

Mae West finanziell nicht verantwortlich

Die Rathaus-SPD hat in ihrer Fraktionssitzung die Realisierung von „Mae West“ abgelehnt. Zentraler Grund ist die städtische Finanzlage, aufgrund derer ein Projekt in Höhe von 1,5 Millionen Euro derzeit nicht verantwortlich ist. Im Hinblick auf Belastungen, die zum Beispiel durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf die Stadt zukommen, müssen Maßnahmen und Projekte auf den Prüfstand.

So hat die SPD bereits beantragt, umgehend Einsparmöglichkeiten bei allen Hochbauvorhaben auszuloten. Gleichzeitig betont die SPD-Fraktion, dass sie weiterhin grundsätzlich hinter der Kunst im öffentlichen Raum steht. Für problematisch und heute nicht finanzierbar werden die hohen Summen städtischer Mittel gesehen, die bei Großbauprojekten in diesen Bereich fließen sollen. Bei Bauprojekten Mittel für Kunst im öffentlichen Raum bereit zu stellen, basiert auf einer prinzipiellen Selbstbindung des Stadtrats. Dabei geht es um alle städtischen Baumaßnahmen, von Straßen bis hin zu Kindergärten.

Gratulation an Regensburg

Der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, hat Regensburg zu seiner Ernennung als bayerischer Anwärter um den Titel der Kulturhauptstadt in Europa 2010 gratuliert: „Damit schickt Bayern einen starken und kulturell hervorragend aufgestellten Kandidaten ins Rennen. Regensburg ist außerdem durch seine kulturellen und kirchlichen Kontakte das bayerische Tor zum Osten.“ Herrmann konnte sich erst jüngst „von der einzigartigen kulturellen Vielfalt der Domstadt“ überzeugen. Der Fraktionsvorsitzende lobte aber auch die großartigen Präsentationen der bayerischen Mitbewerber Augsburg und Bamberg. „Die Auftritte der drei Städte als Bewerber für die Kulturhauptstadt Europas haben uns eindrucksvoll vor Augen geführt, dass wertvolles Kulturerbe in allen bayerischen Landesteilen gleichermaßen zu Hause ist.“

Herrmann forderte, nun alle bayerischen Kräfte zu konzentrieren, damit Regensburg auch auf Bundesebene zum Bewerber um den Titel gekürt wird. Er zeigte sich zuversichtlich, „zumal die bayerischen Hürden bei der Bewerbung nicht die niedrigsten sind.“

Vorschau auf GZ 13

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 13, die am 8. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Finanzierungsmodele für öffentliche Aufgaben
- ◀ Umwelt- und Abfalltechnik
- ◀ Dienstleistung für die Kommunalverwaltung